



# Staats-Anzeiger

FÜR DAS LAND HESSEN 1Y 6432 A

1968

Montag, den 5. Februar 1968

Nr. 6

Seite	Seite
<b>Der Hessische Ministerpräsident — Staatskanzlei</b>	<b>Der Hessische Minister für Wirtschaft und Verkehr</b>
Verleihung des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland . . . . .	Bekanntmachung über die Prüfung für Wirtschaftsprüfer im Herbst 1968 . . . . .
177	187
Staatliche Anerkennung von Rettungstaten . . . . .	178
178	<b>Der Hessische Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen</b>
<b>Der Hessische Minister des Innern</b>	33. Amtsarztlehrgang der Akademie für Staatsmedizin in Düsseldorf . . . . .
Förderung des sozialen Wohnungsbaues in Hessen durch öffentliche Mittel; hier: Änderung der Wohnungsbaurichtlinien 1965 vom 23. 8. 1965. . . . .	187
178	Einfuhr und Durchfuhr von Hunden und Hauskatzen aus dem Auslande . . . . .
180	187
Neugliederung der Senatsämter „Personalamt“ und „Organisationsamt“ beim Senat der Freien und Hansestadt Hamburg	<b>Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Forsten</b>
Übereinkommen zur Befreiung ausländischer öffentlicher Urkunden von der Legalisation . . . . .	Flurbereinigung Tiefenbach, Krs. Wetzlar . . . . .
180	189
180	Flurbereinigung Vöckelsbach, Krs. Bergstraße . . . . .
181	190
181	Flurbereinigung Weiher, Krs. Bergstraße . . . . .
181	191
181	Flurbereinigung Zotzenbach, Krs. Bergstraße . . . . .
181	191
181	Flurbereinigung Reddehausen, Krs. Marburg . . . . .
181	192
181	Flurbereinigung Breitenbrunn, Krs. Erbach . . . . .
181	192
181	Flurbereinigung Lützel-Wiebelsbach, Krs. Erbach . . . . .
181	192
181	Flurbereinigung Hüttenenthal, Krs. Erbach . . . . .
181	193
181	Flurbereinigung Niederroßbach, Dillkreis . . . . .
181	193
182	Flurbereinigung Dillbrecht, Dillkreis . . . . .
182	194
182	Flurbereinigung Seckmauern, Krs. Erbach . . . . .
182	195
182	Gewährleistung ausreichender Landschaftspflege; hier: Einsatz der staatlichen Forstämter . . . . .
182	195
<b>Der Hessische Minister der Finanzen</b>	<b>Personalnachrichten</b>
Wertermittlungs-Richtlinien vom 25. 10. 1966; hier: Bewirtschaftungskosten . . . . .	Im Bereich des Hessischen Ministerpräsidenten — Staatskanzlei . . . . .
182	196
182	Im Bereich des Hessischen Ministers des Innern . . . . .
182	196
182	Im Bereich des Hessischen Ministers der Finanzen . . . . .
182	198
182	Im Bereich des Hessischen Kultusministers . . . . .
182	199
182	Im Bereich des Hessischen Ministers für Wirtschaft und Verkehr . . . . .
182	200
182	Im Bereich des Hessischen Ministers für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen . . . . .
182	201
182	Im Bereich des Hessischen Ministers für Landwirtschaft und Forsten . . . . .
182	201
<b>Der Hessische Kultusminister</b>	<b>Regierungspräsidenten</b>
Richtlinien für Planung und Ausführung von allgemeinbildenden Schulen (Schulbaurichtlinien) . . . . .	<b>DARMSTADT</b>
186	Anordnung zum Schutze der Trinkwassergewinnungsanlagen der Gemeinde Winkel, Landkreis Bergstraße . . . . .
186	202
186	Schonwalderklärung in der Gemarkung Alsbach, Landkreis Darmstadt . . . . .
186	205
186	<b>Buchbesprechungen</b> . . . . .
186	205
187	<b>Öffentlicher Anzeiger</b> . . . . .
187	206
187	

143

## Der Hessische Ministerpräsident

### Verleihung des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland

Der Herr Bundespräsident hat auf Vorschlag des Herrn Ministerpräsidenten den Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland an folgende besonders verdiente Frauen und Männer verliehen:

#### Großes Verdienstkreuz

Gerold, Karl, Herausgeber und Chefredakteur der „Frankfurter Rundschau“, Frankfurt/Main

Dr. Holtzmann, Ernst, Bürgermeister a. D., Darmstadt

Dr. Schmidt, Hans Diedrich, Senatspräsident a. D., Karlsruhe-Rüppurt

Wolf, Friedrich, Prälat, Apostolischer Protonotar, Wiesbaden

### Verdienstkreuz 1. Klasse

Bleyer, Eugen-Heinrich, Generalleutnant a. D., Wiesbaden

Boerner, Franz, Gartenbauoberinspektor a. D., Darmstadt

Dohme-Beckmann, Elisabeth, Oberstudiendirektorin a. D., Hanau a. M.

Drange, Günther, Oberst a. D., Wiesbaden

Freudenstein, Erich, Kirchenrat, Kassel

Hübsch, geb. Lohmeyer, Susi, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Landeselternbeirates, Frankfurt a. M.

Joseph, Artur, Schriftsteller, Frankfurt a. M.

Krusemark, Max, Fabrikant, Mühlheim am Main

Leibold, Willi, Geschäftsführer des Deutschen Modeinstituts e. V., München, Frankfurt am Main

Leihner, Otto, Direktor, Angersbach

Dr. **Linnenkohl**, Karl, Landwirtschaftsdirektor, Kassel  
**Lombard**, Kurt, Vizepräsident des Hessischen Handwerks-  
 tages, Frankfurt a. M.  
**Mittlerer**, Heinrich, Obermeister der Elektro-Innung Ha-  
 nau sowie der Kreise Gelnhausen und Schlüchtern, Hanau  
 am Main  
**Reindl**, Hans, Direktor, Wiesbaden  
**Schaefer**, Hanns, Kaufmann, erster Vorsitzender des Ver-  
 bandes Deutscher Sportgeschäfte, Wiesbaden  
**Seeger**, Maria, Geschäftsführerin des Rats für Formgebung,  
 Gerlingen-Schillerhöhe  
**Viesmann**, Fabrikant, Battenberg/Eder  
 Prof. **Walcha**, Helmut, Dozent an der Staatlichen Hoch-  
 schule für Musik, Frankfurt a. M.  
**Wilckens**, Hans-Adolf, Oberlandforstmeister, Wiesbaden  
**Wolf**, Kurt, Leitender Regierungsdirektor a. D., Wiesbaden

#### Verdienstkreuz am Bande

**Anders**, Emma, Diakonisse, Wetzlar  
**Beck**, Franz, Fabrikant, Kassel  
**Emde**, Adolf, Kreisvorsitzender des Kreisverbandes Waldeck  
 des Verbandes der Kriegsbeschädigten, Kriegshinterblieben-  
 en und Sozialrentner Deutschlands e. V., Korbach  
**Finkernagel**, Friedrich, Unternehmer, Ehrenbeigeordne-  
 ter, Altenstadt  
**Fornoff**, Friedrich, Stadtamtman a. D., Frankfurt a. M.  
**Langheinrich**, Egon, Pfarrer i. R., Gersfeld/Rhön  
**Laugs**, Hans, Inhaber einer Konzertdirektion, Kassel  
**Dr. Michael**, Ernst, Studienrat a. D., Kassel  
**Schäfer**, Franz, Gewerkschaftssekretär, Dillenburg  
**Schneider**, Wilhelmine, Mitglied des Landesvorstandes  
 des VdK, Darmstadt-Arheilgen  
**Stoll**, Else, Mitglied des Landesvorstandes des VdK, Egels-  
 bach  
**Wenzel**, Heinz, Industriekaufmann, Mitglied des Geschäfts-  
 führenden Landesvorstandes des VdK Hessen, Wetzlar

#### Verdienstmedaille

**Fabian**, Klara, Köchin im Diakonissenkrankenhaus, Frank-  
 furt am Main  
**Franz**, Rudolf, Vorarbeiter, Somborn, Kreis Gelnhausen  
**Gasche**, Wilhelm, Destillateur, Langendiebach, Kreis Hanau  
**Günther**, Friedrich, Maschinist, Roth, Kreis Gelnhausen  
**Heese**, Friedrich, Schleifer, Langen, Kreis Offenbach  
**Herrmann**, Friedrich, kaufm. Angestellter, Kelkheim/Ts.  
**Heuser**, Christine, Bergen-Enkheim  
**Holzhauser**, Martha, Diakonisse, Gemeindegewerkschaft, Bad  
 Soden/Ts.  
**Imkeller**, Anna (Schwester Franka), Ordensschwester,  
 Poppenhausen  
**Kraft**, Elisabeth, Diakonisse, Gemeindegewerkschaft, Griesheim  
**Ludwig**, Magdalena, Kassel-Wilhelmshöhe  
**Schüppel**, Arthur, Abteilungsleiter, Neu-Isenburg  
**Wallbach**, Friedrich, Haumeister, Vaake, Kreis Hofgeismar  
 Wiesbaden, 17. 1. 1968

Der Hessische Ministerpräsident  
 — Staatskanzlei —  
 II B 2 — 14 a 02/01

StAnz. 6/1968 S. 177

144

#### Staatliche Anerkennung von Rettungstaten

Für die am 24. Juni 1967 unter Lebensgefahr ausgeführte  
 Rettung eines Menschen vor dem Tode verleihe ich Herrn  
**Heinrich Hurst**, Kraftfahrer, Heidelberg, die Hessische Ret-  
 tungsmedaille.

Wiesbaden, 27. 10. 1967

Der Hessische Ministerpräsident  
 II A 3 — 14 c

StAnz. 6/1968 S. 178

Für die Rettung eines Menschen vor dem Tode am 4. Juni  
 1964 spreche ich Herrn **Ludwig Rupp**, Polizeihauptwacht-  
 meister a. D., Lampertheim, Dank und Anerkennung aus.

Wiesbaden, 27. 11. 1967

Der Hessische Ministerpräsident  
 II A 3 — 14 c

StAnz. 6/1968 S. 178

145

### Der Hessische Minister des Innern

#### Förderung des sozialen Wohnungsbaues in Hessen durch öffentliche Mittel;

hier: Änderung der Wohnungsbaurichtlinien 1965 vom  
 23. August 1965 (StAnz. S. 1266)

Die Wohnungsbaurichtlinien 1965 werden unter Berücksich-  
 tigung des Art. 18 des Finanzänderungsgesetzes 1967 vom  
 21. Dezember 1967 (BGBl. I S. 1259) wie folgt geändert:

1. Nrn. 3 und 4 erhalten folgende Fassung:

#### „3. Der begünstigte Personenkreis

(1) In der Regel ist nur Wohnraum für Wohnungsuchende  
 zu fördern, deren Jahreseinkommen die aus der nachstehen-  
 den Tabelle ersichtlichen Einkommensgrenze nicht übersteigt:

Wohnungsuchender	jährlich bis zu DM	monatlich bis zu DM
alleinstehend	9 000,—	750,—
mit 1 Angehörigen	11 400,—	950,—
mit 2 Angehörigen	13 800,—	1 150,—
mit 3 Angehörigen	16 200,—	1 350,—
mit 4 Angehörigen	18 600,—	1 550,—
mit 5 Angehörigen	21 000,—	1 750,—
mit 6 Angehörigen	23 400,—	1 950,—
mit 7 Angehörigen	25 800,—	2 150,—
mit 8 Angehörigen	28 200,—	2 350,—
mit 9 Angehörigen	30 600,—	2 550,—
mit 10 Angehörigen	33 000,—	2 750,—

Für jeden weiteren Angehörigen erhöht sich die Einkom-  
 mensgrenze um 2400,— DM jährlich (200,— DM monatlich).

(2) Der Zuschlag von 2400,— DM zu dem Jahreseinkommen  
 des Wohnungsuchenden entfällt, wenn das Jahreseinkommen  
 seines Ehegatten 6000,— DM und das Jahreseinkommen sei-  
 ner anderen Angehörigen 4800,— DM übersteigen.

Angehörige, die keine Einkünfte haben, sind jedoch bei der  
 Berechnung des zulässigen Jahreseinkommens des Wohn-  
 suchenden mit zu berücksichtigen.

(3) Ist der Wohnungsuchende oder ein zu berücksichtigender  
 Angehöriger Schwerbeschädigter oder einem Schwerbeschä-  
 digten gleichgestellt, so erhöhen sich die in der Tabelle ge-  
 nannten Sätze für jede dieser Personen um 2400,— DM jähr-  
 lich (200,— DM monatlich).

(4) Maßgebend bei der Berechnung des Jahreseinkommens  
 sind die Einkünfte des Haushaltsvorstandes. Haushaltsvor-  
 stand ist, wer nach der Anschauung im täglichen Leben als  
 solcher anzusehen ist. Hat die Ehefrau oder ein anderer zum  
 Familienhaushalt des Wohnungsuchenden gehörender An-  
 gehöriger voraussichtlich auf längere Zeit größere Einkünfte  
 als der Ehemann, so ist davon auszugehen, daß sich der  
 Lebenszuschnitt der Familie entscheidend nach diesen Ein-  
 künften richtet. In diesen Fällen ist die Ehefrau oder der  
 meistverdienende Angehörige als Haushaltsvorstand anzu-  
 sehen.

(5) Als Angehörige gelten nur die im § 8 des Zweiten Woh-  
 nungsbaugesetzes genannten Personen:

- der Ehegatte,
- Verwandte in gerader Linie sowie Verwandte zweiten  
 und dritten Grades in der Seitenlinie,
- Verschwägerter in gerader Linie sowie Verschwägerter  
 zweiten und dritten Grades in der Seitenlinie,
- durch Annahme an Kindes Statt verbundene Personen,
- durch Ehelichkeitserklärung verbundene Personen,

- f) uneheliche Kinder,
- g) Pflegekinder ohne Rücksicht auf ihr Alter und Pflegeeltern.

(6) Bauherren, deren Jahreseinkommen die in Abs. 1 genannte Grenze übersteigt, gehören, sofern sie mindestens 4 Mietwohnungen schaffen, hinsichtlich einer dieser Wohnungen zum begünstigten Personenkreis.

#### 4. Jahreseinkommen

(1) Als Jahreseinkommen gemäß § 25 des Zweiten Wohnungsbaugesetzes ist der Gesamtbetrag der im vorangegangenen Kalenderjahr bezogenen Einkünfte im Sinne des § 2 Abs. 3 und 4 Einkommensteuergesetz (EStG) zugrunde zu legen (Bruttoeinkommen, einschließlich des Ortszuschlages der auf Grund gesetzlicher oder tariflicher Vorschriften gewährt wird). Einkünfte im Sinne dieser Vorschriften sind:

1. bei Land- und Forstwirtschaft, Gewerbebetrieb und selbständiger Arbeit der Gewinn (§§ 4 bis 7e EStG),
2. bei den anderen Einkunftsarten, insbesondere bei Lohn- und Gehaltsempfängern (§ 2 Abs. 3 Ziff. 4 bis 7 EStG) der Überschuß der Einnahmen über die Werbungskosten (§§ 8, 9 und 9a EStG). Der Werbungskostenpauschbetrag bei den Einnahmen aus nichtselbständiger Tätigkeit beträgt z. Z. 564,— DM jährlich; höhere Werbungskosten sind nachzuweisen.

(2) Für die Feststellung des Jahreseinkommens gelten die Vorschriften des Einkommensteuerrechts über die Einkunftsermittlung; insbesondere sind als steuerfrei erklärte Einnahmen außer Betracht zu lassen und Freibeträge, die bei der steuerlichen Einkunftsermittlung abzuziehen sind, ebenfalls abzusetzen. Von dieser Grundsatzregelung werden in § 25 Abs. 2 Satz 3 Nrn. 1 bis 5 des II. WoBauG bestimmte Ausnahmen gemacht, die zur Folge haben, daß das Ergebnis der steuerlichen Einkunftsermittlung vor seiner Verwendung für die Zwecke des Zweiten Wohnungsbaugesetzes insoweit zu korrigieren ist. Unter Zugrundelegung des geltenden Einkommensteuerrechts ergibt sich hiernach im wesentlichen folgendes:

(3) Beim Jahreseinkommen im Sinne des Zweiten Wohnungsbaugesetzes sind in Übereinkunft mit der steuerlichen Einkunftsermittlung

##### 1. als Einnahmen außer Betracht zu lassen:

- a) die steuerfreien Einnahmen gemäß §§ 3, 3a und 3b EStG mit Ausnahme der unter § 25 Abs. 2 Satz 3 Nr. 2 des II. WoBauG fallenden Einkünfte (vgl. Abs. 4 Ziff. 1 Buchst. a). Zu den hiernach außer Betracht zu lassenden Einnahmen gehören u. a. das Kindergeld nach der Kindergeldgesetzgebung, Leistungen aus einer Krankenversicherung, Arbeitslosengeld, Ausgleichsleistungen nach dem LAG, Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenbezüge sowie für Arbeitnehmer Heirats- und Geburtshilfen in bestimmter Höhe und ein Betrag von 100,— DM jährlich als sogenannter Weihnachtsfreibetrag (§ 3 Nrn. 24, 1, 2, 7, 6, 15 und 17 EStG);
- b) die steuerfreien Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit gemäß § 34a EStG;
- c) die steuerfreien vermögenswirksamen Leistungen gemäß § 12 Abs. 1 des Zweiten Vermögensbildungsgesetzes vom 1. Juli 1965 (BGBl. I S. 585);

##### 2. als Freibetrag abzusetzen:

Der Arbeitnehmerfreibetrag von z. Z. 240,— DM jährlich gemäß § 19 Abs. 2 EStG (bei Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit).

(4) Beim Jahreseinkommen im Sinne des Zweiten Wohnungsbaugesetzes sind in Abweichung von der steuerlichen Einkunftsermittlung

##### 1. als einkommenserhöhend hinzuzurechnen:

- a) Einkünfte, für die ein Anspruch auf Befreiung von der Einkommensteuer nach den Doppelbesteuerungsabkommen besteht. (Diese Regelung trifft im allgemeinen nicht für Personen zu, die nur im Inland Einkünfte beziehen.) Doppelbesteuerungsabkommen bestehen z. Z. mit rd. 20 ausländischen Staaten. Doppelbesteuerungsabkommen haben den Zweck, bei Ausländern nur die in Deutschland erzielten Einkünfte zur Besteuerung heranzuziehen. Die Vorschrift des Zweiten Wohnungsbaugesetzes macht jedoch die gesamten Einkünfte zur Grundlage der Berechnung des zulässigen Jahreseinkommens. Das gleiche gilt für im Ausland tätige Deutsche;

- b) Einkünfte aus Gehältern und Bezügen der bei internationalen oder übernationalen Organisationen beschäftigten Personen, die nach § 3 EStG steuerfrei sind (also volle Anrechnung dieser Bezüge abzüglich Werbungskosten).

Hierbei handelt es sich insbesondere um die in § 3 EStG Ziffern 30, 31, 32, 33, 34, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 55 und 57 genannten Gehälter und Bezüge;

- c) bei Versorgungsbezügen, die nach § 19 Abs. 3 EStG steuerfreien Teile (also volle Anrechnung der Versorgungsbezüge abzüglich Werbungskostenpauschbetrag von z. Z. 564,— DM jährlich). Die steuerfreien Teile betragen z. Z. 25 v. H. der Versorgungsbezüge, höchstens jedoch 2400,— DM jährlich. Versorgungsbezüge sind Bezüge und Vorteile aus früheren Dienstleistungen, die

##### 1. als Ruhegehalt, Witwen- oder Waisengeld, Unterhaltsbeitrag oder als gleichartiger Bezug

- a) auf Grund beamtenrechtlicher oder entsprechender gesetzlicher Vorschriften,
- b) nach beamtenrechtlichen Grundsätzen von Körperschaften, Anstalten oder Stiftungen des öffentlichen Rechts oder öffentlich-rechtlichen Verbänden von Körperschaften

oder

2. in anderen Fällen wegen Erreichens einer Altersgrenze, Berufsunfähigkeit, Erwerbsunfähigkeit oder als Hinterbliebenenbezüge gewährt werden; Bezüge, die wegen Erreichens einer Altersgrenze gewährt werden, gelten erst dann als Versorgungsbezüge, wenn der Wohnungsuchende das 62. Lebensjahr vollendet hat;

- d) bei Renten im Sinne des § 22 Ziff. 1 Buchst. a EStG die über den Ertragsanteil hinausgehenden Teile (also volle Anrechnung der Renten abzüglich Werbungskostenpauschbetrag von z. Z. 200,— DM jährlich);

- e) bei Sonderabschreibungen, die Beträge, die bei der Einkommensteuer unter anderen Gesichtspunkten als denen der Wertminderung abgesetzt werden, insbesondere solche nach § 7b EStG, soweit sie die nach § 7 EStG zulässigen Absetzungen für Abnutzung übersteigen.

##### 2. als einkommensmindernd abzuziehen:

Die gesetzlichen und tariflichen Kinderzulagen zu Löhnen, Gehältern und Renten sowie vergleichbare Bezüge.

- (5) Wohnungsuchende, die zur Einkommensteuer veranlagt werden, haben über die Höhe des Gesamtbetrages ihres Jahreseinkommens im Sinne des Zweiten Wohnungsbaugesetzes eine Bescheinigung des Finanzamtes zu erbringen. Der Bescheinigung sind die bei der letzten Veranlagung getroffenen Feststellungen zugrunde zu legen.

- (6) Wohnungsuchende, die nicht zur Einkommensteuer veranlagt werden, haben eine Bescheinigung des Arbeitgebers über die Höhe des Bruttoarbeitslohnes einschließlich der einmaligen Bezüge und der Sachbezüge in dem der Antragstellung vorangegangenen Kalenderjahre vorzulegen. Bezieht der Wohnungsuchende Einkünfte aus mehreren Dienstverhältnissen, so ist eine entsprechende Bescheinigung für jedes Dienstverhältnis vorzulegen. Das gleiche gilt bei Angehörigen, deren Einkünfte aus mehreren Dienstverhältnissen bestehen.

- (7) Deckt der Wohnungsuchende die Unterhaltskosten für sich und die zur Familie rechnenden Angehörigen nur aus Renten, so kann die sich aus Nr. 3 Abs. 1 ergebende Einkommensgrenze in der Regel ohne besonderen Nachweis der Einkommenshöhe als eingehalten angesehen werden. Haben jedoch ein oder mehrere zur Familie rechnende Angehörige andere als im § 22 Abs. 1 Buchst. a EStG genannte Einkünfte, so hat der Wohnungsuchende die Höhe der Einkünfte nachzuweisen.

- (8) Werden Werbungskosten geltend gemacht, die über die Werbungskostenpauschbeträge hinausgehen, so sind sie durch Bescheinigung des Finanzamtes nachzuweisen.“

2. Nr. 6 erhält folgende Fassung:

#### „6. Abweichung von den Förderungsrängen

Unabhängig von der Eigentumsform der Wohnungen (Familienheime, Eigentumswohnungen, Miet- und Genossenschaftswohnungen) kann von den Förderungsrängen der Nr. 5 abgewichen werden, soweit dies zur Befriedigung eines unabwendbaren Wohnungsbedarfs erforderlich ist.“

3. Nr. 42 erhält folgende Fassung:

„42. Familienzusatzdarlehen“)

(1) Werden dem Bauherrn eines Familienheimes oder einer eigengenutzten Eigentumswohnung erstmalig nach dem 31. Dezember 1967 öffentliche Mittel bewilligt, so ist ihm auf Antrag ein Familienzusatzdarlehen zu gewähren.

(2) Das Familienzusatzdarlehen beträgt:

Für Bauherren mit	beim Bau von	
	Familienheimen	eigengenutzten Eigentumswohnungen
	DM	DM
2 Kindern	2 000,—	1500,—
3 Kindern	5 000,—	3000,—
4 Kindern	8 000,—	4500,—
5 Kindern	11 000,—	6000,—
6 Kindern	14 000,—	7500,—

Für jedes weitere Kind erhöht sich das Familienzusatzdarlehen bei Familienheimen um je 3000,— DM, bei eigengenutzten Eigentumswohnungen um je 1500,— DM.

(3) Zu berücksichtigen sind diejenigen Kinder, die zum Familienhaushalt gehören und für die dem Bauherrn Kinderfreibeträge nach den Vorschriften des Einkommensteuergesetzes zustehen oder gewährt werden. Maßgebend sind die Verhältnisse in dem Zeitpunkt, in welchem der Antrag auf Bewilligung der öffentlichen Mittel gestellt wird. Ändern sich die Verhältnisse bis zum Ablauf des dritten Monats nach Bezugsfertigkeit des geförderten Familienheims oder der Eigentumswohnung zugunsten des Bauherrn, so sind die geänderten Verhältnisse zu berücksichtigen.

(4) Gehört zum Familienhaushalt ein Schwerbeschädigter, ein diesem Gleichgestellter oder eine Kriegerwitwe, so erhöht sich das Familienzusatzdarlehen für diese

bei Familienheimen um je	2000,— DM,
bei eigengenutzten Eigentumswohnungen um je	1500,— DM.

Gehören die Eltern oder ein Elternteil des Bauherrn und/oder seines Ehegatten zum Familienhaushalt, so ist bei der Berechnung des Familienzusatzdarlehens auf Antrag die Zahl der zu berücksichtigenden Kinder um die Zahl der zu berücksichtigenden Elternteile zu erhöhen. Dies gilt auch, wenn dem Bauherrn nur für ein Kind ein Kinderfreibetrag zusteht. Nicht zu berücksichtigen ist ein Elternteil, dessen Jahreseinkommen den Betrag von 3000,— DM übersteigt; Abs. 3 Satz 2 gilt entsprechend.

(5) Das Familienzusatzdarlehen ist in der Regel mit den sonstigen öffentlichen Mitteln zu beantragen. Es kann jedoch noch bis zur Bewilligung der sonstigen öffentlichen Mittel und, wenn geänderte Verhältnisse zu berücksichtigen sind, längstens bis zum Ablauf des vierten Monats nach Bezugsfertigkeit des Familienheims oder der eigengenutzten Eigentumswohnung beantragt werden. Diese Frist ist eine Abschlusfrist. Später eingehende Anträge sind abzulehnen.

(6) Familienzusatzdarlehen sind auf Antrag für die Restfinanzierung oder als Ersatz für die erststellige Finanzierung zu bewilligen.

(7) Vor der Bewilligung von Familienzusatzdarlehen ist dem Landesbewilligungsausschuß durch Erklärung des Bauherrn zu versichern, daß die Personen, die bei der Bemessung des Familienzusatzdarlehens berücksichtigt werden sollen, das Familienheim oder die Eigentumswohnung beziehen werden. Bei Kaufeigenheimen, Trägerkleinsiedlungen und Kaufeigentumswohnungen ist die Erklärung vom Bewerber abzugeben.

(8) Bei der Förderung von Familienheimen in der Form des Kaufeigenheimes oder der Trägerkleinsiedlung oder von Kaufeigentumswohnungen ist das Familienzusatzdarlehen auf

\*) Fußnote zu Nr. 42 „Familienzusatzdarlehen“, Überleitungsvorschriften für Familienzusatzdarlehen.

(1) Die Vorschriften der Nr. 42 sind anzuwenden auf Bauvorhaben, für welche die öffentlichen Mittel erstmalig nach dem 31. Dezember 1967 bewilligt werden.

(2) Ist ein Familienzusatzdarlehen vor dem 1. Januar 1968 bewilligt worden und haben sich die für die Bewilligung maßgebenden Verhältnisse vor Ablauf des dritten Monats nach Bezugsfertigkeit zugunsten des Bauherrn oder Bewerbers geändert, so ist einer nach dem 31. Dezember 1967 ergehenden Entscheidung über einen Antrag auf Berücksichtigung dieser Verhältnisse Nr. 42 in der vorstehenden Fassung zugrunde zu legen.

Antrag des Bewerbers zu gewähren, wenn der Bewerber die Voraussetzungen erfüllt und mit ihm ein auf Übertragung gerichteter Vertrag oder Vorvertrag nach § 45 Abs. 6 des II. WoBauG abgeschlossen ist.

(9) Die Abs. 1 bis 7 gelten für Bewerber entsprechend. Maßgebend sind jedoch für die Bewilligung des Familienzusatzdarlehens die Verhältnisse bei Bezugsfertigkeit; ändern sich die Verhältnisse bis zum Ablauf des dritten Monats nach Bezugsfertigkeit zugunsten des Bewerbers, so sind die geänderten Verhältnisse maßgebend. Wird der auf Übertragung des Eigentums gerichtete Vertrag oder Vorvertrag erst später abgeschlossen, so sind die Verhältnisse bei Vertragsabschluß maßgebend. Der Antrag auf Bewilligung des Familienzusatzdarlehens kann bis zu einem Jahr nach Bezugsfertigkeit des Familienheimes gestellt werden.

Wiesbaden, 9. 1. 1968

Der Hessische Minister  
des Innern  
V B 3 — 62 c 44 — 209/68

Der Hessische Minister  
der Finanzen  
O 6000/0 — III B 6 a  
StAnz. 6/1968 S. 178

146

Neugliederung der Senatsämter „Personalamt“ und „Organisationsamt“ beim Senat der Freien und Hansestadt Hamburg

Der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg hat darauf hingewiesen, daß mit Wirkung vom 1. Januar 1968 die Senatsämter „Personalamt“ und „Organisationsamt“ zu einem neuen Senatsamt mit der Bezeichnung

„Senatsamt für den Verwaltungsdienst“  
zusammengefaßt worden sind.

Die frühere Zuständigkeit und die Anschrift haben sich durch die Zusammenfassung nicht geändert.

Wiesbaden, 18. 1. 1968

Der Hessische Minister des Innern  
I A 14 — 7 k  
StAnz. 6/1968 S. 180

147

Übereinkommen zur Befreiung ausländischer öffentlicher Urkunden von der Legalisation

Bezug: Runderlaß vom 8. September 1966 — II A 4 — 25 h 04/33 — 21/66 — 8 — StAnz. S. 1236 —

Der Bezugserlaß wird wie folgt geändert bzw. ergänzt:

1. In I., erster Absatz, erhält die Übersicht über die ausländischen Staaten, für die das Übereinkommen bereits in Kraft getreten ist, folgende Fassung:

„Frankreich  
und das französisch-britische Kondominium Neue Hebriden,  
Jugoslawien,  
Malawi,  
Malta,  
Niederlande  
und Niederländische Antillen, Surinam,  
Österreich,  
das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland (auch für Gebiete, deren internationale Beziehungen Großbritannien wahrnimmt).“

2. II. erhält folgende Fassung:

„Durch § 1 der Anordnung über die Zuständigkeit zur Ausstellung der Apostille nach dem Haager Übereinkommen vom 5. Oktober 1961 zur Befreiung ausländischer öffentlicher Urkunden von der Legalisation vom 19. Dezember 1967 (GVBl. I S. 227) bin ich als zuständig für die Ausstellung der Apostille für Urkunden der hessischen Verwaltungsbehörden und Gerichte — mit Ausnahme der Urkunden der ordentlichen Gerichte, der Gerichte der allgemeinen Verwaltungsgerichtsbarkeit, des Hessischen Finanzgerichts, der Gerichte für Arbeitssachen, der Justizbehörden und der Notare — bestimmt worden.“

Wiesbaden, 22. 1. 1968

Der Hessische Minister des Innern  
II A 4 — 25 h 04 33 — 26 67 — 9  
StAnz. 6/1968 S. 180

**148**

**Anderung der Grenzen zwischen den Gemeinden  
Grävenwiesbach und Naunstadt,  
Laubach und Hundstadt,  
Wilhelmsdorf und Hundstadt,  
Usingen und Wilhelmsdorf,  
sämtlich im Landkreis Usingen, Regierungsbezirk Wies-  
baden**

Die Hessische Landesregierung hat am 9. Januar 1968 be-  
schlossen:

„Auf Grund der §§ 16 und 17 der Hessischen Gemeinde-  
ordnung i. d. F. vom 1. 7. 1960 (GVBl. S. 103) werden  
mit Wirkung vom 1. Januar 1968 nachstehende Grenz-  
änderungen vorgenommen:

1. Aus dem Gebiet der Gemeinde Naunstadt wird aus-  
gemeindet und in das Gebiet der Gemeinde Gräven-  
wiesbach eingemeindet:

Flur 2 Flurstück 22/9 —,4 qm.

2. Aus dem Gebiet der Gemeinde Laubach wird aus-  
gemeindet und in das Gebiet der Gemeinde Hundstadt  
eingemeindet:

Flur 30 Flurstück 1/2 106 qm.

3. Aus dem Gebiet der Gemeinde Wilhelmsdorf werden  
ausgemeindet und in das Gebiet der Gemeinde Hund-  
stadt eingemeindet:

Flur 1 Flurstücke	4/1	1 qm
	5/4	1 qm
	116/4	16 qm
insgesamt:		18 qm

4. Aus dem Gebiet der Stadt Usingen wird ausgemeindet  
und in das Gebiet der Gemeinde Wilhelmsdorf ein-  
gemeindet:

Flur 106 Flurstück 9528/7 149 qm.

Die Auseinandersetzung ist, soweit erforderlich, von der  
Aufsichtsbehörde durchzuführen.“

Wiesbaden, 16. 1. 1968

**Der Hessische Minister des Innern**  
IV A 22 — 3 k 08 — 53/68  
*StAnz. 6/1968 S. 181*

**149**

**Anderung der Grenze zwischen den Gemeinden Schöllnbach  
und Kailbach jenseits (Wohnplatz Kailbach diesseits) im  
Landkreis Erbach**

Die Hessische Landesregierung hat am 9. Januar 1968 be-  
schlossen:

„Auf Grund der §§ 16 und 17 der Hessischen Gemeinde-  
ordnung i. d. F. vom 1. 7. 1960 (GVBl. S. 103) wird mit  
Wirkung vom 1. Januar 1968 nachstehende Grenzände-  
rung vorgenommen:

Aus dem Gebiet der Gemeinde Schöllnbach wird der  
Wohnplatz Kailbach diesseits mit den nachstehend ge-  
nannten Flurstücken ausgemeindet und in das Gebiet  
der Gemeinde Kailbach jenseits eingemeindet:

Flur 13 Flurstücke	2/2	—,0009 ha
	4/3	23,1615 ha
	8/1	6,0706 ha
	10/1	—,2025 ha
	14	—,2262 ha
	18/1	—,3450 ha
	19/3	1,5606 ha
	19/4	10,1461 ha
	21	—,3431 ha
	26	1,4882 ha
	27/3	—,9712 ha
Flächensumme aus Flur 13:		44,5159 ha

Flur 14 Flurstücke	1/2	62,8467 ha
	2	—,7394 ha
	3	—,3494 ha
	4	—,1387 ha
	5	—,1144 ha
	6	—,3619 ha
Flächensumme aus Flur 14:		64,5505 ha

Flur 16 sämtliche Flurstücke 44,5362 ha

Flur 17 sämtliche Flurstücke 39,0948 ha

Flur 18 sämtliche Flurstücke		67,9888 ha
Flur 19 sämtliche Flurstücke		89,7844 ha
Flur 20	1/3	—,0930 ha
	1/2	—,1867 ha
	2/9	—,0093 ha
	2/11	—,2715 ha
	2/13	61,5235 ha
	4/4	—,0019 ha
	4/5	—,0077 ha
	21/3	—,1537 ha
	21/6	—,2105 ha
	22/5	—,4998 ha

Flächensumme aus Flur 20: 62,9576 ha

Umzugemeindende Flächen insg.: 413,4282 ha.

Die Auseinandersetzung ist, soweit erforderlich, von  
der Aufsichtsbehörde durchzuführen.“

Wiesbaden, 16. 1. 1968

**Der Hessische Minister des Innern**  
IV A 22 — 3 k 08 — 51/68  
*StAnz. 6/1968 S. 181*

**150**

An die  
Herren Regierungspräsidenten  
Darmstadt, Kassel, Wiesbaden

An den  
Magistrat  
der Stadt Frankfurt am Main  
— Bauaufsichtsbehörde —  
Frankfurt/Main

**Richtlinien über Anlage, Bau und Einrichtung von Schulen  
(Schulhausrichtlinien — SHR —)**

Bezug: Mein Erlaß vom 14. 11. 1966 — VA 1/VA 4 — 64 c  
20 — 17/66 — StAnz. 1967 S. 7; ber. S. 498 u. 578

Die von mir mit Erlaß vom 14. 11. 1966 eingeführten Richt-  
linien über Anlage, Bau und Einrichtung von Schulen (Schul-  
hausrichtlinien — SHR —), werden, wie folgt, geändert:

- a) Nr. 2.2 Das Wort „muß“ wird durch das Wort  
„soll“ ersetzt.
- b) Nr. 2.3.2 Der Absatz wird gestrichen; die nachfol-  
genden Absätze 2.3.3 und 2.3.4 erhalten  
die Nummern 2.3.2 und 2.3.3.
- c) Nr. 4.2.1.2 Der Satz 2 wird gestrichen.
- d) Nr. 4.2.1.3 Das Maß „4 m<sup>3</sup>“ wird durch das Maß  
„4,5 m<sup>3</sup>“ ersetzt.

Der Erlaß ergeht im Einvernehmen mit dem Hessischen  
Kultusminister.

Wiesbaden, 15. 1. 1968

**Der Hessische Minister des Innern**  
VA 1/VA 4 — 64 c 20 — 17/68  
*StAnz. 6/1968 S. 181*

**151**

**Kosten der Einrichtung und Unterhaltung der Kreisflücht-  
lingswohnheime**

Bezug: 1. Finanzausgleichsgesetz i. d. F. vom 2. Januar  
1968 (GVBl. I S. 1)  
2. Richtlinien vom 7. September 1959 (StAnz.  
Seite 1069)

Zur Durchführung des § 38 Abs. 3 und 4 des Gesetzes zur  
Regelung des Finanzausgleichs i. d. F. vom 2. Januar 1968  
(GVBl. I S. 1) ordne ich an:

Die mit Erlaß vom 27. Juni 1960 — X/1a 3 — 15 h/43/60  
KL — (StAnz. S. 829) für das Rechnungsjahr 1960 veröffent-  
lichten Richtlinien sind auch für das Rechnungsjahr 1968 an-  
zuwenden.

Wiesbaden, 18. 1. 1968

**Der Hessische Minister des Innern  
als Staatsbeauftragter  
für das Flüchtlingswesen**  
VI A 13 — 15 h/43/68 KL

*StAnz. 6/1968 S. 181*

**152****Genehmigung eines Wappens der Gemeinde Vöckelsbach im Landkreis Bergstraße, Regierungsbezirk Darmstadt**

Der Gemeinde Vöckelsbach im Landkreis Bergstraße, Regierungsbezirk Darmstadt, ist gemäß § 14 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 1. Juli 1960 (GVBl. Seite 103) das nachstehend beschriebene Wappen genehmigt worden:

„In Gold unter einer gestürzten, mit drei silbernen Vögeln belegten blauen Spitze ein blauer Wellenbalken.“

Wiesbaden, 17. 1. 1968

**Der Hessische Minister des Innern**  
IV A 22 — 3 k 06 — 27/68  
*StAnz. 6/1968 S. 182*

**153****Wegfall eines Unterscheidungsmerkmals**

hier: Gemeinde Kailbach, Landkreis Erbach

Das Unterscheidungsmerkmal im Namen der Gemeinde Kailbach „jenseits“ im Landkreis Erbach, Regierungsbezirk Darmstadt, fällt künftig weg. Gemäß § 12 Satz 3 der Hessischen Gemeindeordnung i. d. F. vom 1. Juli 1960 (GVBl. Seite 103) führt die Gemeinde mit Wirkung vom 1. Januar 1968 den Namen

„Kailbach“.

Wiesbaden, 16. 1. 1968

**Der Hessische Minister des Innern**  
IV A 22 — 3 k 08 — 51/68  
*StAnz. 6/1968 S. 182*

**155****Der Hessische Minister der Finanzen****Wertermittlungs-Richtlinien vom 25. 10. 1966**

hier: Bewirtschaftungskosten

Bezug: Erlaß vom 25. 10. 1966 — O 6085/1 — A 1 — IV B 11 (StAnz. S. 1531)

Die Wertermittlungs-Richtlinien vom 25. 10. 1966 erfassen im Abschnitt 2.32 die Bewirtschaftungskosten, die bei der Ermittlung des Ertragswertes von Bedeutung sind. Die in diesem Abschnitt enthaltenen Hinweise auf die II. Berechnungsverordnung (II. BVO) beziehen sich noch auf die Fassung vom 1. August 1963 (BGBl. I S. 593).

Mit der Verordnung zur Änderung der II. BVO vom 20. Dezember 1967 (GBGBI. I S. 1298) sind die Sätze für verschie-

**154****Kriminalpolizeiliches Vorbeugungsprogramm für Februar 1968****Die Kriminalpolizei rät****GEFAHREN IM DUNKELN**

- DUNKELHEIT erhöht Gefahren für Geld, Ehre Gesundheit und Leben; ist Tarnkappe für Räuber und Sittenstrolche!
- DUNKELHEIT zwingt deshalb zur Vorsicht, zu besonderer Aufmerksamkeit und Wachsamkeit!
- AUFMERKSAMKEIT vor allem auf dunklen Straßen und Wegen! Die Polizei kann nicht überall sein.
- AUFMERKSAMKEIT und Mißtrauen gegenüber Zufallsbekanntschaften. „Dunkelmänner“ mimen gern den Biedermann!
- WACHSAMKEIT vermindert IHR Risiko. Erkannte Gefahren sind halbe Gefahren!
- WACHSAMKEIT schützt auch Frauen und Mädchen vor Belästigungen und Überfällen!
- DARUM: Meiden SIE den „gefährlichen Weg“!

Wiesbaden, 12. 1. 1968

**Hessisches Landeskriminalamt**  
VI/3 b — 5 c 10 03  
*StAnz. 6/1968 S. 182*

**156****Der Hessische Minister der Finanzen****Wertermittlungs-Richtlinien vom 25. 10. 1966**

hier: Bewirtschaftungskosten

Bezug: Erlaß vom 25. 10. 1966 — O 6085/1 — A 1 — IV B 11 (StAnz. S. 1531)

Die Wertermittlungs-Richtlinien vom 25. 10. 1966 erfassen im Abschnitt 2.32 die Bewirtschaftungskosten, die bei der Ermittlung des Ertragswertes von Bedeutung sind. Die in diesem Abschnitt enthaltenen Hinweise auf die II. Berechnungsverordnung (II. BVO) beziehen sich noch auf die Fassung vom 1. August 1963 (BGBl. I S. 593).

Mit der Verordnung zur Änderung der II. BVO vom 20. Dezember 1967 (GBGBI. I S. 1298) sind die Sätze für verschie-

dene Bewirtschaftungskosten erhöht worden. Diese Sätze sind ab sofort auch bei der Ermittlung des Verkehrswertes von Grundstücken zu berücksichtigen.

Wiesbaden, 17. 1. 1968 **Der Hessische Minister der Finanzen**  
O 6085/1 — A 1 — IV A 11  
*StAnz. 6/1968 S. 182*

**156****Fernsprechananschluß des Finanzamts Hofgeismar**

Das Finanzamt Hofgeismar ist ab sofort unter folgenden neuen Fernsprechnummern zu erreichen:

Hofgeismar, (05671) 20 87 und 20 88.

Wiesbaden, 18. 1. 1968 **Der Hessische Minister der Finanzen**  
VV 2903 B — 19 — I A 22  
*StAnz. 6/1968 S. 182*

**157****Der Hessische Minister der Justiz****Auszüge aus den Geschäftsverteilungsplänen der hessischen Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit für das Jahr 1968**

Nachstehende Auszüge aus den Geschäftsverteilungsplänen der hessischen Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit für das Jahr 1968 werden hiermit veröffentlicht.

Kassel, 19. 1. 1968

**Der Präsident**  
**des Hessischen Verwaltungsgerichtshofes**  
Az.: 7 e — 103/68  
*StAnz. 6/1968 S. 182*

\*

**Auszug aus dem Geschäftsverteilungsplan des Hessischen Verwaltungsgerichtshofes in Kassel für das Jahr 1968**

Die Verteilung der Geschäfte auf die einzelnen Senate wird wie folgt geregelt:

**I. Senat:**

Verfahren aus folgenden Sachgebieten:

1. Richterrecht ohne Besoldungssachen
2. Beamtenrecht ohne Besoldungssachen
3. Gesetz zu Art. 131 GG einschließlich Besoldungssachen und Allgemeines Kriegsfolgengesetz vom 5. 11. 1957
4. Soldaten- und Wehrrecht einschließlich Soldatenbesoldung
5. Entscheidungen nach § 23 Abs. 2, § 24 VwGO
6. AR-Sachen, soweit nicht erkennbar ist, daß sie zu einem Sachgebiet gehören, das einem Senat zugeteilt ist

**II. Senat:**

Verfahren aus folgenden Sachgebieten:

1. Kommunalrecht ohne Anschluß- und Benutzungszwang, Gewerbesteuerausgleich, öffentliche Abgaben sowie Maßnahmen der Kommunalaufsicht auf dem Gebiete des Baurechts

2. Wahlrecht
3. Polizeirecht
4. Gewerberecht
5. Recht der freien Berufe
6. Verkehrsrecht mit Schiffahrtsrecht
7. Wegerecht
8. Staatsangehörigkeitsrecht
9. Schul- und Hochschulrecht einschließlich Schulgeldsachen
10. Flüchtlings- und Zuzugsrecht (insbesondere NAG, BVFG, HHG, HkG)
11. Kriegsgefangenenentschädigungsrecht
12. Entscheidungen nach § 48 VwGO

**III. Senat:**

Verfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz

**IV. Senat:**

Verfahren aus folgenden Sachgebieten:

1. Bodenreformrecht, Siedlungsrecht und Heimstättenrecht
2. Bauleitplanung, Bauplanungsrecht und Bodenverkehrsrecht
3. Bauordnungsrecht und Trümmerbeseitigung
4. Aus dem Kommunalrecht, Maßnahmen der Kommunalaufsicht aus dem Gebiete des Baurechts
5. Kataster- und Abmarkungsrecht
6. Natur- und Landschaftsschutz
7. Forstrecht
8. Jagdrecht
9. Fischereirecht
10. Wasserrecht
11. Bergrecht
12. Wohnraumbewirtschaftung
13. Wohn-, Miet- und Lastenbeihilfen
14. Anliegerbeitragssachen nach § 15 PreußFlG und Artikel 21 Hess. ABO
15. Sonstige bodenrechtliche Streitigkeiten, die keinem Senat zugewiesen sind

**V. Senat:**

Verfahren aus folgenden Sachgebieten:

1. Aus dem Kommunalrecht die Sachen betreffend Anschluß- und Benutzungszwang sowie Gewerbesteuerausgleich
2. Abgaberecht einschließlich kommunaler Abgaben, Abgaben der Wirtschafts- und Marktstellen ohne wirtschaftslenkende Abgaben, sowie einschließlich Steuervergünstigungen im Wohnungsbau, jedoch ohne die Abgabensachen, die einem anderen Senat zugewiesen sind
3. Postgebührensachen
4. Leistungspflichtrecht (insbesondere Bundesleistungsgesetz, Landesbeschaffungsgesetz und Schutzbereichsgesetz)
5. Besetzungsschädenrecht
6. Sozial- und Fürsorgerecht, insbesondere solches im Sinne von § 188 VwGO, einschließlich Tuberkulosehilfe, Kriegspferfürsorge und Schwerbeschädigtenrecht, ferner Krankenhilfe nach § 276 LAG, Mutter-schutzrecht und Jugendwohlfahrtsrecht

**VI. Senat:**

Verfahren aus folgenden Sachgebieten:

1. Wirtschaftsverwaltungsrecht einschließlich Interzonenwirtschaftsrecht, Außenwirtschaftsrecht, Devisenrecht, Bank- und Währungsrecht, Überwachung von Verbringungsverboten und Energiewirtschaftsrecht mit zugehörigen Enteignungssachen
2. Wirtschaftslenkende Abgaben
3. Preisrecht einschließlich Mietpreissachen
4. Postrecht ohne Postgebührensachen
5. Erschließungsbeitragssachen nach dem Bundesbaugesetz
6. Beitragssachen nach § 9 KAG und Art. 110 HGO 1931
7. Namensrecht
8. Besoldungsrecht der Richter und Beamten einschließlich Dienstpostenbewertung (insbesondere Fälle, in denen der angefochtene oder begehrte Verwaltungsakt

eine Bestimmung eines Besoldungsgesetzes betrifft; nicht jedoch Fälle, bei denen es um die Anwendung von Besoldungsrecht im Rahmen des Gesetzes zu Art. 131 GG oder des Soldaten- und Wehrrechts geht, desgleichen nicht beamtenrechtliche Nebengebiete wie Beihilfen, Umzugskosten und Reisekosten)

## 9. Wiedergutmachungsrecht

10. Alle sonstigen Rechtsgebiete, soweit sie keinem anderen Senat zugewiesen sind

**VII. Senat:**

Fachsenat für Personalvertretungssachen nach dem Hessischen Personalvertretungsgesetz

**VIII. Senat:**

Fachsenat für Personalvertretungssachen nach dem Bundes-Personalvertretungsgesetz

**Übergangsregelungen für Sachen**

- a) deren Rechtsgebiet am 1. 1. 1968 auf einen anderen Senat übergeht,
- b) deren am 31. 12. 1967 bestellter Berichterstatter am 1. 1. 1968 zu einem anderen Senat überwechselt:

In den Sachen, in denen bereits eine Verhandlung oder Beweisaufnahme vor dem Senat oder dem beauftragten Richter anberaumt ist oder stattgefunden hat, sowie bei der abschließenden Regelung der Verfahren OS V 83/63, OS V 51/64, B V 23/64 und B V 25/65 bleibt es bei der bisherigen Zuständigkeit der Senate und ihrer Zusammensetzung mit Berufsrichtern. Hinsichtlich der ehrenamtlichen Verwaltungsrichter kommt die Regelung D Nr. 3 zur Anwendung, sofern es sich um unterbrochene Sitzungen handelt.

\*

**Auszug aus dem Geschäftsverteilungsplan des Verwaltungsgerichts Darmstadt für das Jahr 1968****Sachliche Zuständigkeit**

(z. B. auch Vollstreckungsverfahren, Rechtshilfeersuchen, einstweilige Anordnungsverfahren, Beweissicherungsverfahren, Kostensachen aller Art, Verwaltungszwangsmaßnahmen):

Für die vor dem 1. 1. 1968 anhängig gewordenen Sachen verbleibt es bei der für das Geschäftsjahr 1967 getroffenen Zuständigkeit. Jedoch werden die durch Verwaltungsgerichtsrat Gengenbach vor dem 1. 1. 1968 bearbeiteten und noch nicht erledigten Sachen aus dem Gebiete des Fürsorge- und Sozialrechts ab 1. 1. 1968 durch die II. Kammer bearbeitet. Die sachliche Zuständigkeit für die ab 1. 1. 1968 anhängig werdenden Verfahren wird wie folgt geregelt:

**Zur Kammer I gehören folgende Sachgebiete:**

Beamtenrecht

(allgemein, Gesetz zu Art. 131 GG, Wiedergutmachung im öffentlichen Dienst) und sonstiges Recht des öffentlichen Dienstes

Sachen aus dem Gebiete des Besetzungsschädenabgeltungsgesetzes

Wehrrecht

**Zur Kammer II gehören folgende Sachgebiete:**

Baurecht

Siedlungsrecht

Naturschutzrecht und Denkmalschutzrecht

Wohnraumbewirtschaftung

Kataster- und Vermessungssachen

Förderung des Wohnungsbaues (Grundsteuervergünstigung u. dgl.)

Fürsorge- und Sozialrecht (Sachgebiete nach § 188 VwGO, Flüchtlingsfürsorge, Lastenbeihilfen, Wohngeld, Schwerbeschädigtenrecht)

**Zur Kammer III gehören folgende Sachgebiete:**

Recht der polizeilichen Gefahrenabwehr einschließlich Obdachlosenpolizei, jedoch mit Ausnahme des Verkehrsordnungsrechts

Lastenausgleichsrecht

Gewerberecht (mit Ausnahme des Verkehrsgewerberechts)

Berufsrecht (einschließlich Berufsbeitragsrecht)

Gesundheitswesen

Wirtschaftsrecht

Preisrecht

Wege- und Straßenrecht  
 Wasserrecht  
 Kommunalrecht und Kommunalwahlrecht  
 Gebührenrecht und Anschlußkostenrecht  
 Enteignungsrecht  
 Allgemeines Kriegsfolgeschlußgesetz  
 Leistungspflichtrecht  
 Vertriebenen-, Heimkehrer- und Häftlingshilferecht.  
 Alle sonstigen Sachgebiete, soweit sie nicht zu den Kammern I, II und IV gehören.

#### Zur Kammer IV gehören folgende Sachgebiete:

Kriegsgefangenenentschädigung  
 Verkehrsrecht (Verkehrsordnungsrecht und Verkehrsgewerberecht)  
 Postrecht  
 Öffentliches Abgabenrecht (ohne Gebührenrecht, Anschlußkostenrecht und Berufsbeitragsrecht)  
 Schulrecht  
 Notaufnahmerecht  
 Jagdrecht.

#### Zuständigkeit für die Angelegenheiten nach den Personalvertretungsgesetzen:

Alle Angelegenheiten nach dem Bundespersonalvertretungsgesetz vom 5. August 1955 (BGBl. I S. 477) werden in einer Fachkammer . . . entschieden . . .

Alle Angelegenheiten nach dem Hessischen Personalvertretungsgesetz vom 23. 12. 1959 (GVBl. S. 83) werden in einer Fachkammer . . . entschieden . . .

#### Auszug aus dem Geschäftsverteilungsplan des Verwaltungsgerichts Frankfurt/Main für das Jahr 1968

##### Sachliche Aufteilung der Geschäfte:

Die bereits bis 31. 12. 1967 anhängigen Verfahren verbleiben bei den bisher zuständigen Kammern, sofern in nachstehendem nichts anderes bestimmt ist. Sind für ein Sachgebiet jahrgangsweise verschiedene Kammern zuständig, so bestimmt sich die Zuständigkeit nach dem Zeitpunkt des Eingangs der Klage. Nachträgliche Änderungen oder Erweiterungen der Klage oder Trennung des Verfahrens berühren die Zuständigkeit nicht. Das Abgabenrecht wird, soweit es nicht einer Kammer besonders zugewiesen ist, denjenigen Rechtsgebieten zugerechnet, aus denen die Abgabe abgeleitet ist.

##### I. Kammer:

Kommunales Abgabenrecht, einschließlich Erschließungsbeitragsrecht nach dem Bundesbaugesetz  
 Wehrrecht mit Ausnahme des Wehrdienstverweigerungsrechts  
 Wirtschaftsrecht:  
 Prozesse gegen das BEF und die Einfuhrstelle für Zucker  
 Prozesse gegen das BEF und die Einfuhr- und Vorratsstelle für Vieh und Schlachtvieh mit Ausnahme der Gebührenprozesse gegen das BEF  
 Prozesse gegen die Einfuhrstelle für Zucker  
 Prozesse gegen die Einfuhr- und Vorratsstelle für Vieh und Schlachtvieh

##### II. Kammer:

Arzt-, Zahnarzt-, Tierarzt- und Apothekenrecht  
 Arzneimittelwesen und Heilmittelwerbung  
 Krankenhauswesen  
 Impfrecht, Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, Desinfektion  
 Fürsorge-, Versorgungs- und Schwerbeschädigtenrecht einschließlich Tbc-Fürsorge, Trinkerfürsorge u. ä.  
 Unterhaltssicherungsgesetz  
 Tier- und Pflanzenschutzwesen  
 Tierseuchenrecht  
 Schädlingsbekämpfungsrecht  
 Schul-, Hochschul-, Ausbildungs- und Prüfungsrecht, soweit nicht die III. Kammer zuständig ist

##### Wirtschaftsrecht:

1. Prozesse gegen die EVSt. für Getreide und Futtermittel
2. Prozesse gegen das Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft
3. Prozesse gegen das Land Hessen

##### III. Kammer:

Recht des öffentlichen Dienstes einschließlich Ausbildungs- und Prüfungsrecht des öffentlichen Dienstes, soweit nicht der V. Kammer zugewiesen  
 Kleingartenrecht  
 Wasserrecht, Wasserverbandsrecht  
 Wegerecht, Wegebau, Wegeunterhaltung, Bundesfernstraßengesetz, Abmarkungs- und Grenzangelegenheiten  
 Enteignung  
 Preisrecht, Mietpreisrecht  
 Wohnraumbewirtschaftsrecht  
 Arbeitsschutzrecht (Mutter- und Jugendarbeitsschutz, Arbeitszeitverordnung, Sonn- und Feiertagsgesetz)  
 Härteausgleich nach dem Bundesrückerstattungsgesetz  
 Wirtschaftsrecht:

1. Prozesse gegen die EVSt. für Fette
  2. Gebührenprozesse gegen das BEF
- Kirchenrechtliche Angelegenheiten

##### IV. Kammer:

Baurecht  
 Landesbeschaffungsrecht  
 Wohnungsbaugesetz und § 7c Einkommensteuergesetz  
 Gewerbe- und Berufsrecht, soweit nicht die VI. Kammer zuständig  
 Polizeirecht einschließlich Waffenrecht  
 Versammlungs- und Vereinsrecht  
 Glücksspiele  
 Jagd- und Fischereirecht  
 Natur- und Landschaftsschutz  
 Bodenreform, Siedlung einschließlich Umlegung  
 Friedhofsrecht

##### V. Kammer:

Lastenausgleichsrecht  
 Sachleistungsrecht  
 Flüchtlingsnotleistungsgesetz  
 Evakuiertengesetz — Notaufnahme  
 Politische Haftentschädigung  
 Bank- und Devisenrecht  
 Kommunalrecht  
 Kommunalwahlrecht  
 Wehrdienstverweigerungsrecht  
 G 131 (auch anhängige Verfahren), ausgenommen Klagen wegen Rückforderung von Bezügen nach G 131  
 Angelegenheiten nach dem Beweissicherungs- und Feststellungsgesetz vom 22. 5. 1965

##### VI. Kammer:

Namensrecht  
 Staatsangehörigkeitsrecht  
 Paßrecht  
 Ausländergesetz  
 Berufsrecht der Rechtsanwälte, Notare, Rechtsberater, Prozeßagenten und Wirtschaftsprüfer  
 Verkehrsrecht  
 Personenbeförderung  
 Güterkraftverkehr  
 Luftverkehr  
 Postrecht  
 Bergrecht  
 Forstrecht  
 Miet- und Lastenbeihilfen  
 Recht der Nichtgebietskörperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts  
 Flüchtlingsrecht



Kriegsgefangenenentschädigung  
Heimkehrerrecht  
Besetzungsschädenrecht  
Wirtschaftsrecht:  
Einfuhrprozesse gegen das BEF  
sowie alle sonstigen in diesem Geschäftsverteilungsplan  
nicht aufgeführten Rechtsgebiete

**Fachkammer  
nach dem Bundespersonalvertretungsgesetz**

**Fachkammer  
nach dem Hessischen Personalvertretungsgesetz**

\*

**Auszug aus dem Geschäftsverteilungsplan des Verwaltungs-  
gerichts Kassel für das Jahr 1968**

Geschäftsverteilung

**I. Kammer:**

Beamtenrecht  
Gewerberecht  
Verkehrsrecht  
Jagdrecht  
Naturschutzrecht  
Allgemeines Polizeirecht  
Staatsangehörigkeitsrecht

**II. Kammer:**

Kommunalrecht  
Kommunalwahlrecht  
öffentliches Abgaberecht ohne Steuern  
Baurecht  
öffentliches Gesundheitswesen

**III. Kammer:**

Lastenausgleichsrecht  
Kriegsfolgenrecht  
Flüchtlings-(Vertriebenen-) und Zuzugsrecht  
Häftlingshilfe  
Kriegsgefangenen- und Heimkehrerrecht  
Recht der allgemeinen öffentlichen Fürsorge, der Tuberkulosenhilfe, der sozialen Fürsorge für Kriegsoffer  
Schwerbeschädigtenrecht  
Wirtschafts- und Preisrecht  
Wohnungsrecht  
Steuerrecht  
Namensrecht  
Kirchenrecht (ab 1. 1. 1968)  
Schulrecht und sonstige Rechtsgebiete

**IV. Kammer:**

Besetzungsschädenrecht  
Bundesleistungssachen  
Wehrrecht (ab 1. 1. 1968 wieder mit vermögensrechtlichen Ansprüchen von und erstattungsrechtlichen Ansprüchen gegen Soldaten)  
Wasserrecht (ab 1. 1. 1968)  
Wegerecht und Planfeststellung  
(Aus dem Beschluß des Direktoriums des Verwaltungsgerichts Kassel vom 22. Dezember 1967 ergibt sich, daß bei diesem Gericht eine Personalvertretungskammer besteht.)

\*

**Auszug aus dem Geschäftsverteilungsplan des Verwaltungs-  
gerichts Wiesbaden für das Jahr 1968**

Zuständigkeit der Kammern

**I. Kammer:**

1. Öffentliches Dienstrecht mit Ausnahme der Sachen auf Grund des Ges. Art. 131 GG
2. Wohnungssachen
3. Sachen auf Grund des Leistungspflichtgesetzes, des Bundesleistungsgesetzes und des Gesetzes über die Abgeltung von Besetzungsschäden
4. Hochschul- und Schulrecht einschließlich der damit zusammenhängenden Prüfungen

5. Filmbewertungssachen
6. Flüchtlings-, Vertriebenen- und Häftlingshilfesachen
7. Öffentliche Abgaben, soweit es sich um Verwaltungsgebühren für behördliche Maßnahmen handelt, die zur Zuständigkeit der I. Kammer gehören
8. Sachen aus dem Wirtschaftsverwaltungsrecht einschließlich Außenwirtschaftsrecht, Devisenrecht, Währungsrecht
9. Sachen aus dem Preisrecht einschließlich Mietpreisrecht
10. Sachen aus dem Sozialrecht, insbesondere Sozialhilfe, Tuberkulosenhilfe, Kriegsofferfürsorge, Schwerbeschädigtenrecht, Jugendwohlfahrtsrecht, Mutterschutzgesetz
11. Kriegsgefangenen- und Heimkehrersachen

**II. Kammer:**

1. Landwirtschafts-, Boden- und Grundstückssachen einschließlich Enteignungen mit Ausnahme der Begründung von Zwangsrechten nach dem Hessischen Wassergesetz
2. Öffentliche Abgaben, soweit
  - a) sie nicht nach Abs. 3 Nr. 7a)–c) zur Zuständigkeit der III. Kammer gehören,
  - b) es sich um Verwaltungsgebühren für behördliche Maßnahmen handelt, die zur Zuständigkeit der II. Kammer gehören
3. Sachen auf Grund des Gesetzes Art. 131 GG
4. Sachen auf Grund des Wehrpflichtgesetzes

**III. Kammer:**

1. Kommunalrecht einschließlich Kommunalwahlrecht
2. Baurecht, soweit die Baugrundstücke in den Kreisen Wetzlar und Biedenkopf, dem Untertaunuskreis und der kreisfreien Stadt Wiesbaden belegen sind,
3. Gewerberecht
4. Polizeirecht
5. Verkehrsrecht
6. Wasser- und Wegerecht
7. Öffentliche Abgaben, soweit es sich handelt um
  - a) G e b ü h r e n der Kreise, Gemeinden und Zweckverbände für die Benutzung öffentlicher Einrichtungen
  - b) B e i t r ä g e für die Zwangsmitgliedschaft zu öffentlich-rechtlichen Zusammenschlüssen, insbesondere Handwerkskammer, Industrie- und Handelskammer, Anwalts-, Ärzte-, Tierärzte-, Zahnärzte- und Apothekerkammer und ähnlichen Berufsverbänden
  - c) Schankerlaubnissteuer
  - d) V e r w a l t u n g s g e b ü h r e n für behördliche Maßnahmen, die zur Zuständigkeit der III. Kammer gehören
8. alle sonstigen Sachen, die nicht in die Zuständigkeit der I., II. oder IV. Kammer fallen

**IV. Kammer:**

1. Lastenausgleichssachen
2. Sachen auf Grund des allgemeinen Kriegsfolgengesetzes, des Beweissicherungs- und Feststellungsgesetzes sowie des Gesetzes über Hilfsmaßnahmen für Deutsche aus der SBZ
3. Baurecht, soweit die Baugrundstücke in den Kreisen Limburg und Usingen, dem Oberlahnkreis, dem Dillkreis und dem Rheingaukreis belegen sind
4. Öffentliche Abgaben, soweit es sich um Verwaltungsgebühren für behördliche Maßnahmen handelt, die zur Zuständigkeit der IV. Kammer gehören

**Fachkammer  
nach dem Bundespersonalvertretungsgesetz (BPVG) vom  
5. 8. 1955 (BGBl. I S. 477)**

**Fachkammer  
nach dem Hessischen Personalvertretungsgesetz (HPVG)  
vom 23. 12. 1959 (GVBl. 1959, 83)**

\*

Die Geschäftsverteilungspläne einschließlich der Besetzung der Spruchkörper — auch die Unterlagen über die Besetzung der Gerichte der Disziplinargerichtsbarkeit und der Heilberufungsgerichtsbarkeit — und die von den Vorsitzenden gemäß § 8 Abs. 2 VwGO aufgestellten Grundsätze liegen bei den Geschäftsstellen der Gerichte zur Einsichtnahme während der Geschäftsstunden aus.

## Der Hessische Kultusminister

158

An die  
Herrn Regierungspräsidenten  
Darmstadt,  
Kassel,  
Wiesbaden

### Richtlinien für Planung und Ausführung von allgemeinbildenden Schulen (Schulbaurichtlinien)

Bezug: Erlaß vom 15. 12. 1966 — E I 2 — 180/10 — StAnz. 1967 S. 20, Amtsblatt 1967 S. 11

Die mit meinem Erlaß vom 15. 12. 1966 veröffentlichten Richtlinien für Planung und Ausführung von allgemeinbildenden Schulen (Schulbaurichtlinien) werden in folgenden Punkten geändert:

**1. Ziff. 3.4. erhält folgende Fassung:**

Die Abstände der Gebäudeaußenwände untereinander und von der Grundstücksgrenze müssen den Schulbaurichtlinien entsprechen.

Die Abstände müssen größer sein, als es die Bestimmungen der Schulbaurichtlinien fordern, wenn es zur ausreichenden Belichtung der Unterrichtsräume erforderlich ist. Der Lichteinfallwinkel (§ 26 Abs. 6 HBO) für das am ungünstigsten gelegene Klassenraumfenster darf nicht größer sein als 30°.

**2. Ziff. 4.2.3. wird gestrichen.**

Die nachfolgenden Absätze 4.2.4. und 4.2.5. erhalten die Nummern 4.2.3. und 4.2.4.

**3. Ziff. 8.1. Abs. 2 Satz 1 wird gestrichen**

**4. Ziff. 8.5. erhält folgende Fassung:**

Es wird empfohlen, die Wände etwa 1,80 m hoch mit Wandplatten zu verkleiden; ein Zapfhahn mit Schlauchverschraubung ist einzubauen.

**5. Ziff. 9.4. Der erste Satz erhält folgende Fassung:**

Für Verbindungsgänge genügt in der Regel eine Breite von etwa 3 m.

Diese Änderungen ergehen im Einvernehmen mit dem Minister des Innern und dem Minister der Finanzen.

Wiesbaden, 16. 1. 1968

**Der Hessische Kultusminister**  
E I 2 — 180/10 — 133  
StAnz. 6/1968 S. 186

159

### Urkunde über die Errichtung der Kirchengemeinde und Pfarrkuratie Herz Jesu in Gudensberg

Nach Anhörung des Priesterrates gemäß Nr. 21 § 3 der durch das Motu proprio „Ecclesiae Sanctae“ vom 6. August 1966 erlassenen Ausführungsbestimmungen zu Nr. 32 des Konzilsdekretes „Christus Dominus“ ordnet der Bischof von Fulda an:

1. In der Pfarrei St. Peter in Fritzlar wird die selbständige Kirchengemeinde und Pfarrkuratie Herz Jesu in Gudensberg errichtet.
2. Die neue Kirchengemeinde und Pfarrkuratie besteht aus der Stadt Gudensberg sowie den Gemeinden Deute, Dissen, Dorla, Grifte, Halsdorf, Maden, Nieder-Vorschütz und Obervorschütz. Ihre Grenzen decken sich mit den Gemarkungsgrenzen der Stadt Gudensberg und der genannten Gemeinden.
3. Die in der neuen Kirchengemeinde gelegenen kirchlichen Grundstücke gehen mit den darauf errichteten Gebäuden in das Eigentum der Kirchengemeinde über. Im übrigen verzichten die Muttergemeinde St. Peter in Fritzlar und die Tochtergemeinde Herz Jesu in Gudensberg gegenseitig auf alle vermögenswerten Ansprüche.

4. Die neue Kirchengemeinde übernimmt alle üblichen Lasten und Pflichten einer Pfarrkuratiegemeinde.

5. Diese Urkunde tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1968 in Kraft.

Wiesbaden, 17. 1. 1968

**Der Hessische Kultusminister**  
V 4 — 883 — 126  
StAnz. 6/1968 S. 186

160

### Urkunde über die Verlegung des Pfarrsitzes und die Umbenennung der Pfarrei Florenberg bei Fulda

Nach Anhörung des Priesterrates gemäß Nr. 21 § 3 der durch das Motu proprio „Ecclesiae Sanctae“ vom 6. August 1966 erlassenen Ausführungsbestimmungen zu Nr. 32 des Konzilsdekretes „Christus Dominus“ ordnet der Bischof von Fulda an:

1. Die in Pilgerzell neu erbaute Kirche zur Hl. Dreifaltigkeit wird zur Pfarrkirche der Pfarrei Florenberg erhoben. Alle Rechte und Pflichten der Kirche St. Flora gehen auf die neue Pfarrkirche über.

2. Die Pfarrei Florenberg wird umbenannt in „Pfarrei zur Hl. Dreifaltigkeit in Pilgerzell“. Die Rechte und Pflichten des Pfarrbenefiziums werden durch die Verlegung des Pfarrsitzes nicht verändert.

3. Die bisherige Pfarrkirche St. Flora wird Nebenkirche. Der jeweilige Obere der Niederlassung der Gesellschaft des Göttlichen Wortes „Haus Florenberg“ ist Rector ecclesiae dieser Nebenkirche. Die Katholiken aus den Gemeinden Engelhelms und Edelzell behalten das Recht, die Nebenkirche St. Flora bis zur Fertigstellung und Einweihung ihrer im Bau befindlichen Kirche unentgeltlich zu gottesdienstlichen Zwecken zu benutzen.

4. Diese Urkunde tritt mit dem 1. Januar 1968 in Kraft.

Wiesbaden, 17. 1. 1968

**Der Hessische Kultusminister**  
V 4 — 883 — 126  
StAnz. 6/1968 S. 186

161

### Urkunde über die Errichtung der Kirchengemeinde und Pfarrkuratie „Christkönig“ Edelzell—Engelhelms

Nach Anhörung des Priesterrates gemäß Nr. 21 § 3 der durch das Motu proprio „Ecclesiae Sanctae“ vom 6. August 1966 erlassenen Ausführungsbestimmungen zu Nr. 32 des Konzilsdekretes „Christus Dominus“ ordnet der Bischof von Fulda an:

1. In der Pfarrei zur Hl. Dreifaltigkeit in Pilgerzell (der früheren Pfarrei Florenberg) wird die selbständige Kirchengemeinde und Pfarrkuratie „Christkönig“ Edelzell—Engelhelms mit dem Sitz in Edelzell errichtet.

2. Sie besteht aus den Gemeinden Edelzell und Engelhelms. Ihre Grenzen decken sich mit den Grenzen dieser Gemeinden.

3. Die in den vorgenannten Gemeinden wohnenden Katholiken scheiden aus der Kirchengemeinde zur Hl. Dreifaltigkeit in Pilgerzell aus und bilden die neue Kirchengemeinde und Pfarrkuratie „Christkönig“ Edelzell—Engelhelms.

4. Die vermögensrechtlichen Verhältnisse zwischen der Muttergemeinde zur Hl. Dreifaltigkeit und der Tochtergemeinde „Christkönig“ Edelzell—Engelhelms werden in einer besonderen bischöflichen Teilungsanordnung geregelt.

5. Die neue Kirchengemeinde übernimmt alle üblichen Lasten einer Pfarrkuratiegemeinde.

6. Diese Urkunde tritt mit dem 1. Januar 1968 in Kraft.

Wiesbaden, 17. 1. 1968

**Der Hessische Kultusminister**  
V 4 — 883 — 126  
StAnz. 6/1968 S. 186

**162****Urkunde über die Errichtung der Kirchengemeinde und Pfarrkuratie St. Johannes Bosco in Lohfelden (Kreis Kassel)**

Nach Anhörung des Priesterrates gemäß Nr. 21 § 3 der durch das Motu proprio „Ecclesiae Sanctae“ vom 6. August 1966 erlassenen Ausführungsbestimmungen zu Nr. 32 des Konzilsdekretes „Christus Dominus“ ordnet der Bischof von Fulda an:

1. In der Pfarrei St. Kunigundis in Kassel-Bettenhausen wird die selbständige Kirchengemeinde und Pfarrkuratie St. Johannes Bosco in Lohfelden errichtet.
2. Sie besteht aus den Gemeinden Lohfelden, Dörnhagen, Eiterhagen, Vollmarshausen, Wattenbach und Wellerode. Ihre Grenzen decken sich mit den Grenzen der genannten Gemeinden.
3. Die in den vorgenannten Gemeinden wohnenden Katholiken scheiden aus der Kirchengemeinde St. Kunigundis in Kassel-Bettenhausen aus und bilden die neue Kirchengemeinde und Pfarrkuratie St. Johannes Bosco in Lohfelden.
4. Die in der neuen Kirchengemeinde gelegenen kirchlichen Grundstücke gehen in das Eigentum der neuen Kirchengemeinde über. Im übrigen verzichten Mutter- und Tochtergemeinde wechselseitig auf alle vermögenswerten Ansprüche und Verpflichtungen.
5. Die neue Kirchengemeinde übernimmt alle üblichen Lasten einer Pfarrkuratiegemeinde.
6. Diese Urkunde tritt mit dem 1. Januar 1968 in Kraft.

Wiesbaden, 17. 1. 1968

**Der Hessische Kultusminister**  
V 4 — 883 — 126  
*StAnz. 6/1968 S. 187*

**163****Urkunde über die Errichtung der Pfarrei St. Paulus in Fulda**

Nach Anhörung des Priesterrates gemäß Nr. 21 § 3 der durch das Motu proprio „Ecclesiae Sanctae“ vom 6. August 1966 erlassenen Ausführungsbestimmungen zu Nr. 32 des Konzilsdekretes „Christus Dominus“ ordnet der Bischof von Fulda an:

1. Die bisherige selbständige Kirchengemeinde und Pfarrkuratie St. Paulus in Fulda wird zur Pfarrei erhoben.
2. Die Grenzen der neuen Pfarrei bleiben dieselben wie die der bisherigen Pfarrkuratie (vgl. Staatsanzeiger für das Land Hessen Nr. 2/1956 Seite 44 und Kirchliches Amtsblatt für die Diözese Fulda Stück III/1965 Seite 35 Nr. 21).
3. Die im vorbezeichneten Gebiet wohnenden Katholiken scheiden aus der Pfarrei St. Joseph in Fulda aus und bilden die neue Pfarrei St. Paulus in Fulda.
4. Die Kirchengemeinde St. Paulus in Fulda übernimmt die üblichen Lasten einer Pfarrei. Die in der Errichtungsurkunde der Pfarrkuratie getroffene Regelung über die Vermögensauseinandersetzung mit der Mutterpfarrei St. Joseph wird durch die Erhebung der Kuratie St. Paulus zur Pfarrei nicht berührt.
5. Die Kirche St. Paulus in Fulda wird zur Pfarrkirche der neuen Pfarrei erhoben.
6. Diese Urkunde tritt mit dem 1. Januar 1968 in Kraft.

Wiesbaden, 17. 1. 1968

**Der Hessische Kultusminister**  
V 4 — 883 — 126  
*StAnz. 6/1968 S. 187*

**Der Hessische Minister für Wirtschaft und Verkehr****164****Bekanntmachung über die Prüfung für Wirtschaftsprüfer im Herbst 1968**

Für die im Herbst 1968 stattfindende Prüfung für Wirtschaftsprüfer nach dem Gesetz über eine Berufsordnung der Wirtschaftsprüfer (Wirtschaftsprüferordnung) vom 24. Juli 1961 (BGBl. I S. 1049) sind die Anträge auf Zulassung zur Prüfung bis spätestens 20. Juni 1968 an den Zulassungsausschuß für Wirtschaftsprüfer des Landes Hessen, des Landes Rheinland-Pfalz und des Saarlandes, Wiesbaden, Kaiser-Friedrich-Ring 75 (Landeshaus), zu richten.

Wiesbaden, 16. 1. 1968

**Der Hessische Minister**  
**für Wirtschaft und Verkehr**  
II c 2 — 010 — 68  
*StAnz. 6/1968 S. 187*

**165****Der Hessische Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen****33. Amtsarztlehrgang der Akademie für Staatsmedizin in Düsseldorf**

Die Akademie für Staatsmedizin in Düsseldorf, Auf'm Hennekamp 70, Tel. 3 49 71, führt in der Zeit vom 1. 3. bis 29. 6. 1968 ihren 33. Amtsarztlehrgang durch.

Bewerbungen um die Teilnahme sind bis möglichst zum 10. 2. 1968 an die Akademie zu richten, die auch Auskunft über die Teilnahmebedingungen erteilt.

Fernmündlich ist das Sekretariat der Akademie von montags bis freitags (8.30 bis 12.30 Uhr) zu erreichen.

Wiesbaden, 18. 1. 1968

**Der Hessische Minister für Arbeit,**  
**Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen**  
III A 3 a — 18 a — 08/01  
*StAnz. 6/1968 S. 187*

**166****Einfuhr und Durchfuhr von Hunden und Hauskatzen aus dem Auslande**

Mit der nachstehenden Verordnung über die Einfuhr und die Durchfuhr von Hunden und Hauskatzen vom 20. Dezember 1967 (BGBl. I S. 1242), die vier Monate nach ihrer Verkündung — am 23. April 1968 — in Kraft tritt, hat der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten gemäß § 7 Abs. 1 des Viehseuchengesetzes die Einfuhr und die Durchfuhr von Hunden und Hauskatzen neu geregelt. Dabei wird gegenüber den geltenden Vorschriften ein weitgehend vereinfachtes Verfahren eingeführt. Gleichzeitig werden die entsprechenden Verordnungen der Länder, und zwar für Hessen die Viehseuchenanordnung über die Ein- und Durchfuhr

von Hunden vom 15. Juli 1957 (GVBl. S. 125), geändert durch die Viehseuchenanordnung vom 1. Juni 1964 (GVBl. I S. 70), durch die Bundesverordnung ersetzt.

#### Zu § 1

Hunde und Hauskatzen können bei Vorlage einer gültigen amtstierärztlichen Gesundheitsbescheinigung ohne Rücksicht auf ihr Herkunftsland eingeführt oder durchgeführt werden (§ 1 Abs. 1); die Ausdehnung der Vorschriften auf Hauskatzen beruht darauf, daß insbesondere die Tollwut auch durch Katzen verschleppt werden kann. Die Gültigkeitsdauer der Gesundheitsbescheinigung von 20 Tagen bei Herkunft der Tiere aus außereuropäischen Ländern soll die ggf. lange Reisezeit berücksichtigen. Diese sonst nicht übliche Regelung ist durch die Tatsache begründet, daß Hunde und Hauskatzen in der Mehrzahl der Fälle im Personenverkehr mitgeführt werden.

Die Vorschrift des § 1 Abs. 2 ist veterinärpolizeilich vertretbar, da eine Zurückweisung in diesen Fällen aus rein formalen Gründen notwendig würde.

§ 1 Abs. 3 sieht die Möglichkeit vor, die Einfuhr und die Durchfuhr von Hunden und Hauskatzen auch zuzulassen, wenn die in § 1 Abs. 1 geforderten Nachweise nicht erbracht werden. Da in diesen Fällen Angaben über die Seuchensituation am Herkunftsort der Tiere und eine tierärztliche Untersuchung im Ausland fehlen, ist es notwendig, die Zulassung der Einfuhr oder Durchfuhr von dem Ergebnis einer amtstierärztlichen Untersuchung bei der Zolldienststelle abhängig zu machen und zusätzlich die Auflage des § 1 Abs. 4 vorzuschreiben. Die Auflage ist in die Befundbescheinigung über die amtstierärztliche Untersuchung aufzunehmen. Die Kosten aller mit der Ein- und Durchfuhr von Hunden und Hauskatzen notwendig werdenden amtstierärztlichen Untersuchungen fallen dem Einführenden zur Last und sind nach Abschnitt B der Gebührenordnung für amtstierärztliche Dienstgeschäfte vom 29. Dezember 1966 (StAnz. S. 121/1967) in der Fassung vom 15. Februar 1967 (StAnz. S. 334) festzusetzen.

#### Zu § 2

§ 2 Nr. 1 enthält Erleichterungen für Hunde und Hauskatzen mit Herkunft aus der Bundesrepublik Deutschland im Reiseverkehr.

Der geforderte Identitätsnachweis soll Umgehungen der Vorschriften des § 1 verhindern.

Die in § 2 Nr. 1 und 2 enthaltenen Ausnahmen von den Vorschriften sind veterinärpolizeilich vertretbar, da in diesen Fällen von den Tieren wegen ihrer Halungsweise keine besondere Gefahr ausgeht. Sofern der nach § 2 Nr. 1 vorgeschriebene Identitätsnachweis nicht erbracht wird, ist dann die Wiedereinfuhr entweder nach § 1 Absatz 1 oder nach § 1 Absatz 3 zulässig.

Wiesbaden, 15. 1. 1968

**Der Hessische Minister für Arbeit,  
Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen**  
StS — III B 3 19 b 18 — Nr. 206 — 54  
StAnz. 6/1968 S. 187

\*

#### Anlage

### Verordnung über die Einfuhr und die Durchfuhr von Hunden und Hauskatzen Vom 20. Dezember 1967

(BGBl. I S. 1242 vom 22. 12. 1967)

Auf Grund des § 7 Abs. 1 des Viehseuchengesetzes vom 26. Juni 1909 (Reichsgesetzbl. S. 519), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Änderung des Viehseuchengesetzes vom 26. Juli 1965 (Bundesgesetzbl. I S. 627), wird mit Zustimmung des Bundesrates verordnet:

#### § 1

(1) Hunde und Hauskatzen dürfen nur eingeführt oder durchgeführt werden, wenn der Zolldienststelle durch Vorlage einer Gesundheitsbescheinigung des für den Herkunftsort des Tieres zuständigen amtlichen Tierarztes nachgewiesen wird, daß

1. das Tier am Tage der Ausstellung der Gesundheitsbescheinigung von ihm untersucht worden ist und dabei keine

Anzeichen einer übertragbaren Krankheit gezeigt und auch der Verdacht einer solchen Krankheit nicht vorgelegen hat und

2. innerhalb der letzten drei Monate vor Ausstellung der Gesundheitsbescheinigung weder am Herkunftsort noch in dessen Umgebung bis zu einer Entfernung von 20 Kilometern Tollwut amtlich festgestellt worden ist.

Die Gesundheitsbescheinigung muß in deutscher Sprache ausgestellt oder mit einer amtlich beglaubigten deutschen Übersetzung vorgelegt werden. Sie ist vom Tage der Ausstellung an gerechnet 10 Tage, bei Herkunft des Tieres aus einem außereuropäischen Land 20 Tage gültig.

(2) Die Zolldienststelle kann im Einzelfall auf die Vorlage einer amtlich beglaubigten deutschen Übersetzung der Gesundheitsbescheinigung nach Absatz 1 Satz 2 verzichten, wenn ihr aus der fremdsprachigen Gesundheitsbescheinigung zweifelsfrei ersichtlich ist, daß die geforderten Nachweise bescheinigt sind.

(3) Hunde und Hauskatzen, für die eine Gesundheitsbescheinigung nach Absatz 1 Satz 1 nicht oder nur mit unzureichenden Angaben vorgelegt wird, dürfen nur eingeführt oder durchgeführt werden, wenn eine Untersuchung durch den zuständigen beamteten Tierarzt bei der Zolldienststelle ergibt, daß Anzeichen einer übertragbaren Krankheit und der Verdacht einer solchen Krankheit nicht vorliegen und wenn eine Einschleppung von Tiersuchen nicht zu befürchten ist. Dasselbe gilt, wenn eine durch beglaubigte deutsche Übersetzung der Gesundheitsbescheinigung nicht vorgelegt wird und die Voraussetzung des Absatzes 2 nicht gegeben ist.

(4) Der Verfügungsberechtigte hat jede Erkrankung oder den Tod eines nach Absatz 3 eingeführten Hundes oder einer nach Absatz 3 eingeführten Hauskatze dem für den Aufenthaltsort des Tieres zuständigen beamteten Tierarzt unverzüglich anzuzeigen, sofern die Erkrankung oder der Tod innerhalb von drei Monaten eintreten.

#### § 2

Die Vorschriften des § 1 gelten nicht für

1. Hunde und Hauskatzen, die von ihren in dem Geltungsbereich dieser Verordnung wohnenden Besitzern im Reiseverkehr in europäische Länder vorübergehend ausgeführt worden sind, wenn der Zolldienststelle die Identität des jeweiligen Tieres durch eine vor der Ausreise ausgestellte amtliche Bescheinigung nachgewiesen wird;
2. die Einfuhr und die Durchfuhr von Hunden und Hauskatzen
  - a) die im Artistenberuf Verwendung finden,
  - b) bei Zwischenlandung im Luftverkehr; unter Zwischenlandung im Sinne dieser Vorschrift ist auch die Umladung in ein anderes Flugzeug zu verstehen, wenn die Tiere zwischenzeitlich das Gelände des Flughafens nicht verlassen,
  - c) die an Bord von Schiffen gehalten werden und in eine Bestandsliste eingetragen sind; diese Tiere dürfen nicht an Land gebracht werden;
3. die Einfuhr und die Durchfuhr von Blindenhunden, Diensthunden der Bundeswehr, des Bundesgrenzschutzes, der Zollverwaltung und der Polizei sowie von Hunden, die im Rettungsdienst eingesetzt sind.

#### § 3

(1) Nach § 74 Abs. 1 Nr. 1 des Viehseuchengesetzes wird bestraft, wer vorsätzlich

1. entgegen § 1 Abs. 1 Satz 1 und Absatz 3 Hunde oder Hauskatzen einführt oder durchführt oder
2. entgegen § 1 Abs. 4 die Erkrankung oder den Tod eines Hundes oder einer Hauskatze nicht oder nicht unverzüglich anzeigt.

(2) Wer die Tat fahrlässig begeht, wird nach § 75 Abs. 1 des Viehseuchengesetzes bestraft.

#### § 4

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzblatt I S. 1) in Verbindung mit Artikel 3 des Gesetzes zur Änderung des Viehseuchengesetzes vom 26. Juli 1965 auch im Land Berlin.

## § 5

Diese Verordnung tritt vier Monate nach der Verkündung in Kraft. Gleichzeitig treten außer Kraft:

**Baden-Württemberg:**

Verordnung des Innenministeriums über die Ein- und Durchfuhr von Hunden vom 10. April 1957 (Gesetzblatt für Baden-Württemberg S. 52) in der Fassung vom 18. Juni 1964 (Gesetzblatt für Baden-Württemberg S. 279),

**Bayern:**

Landesverordnung über die Einfuhr von Hunden vom 18. Juli 1964 (Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 158),

**Berlin:**

Viehseuchenpolizeiliche Anordnung über die Ein- und Durchfuhr von Hunden vom 4. Juni 1964 (Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin S. 662),

**Bremen:**

Verordnung über die Einfuhr von Hunden vom 22. Dezember 1964 (Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen 1965 Seite 2),

**Hamburg:**

Verordnung über die Ein- und Durchfuhr von Hunden vom 17. Februar 1959 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt I S. 17) in der Fassung vom 22. Juni 1965 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt I S. 119),

**Hessen:**

Viehseuchenanordnung über die Ein- und Durchfuhr von Hunden vom 15. Juli 1957 (Gesetz- und Verordnungsblatt für

das Land Hessen S. 125) in der Fassung vom 1. Juni 1964 (Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Hessen I S. 70),

**Niedersachsen:**

Viehseuchenbehördliche Verordnung über die Ein- und Durchfuhr von Hunden vom 21. März 1959 (Niedersächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt S. 54) in der Fassung vom 26. Februar 1965 (Niedersächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt S. 7),

**Nordrhein-Westfalen:**

Viehseuchenverordnung betreffend die Ein- und Durchfuhr von Hunden vom 12. April 1957 (Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen S. 101) in der Fassung vom 20. Mai 1964 (Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen S. 176),

**Rheinland-Pfalz:**

Viehseuchenpolizeiliche Anordnung über die Ein- und Durchfuhr von Hunden vom 12. Juni 1957 (Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Rheinland-Pfalz S. 91) in der Fassung vom 15. Juni 1964 (Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Rheinland-Pfalz S. 109),

**Saarland:**

Viehseuchenpolizeiliche Anordnung über die Ein- und Durchfuhr von Hunden aus dem Ausland vom 27. September 1961 (Amtsblatt des Saarlandes S. 557) in der Fassung vom 21. Juli 1964 (Amtsblatt des Saarlandes S. 722),

**Schleswig-Holstein:**

Verordnung (Viehseuchenpolizeiliche Anordnung) über die Ein- und Durchfuhr von Hunden aus dem Ausland vom 9. Mai 1957 (Gesetz- und Verordnungsblatt für Schleswig-Holstein Seite 71) in der Fassung vom 18. August 1964 (Gesetz- und Verordnungsblatt für Schleswig-Holstein S. 134).

167

**Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Forsten****Flurbereinigung Tiefenbach, Kreis Wetzlar****Flurbereinigungsbeschuß**

Auf Grund des § 4 des Flurbereinigungsgesetzes (FlurbG) vom 14. 7. 1953 (BGBl. I S. 591) wird folgender Beschluß erlassen:

1. Die Flurbereinigung der Grundstücke der Gemarkung Tiefenbach, Kreis Wetzlar, wird hiermit angeordnet.

2. Als Flurbereinigungsgebiet wird die gesamte Gemarkung Tiefenbach, Kreis Wetzlar, festgestellt. Es hat eine Größe von rd. 719 ha, worin eine Waldfläche von rd. 354 ha enthalten ist. Die Grenzen des Flurbereinigungsgebietes sind auf der Gebietskarte, die einen Bestandteil dieses Beschlusses bildet, durch einen orange Farbstreifen kenntlich gemacht.

3. Die Gemeinschaft der Teilnehmer am Flurbereinigungsverfahren führt den Namen:

„Teilnehmergemeinschaft der Flurbereinigung von Tiefenbach, Kreis Wetzlar, mit dem Sitz in Tiefenbach, Kreis Wetzlar.“

Sie ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechtes.

4. Die Beteiligten werden nach § 14 FlurbG aufgefordert, Rechte, die aus dem Grundbuch nicht ersichtlich sind, aber zur Beteiligung am Flurbereinigungsverfahren berechtigen, innerhalb drei Monaten nach Bekanntgabe dieses Beschlusses beim Kulturamt in Gießen, Ostanlage 47 (Behördenhochhaus), anzumelden. Werden Rechte nach Ablauf dieser Frist angemeldet, so kann das Kulturamt die bisherigen Verhandlungen und Festsetzungen gelten lassen.

Der Inhaber eines o. a. Rechtes muß die Wirkung eines vor der Anmeldung eingetretenen Fristablaufes ebenso gegen sich gelten lassen, wie der Beteiligte, dem gegenüber die Frist durch Bekanntgabe des Verwaltungsaktes zuerst in Lauf gesetzt worden ist.

5. Nach § 34 bzw. nach § 85/5 FlurbG ist von der Bekanntgabe dieses Beschlusses ab bis zur Ausführungsanordnung in folgenden Fällen die Zustimmung des Kulturamtes erforderlich:

- a) wenn die Nutzungsart der Grundstücke im Flurbereinigungsgebiet geändert werden soll; dies gilt nicht für Änderungen, die zum ordnungsmäßigen Wirtschaftsbetrieb gehören;
- b) wenn Bauwerke, Brunnen, Gräben, Einfriedigungen, Hangterrassen und ähnliche Anlagen errichtet, hergestellt, wesentlich verändert oder beseitigt werden sollen;
- c) wenn Obstbäume, Beerensträucher, Rebstöcke, Hopfenstöcke, einzelne Bäume, Hecken, Feld- und Ufergehölze beseitigt werden sollen. Die Beseitigung ist nur in Ausnahmefällen möglich, soweit landeskulturelle Belange nicht beeinträchtigt werden;
- d) wenn Holzeinschläge vorgenommen werden sollen, die den Rahmen einer ordnungsgemäßen Bewirtschaftung übersteigen.

Sind entgegen den Absätzen a) und b) Änderungen vorgenommen, Anlagen hergestellt oder beseitigt worden, so können sie im Verfahren unberücksichtigt bleiben; das Kulturamt kann den früheren Zustand nach § 137 FlurbG wieder herstellen lassen, wenn dies der Flurbereinigung dienlich ist.

Sind Eingriffe entgegen dem Absatz c) vorgenommen worden, so muß das Kulturamt Ersatzpflanzungen anordnen.

Werden entgegen dem Absatz d) Holzeinschläge vorgenommen, so kann das Kulturamt anordnen, daß derjenige, der das Holz fällt, die abgeholzte oder verlichtete Fläche nach den Weisungen der Forstaufsichtsbehörde wieder ordnungsgemäß in Bestand zu bringen hat.

6. Der entscheidende Teil dieses Beschlusses wird im Staatsanzeiger veröffentlicht und in der Gemeinde Tiefenbach und den Nachbargemeinden Biskirchen, Stockhausen, Leun, Braunfels, Hirschhausen, Drommershausen und Selters öffentlich bekanntgemacht. Gleichzeitig wird der Beschluß mit Begründung und der Gebietskarte zur Einsichtnahme durch die Beteiligten bei dem Bürgermeister in Tiefenbach, Kreis Wetzlar, und in den o. a. Nachbargemeinden zwei Wochen lang ausgelegt.

**Rechtsmittelbelehrung:** Gegen diesen Beschluß kann binnen zwei Wochen Widerspruch beim Landeskulturamt in Wiesbaden, Parkstraße 44, als Obere Flurbereinigungsbehörde erhoben werden. Die Frist beginnt mit dem 1. Tage der öffentlichen Bekanntmachung. Der Widerspruch ist schriftlich einzulegen oder zur Niederschrift beim Landeskulturamt zu erklären.

Wiesbaden, 21. 11. 1967

**Landeskulturamt**  
Az.: WF 401  
GNr.: 29 958/67  
St.Anz. 6/1968 S. 189

168

### Flurbereinigung Vöckelsbach, Kreis Bergstraße

#### Flurbereinigungsbeschluß

Auf Grund des § 4 des Flurbereinigungsgesetzes (FlurbG) vom 14. 7. 1953 (BGBl. I S. 591) wird folgender Beschluß erlassen:

1. Die Flurbereinigung der Grundstücke der Gemarkung Vöckelsbach, Kreis Bergstraße, wird hiermit angeordnet.

2. Als Flurbereinigungsgebiet wird die gesamte Gemarkung Vöckelsbach festgestellt. Es hat eine Größe von rd. 184 ha, worin eine Waldfläche von rd. 61 ha enthalten ist. Die Grenzen des Flurbereinigungsgebietes sind auf der Gebietskarte, die einen Bestandteil dieses Beschlusses bildet, durch einen orange Farbstreifen kenntlich gemacht.

3. Die Gemeinschaft der Teilnehmer am Flurbereinigungsverfahren führt den Namen:

„Teilnehmergemeinschaft der Flurbereinigung von Vöckelsbach“  
mit dem Sitz in Vöckelsbach, Kreis Bergstraße.

Sie ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechtes.

4. Die Beteiligten werden nach § 14 FlurbG aufgefordert, Rechte, die aus dem Grundbuch nicht ersichtlich sind, aber zur Beteiligung am Flurbereinigungsverfahren berechtigen, innerhalb drei Monaten nach Bekanntgabe dieses Beschlusses beim Kulturamt in Darmstadt, Rheinstraße 25, anzumelden. Werden Rechte nach Ablauf dieser Frist angemeldet, so kann das Kulturamt die bisherigen Verhandlungen und Festsetzungen gelten lassen.

Der Inhaber eines o. a. Rechtes muß die Wirkung eines vor der Anmeldung eingetretenen Fristablaufes ebenso gegen sich gelten lassen, wie der Beteiligte, dem gegenüber die Frist durch Bekanntgabe des Verwaltungsaktes zuerst in Lauf gesetzt worden ist.

5. Nach § 34 bzw. nach § 85/5 FlurbG ist von der Bekanntgabe dieses Beschlusses ab bis zur Ausführungsanordnung in folgenden Fällen die Zustimmung des Kulturamtes erforderlich:

- wenn die Nutzungsart der Grundstücke im Flurbereinigungsgebiet geändert werden soll; dies gilt nicht für Änderungen, die zum ordnungsmäßigen Wirtschaftsbetrieb gehören;
- wenn Bauwerke, Brunnen, Gräben, Einfriedungen, Hangterrassen und ähnliche Anlagen errichtet, hergestellt, wesentlich verändert oder beseitigt werden sollen;
- wenn Obstbäume, Beerensträucher, Rebstöcke, Hopfenstöcke, einzelne Bäume, Hecken, Feld- und Ufergehölze beseitigt werden sollen. Die Beseitigung ist nur in Ausnahmefällen möglich, soweit landeskulturelle Belange nicht beeinträchtigt werden;
- wenn Holzeinschläge vorgenommen werden sollen, die den Rahmen einer ordnungsgemäßen Bewirtschaftung übersteigen.

Sind entgegen den Absätzen a) und b) Änderungen vorgenommen, Anlagen hergestellt oder beseitigt worden, so können sie im Verfahren unberücksichtigt bleiben; das Kulturamt kann den früheren Zustand nach § 137 FlurbG wieder herstellen lassen, wenn dies der Flurbereinigung dienlich ist.

Sind Eingriffe entgegen dem Absatz c) vorgenommen worden, so muß das Kulturamt Ersatzpflanzungen anordnen.

Werden entgegen dem Absatz d) Holzeinschläge vorgenommen, so kann das Kulturamt anordnen, daß derjenige, der das Holz fällt, die abgeholzte oder verlichtete Fläche nach den Weisungen der Forstaufsichtsbehörde wieder ordnungsgemäß in Bestand zu bringen hat.

6. Der entscheidende Teil dieses Beschlusses wird im Staatsanzeiger veröffentlicht und in der Gemeinde Vöckelsbach und den Nachbargemeinden Weiher, Mackenheim, Ober-Abtsteinach, Löhrbach, Ober-Mumbach öffentlich bekanntgemacht. Gleichzeitig wird der Beschluß mit Begründung und der Gebietskarte zur Einsichtnahme durch die Beteiligten bei dem Bürgermeister in Vöckelsbach und in den o. a. Nachbargemeinden zwei Wochen lang ausgelegt.

**Rechtsmittelbelehrung:** Gegen diesen Beschluß kann binnen zwei Wochen Widerspruch beim Landeskulturamt in Wiesbaden, Parkstraße 44, als Obere Flurbereinigungsbehörde erhoben werden. Die Frist beginnt mit dem 1. Tage der öffentlichen Bekanntmachung. Der Widerspruch ist schriftlich einzulegen oder zur Niederschrift beim Landeskulturamt zu erklären.

Wiesbaden, 7. 12. 1967

**Landeskulturamt**  
DF-Nr.: 461  
GNr.: 33 548 67  
St.Anz. 6/1968 S. 190

169

### Flurbereinigung Weiher, Kreis Bergstraße

#### Flurbereinigungsbeschluß

Auf Grund des § 4 des Flurbereinigungsgesetzes (FlurbG) vom 14. 7. 1953 (BGBl. I S. 591) wird folgender Beschluß erlassen:

1. Die Flurbereinigung der Grundstücke der Gemarkung Weiher, Kreis Bergstraße, wird hiermit angeordnet.

2. Als Flurbereinigungsgebiet wird die gesamte Gemarkung Weiher festgestellt. Es hat eine Größe von rd. 513 ha, worin eine Waldfläche von rd. 202 ha enthalten ist. Die Grenzen des Flurbereinigungsgebietes sind auf der Gebietskarte, die einen Bestandteil dieses Beschlusses bildet, durch einen orange Farbstreifen kenntlich gemacht.

3. Die Gemeinschaft der Teilnehmer am Flurbereinigungsverfahren führt den Namen:

„Teilnehmergemeinschaft der Flurbereinigung von Weiher“  
mit dem Sitz in Weiher, Kreis Bergstraße.

Sie ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechtes.

4. Die Beteiligten werden nach § 14 FlurbG aufgefordert, Rechte, die aus dem Grundbuch nicht ersichtlich sind, aber zur Beteiligung am Flurbereinigungsverfahren berechtigen, innerhalb drei Monaten nach Bekanntgabe dieses Beschlusses beim Kulturamt in Darmstadt, Rheinstraße 25, anzumelden. Werden Rechte nach Ablauf dieser Frist angemeldet, so kann das Kulturamt die bisherigen Verhandlungen und Festsetzungen gelten lassen.

Der Inhaber eines o. a. Rechtes muß die Wirkung eines vor der Anmeldung eingetretenen Fristablaufes ebenso gegen sich gelten lassen, wie der Beteiligte, dem gegenüber die Frist durch Bekanntgabe des Verwaltungsaktes zuerst in Lauf gesetzt worden ist.

5. Nach § 34 bzw. nach § 85/5 FlurbG ist von der Bekanntgabe dieses Beschlusses ab bis zur Ausführungsanordnung in folgenden Fällen die Zustimmung des Kulturamtes erforderlich:

- wenn die Nutzungsart der Grundstücke im Flurbereinigungsgebiet geändert werden soll; dies gilt nicht für Änderungen, die zum ordnungsmäßigen Wirtschaftsbetrieb gehören;
- wenn Bauwerke, Brunnen, Gräben, Einfriedungen, Hangterrassen und ähnliche Anlagen errichtet, hergestellt, wesentlich verändert oder beseitigt werden sollen;
- wenn Obstbäume, Beerensträucher, Rebstöcke, Hopfenstöcke, einzelne Bäume, Hecken, Feld- und Ufergehölze beseitigt werden sollen. Die Beseitigung ist nur in Ausnahmefällen möglich, soweit landeskulturelle Belange nicht beeinträchtigt werden;
- wenn Holzeinschläge vorgenommen werden sollen, die den Rahmen einer ordnungsgemäßen Bewirtschaftung übersteigen.

Sind entgegen den Absätzen a) und b) Änderungen vorgenommen, Anlagen hergestellt oder beseitigt worden, so können sie im Verfahren unberücksichtigt bleiben; das Kulturamt kann den früheren Zustand nach § 137 FlurbG wieder herstellen lassen, wenn dies der Flurbereinigung dienlich ist.

Sind Eingriffe entgegen dem Absatz c) vorgenommen worden, so muß das Kulturamt Ersatzpflanzungen anordnen.

Werden entgegen dem Absatz d) Holzeinschläge vorgenommen, so kann das Kulturamt anordnen, daß derjenige, der das Holz fällt, die abgeholzte oder verlichtete Fläche nach den Weisungen der Forstaufsichtsbehörde wieder ordnungsgemäß in Bestand zu bringen hat.

6. Der entscheidende Teil dieses Beschlusses wird im Staatsanzeiger veröffentlicht und in der Gemeinde Weiher und den Nachbargemeinden Zotzenbach, Mörlenbach, Obermumbach, Vöckelsbach, Mackenheim, Kreidach und Wald-Michelbach öffentlich bekanntgemacht. Gleichzeitig wird der Beschluß mit Begründung und der Gebietskarte zur Einsichtnahme durch die Beteiligten bei dem Bürgermeister in Weiher und in den o. a. Nachbargemeinden zwei Wochen lang ausgelegt.

**Rechtsmittelbelehrung:** Gegen diesen Beschluß kann binnen zwei Wochen Widerspruch beim Landeskulturamt in Wiesbaden, Parkstraße 44, als Obere Flurbereinigungsbehörde erhoben werden. Die Frist beginnt mit dem 1. Tage der öffentlichen Bekanntmachung. Der Widerspruch ist schriftlich einzulegen oder zur Niederschrift beim Landeskulturamt zu erklären.

Wiesbaden, 7. 12. 1967

**Landeskulturamt**  
DF 464  
GNr. 33 527/67  
StAnz. 6/1968 S. 190

170

#### Flurbereinigung Zotzenbach, Kreis Bergstraße

##### Flurbereinigungsbeschluß

Auf Grund des § 4 des Flurbereinigungsgesetzes (FlurbG) vom 14. 7. 1953 (BGBl. I S. 591) wird folgender Beschluß erlassen:

1. Die Flurbereinigung der Grundstücke der Gemarkung Zotzenbach, Kreis Bergstraße, wird hiermit angeordnet.

2. Als Flurbereinigungsgebiet wird die gesamte Gemarkung Zotzenbach festgestellt. Es hat eine Größe von rund 768 ha, worin eine Waldfläche von rd. 294 ha enthalten ist. Die Grenzen des Flurbereinigungsgebietes sind auf der Gebietskarte, die einen Bestandteil dieses Beschlusses bildet, durch einen orange Farbstreifen kenntlich gemacht.

3. Die Gemeinschaft der Teilnehmer am Flurbereinigungsverfahren führt den Namen:

„Teilnehmergemeinschaft der Flurbereinigung von Zotzenbach“  
mit dem Sitz in Zotzenbach, Kreis Bergstraße.

Sie ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechtes.

4. Die Beteiligten werden nach § 14 FlurbG aufgefordert, Rechte, die aus dem Grundbuch nicht ersichtlich sind, aber zur Beteiligung am Flurbereinigungsverfahren berechtigen, innerhalb drei Monaten nach Bekanntgabe dieses Beschlusses beim Kulturamt in Darmstadt, Rheinstraße 25, anzumelden. Werden Rechte nach Ablauf dieser Frist angemeldet, so kann das Kulturamt die bisherigen Verhandlungen und Festsetzungen gelten lassen.

Der Inhaber eines o. a. Rechtes muß die Wirkung eines vor der Anmeldung eingetretenen Fristablaufes ebenso gegen sich gelten lassen, wie der Beteiligte, dem gegenüber die Frist durch Bekanntgabe des Verwaltungsaktes zuerst in Lauf gesetzt worden ist.

5. Nach § 34 bzw. nach § 85/5 FlurbG ist von der Bekanntgabe dieses Beschlusses ab bis zur Ausführungsanordnung in folgenden Fällen die Zustimmung des Kulturamtes erforderlich:

- wenn die Nutzungsart der Grundstücke im Flurbereinigungsgebiet geändert werden soll; dies gilt nicht für Änderungen, die zum ordnungsmäßigen Wirtschaftsbetrieb gehören;
- wenn Bauwerke, Brunnen, Gräben, Einfriedungen, Hangterrassen und ähnliche Anlagen errichtet, hergestellt, wesentlich verändert oder beseitigt werden sollen;
- wenn Obstbäume, Beerensträucher, Rebstöcke, Hopfenstöcke, einzelne Bäume, Hecken, Feld- und Ufergehölze beseitigt werden sollen. Die Beseitigung ist nur in Ausnahmefällen möglich, soweit landeskulturelle Belange nicht beeinträchtigt werden;

d) wenn Holzeinschläge vorgenommen werden sollen, die den Rahmen einer ordnungsgemäßen Bewirtschaftung übersteigen.

Sind entgegen den Absätzen a) und b) Änderungen vorgenommen, Anlagen hergestellt oder beseitigt worden, so können sie im Verfahren unberücksichtigt bleiben; das Kulturamt kann den früheren Zustand nach § 137 FlurbG wieder herstellen lassen, wenn dies der Flurbereinigung dienlich ist.

Sind Eingriffe entgegen dem Absatz c) vorgenommen worden, so muß das Kulturamt Ersatzpflanzungen anordnen.

Werden entgegen dem Absatz d) Holzeinschläge vorgenommen, so kann das Kulturamt anordnen, daß derjenige, der das Holz fällt, die abgeholzte oder verlichtete Fläche nach den Weisungen der Forstaufsichtsbehörde wieder ordnungsgemäß in Bestand zu bringen hat.

6. Der entscheidende Teil dieses Beschlusses wird im Staatsanzeiger veröffentlicht und in der Gemeinde Zotzenbach und den Nachbargemeinden Rimbach, Kocherbach, Gader, Wald-Michelbach, Weiher und Mörlenbach öffentlich bekanntgemacht. Gleichzeitig wird der Beschluß mit Begründung und der Gebietskarte zur Einsichtnahme durch die Beteiligten bei dem Bürgermeister in Zotzenbach und in den o. a. Nachbargemeinden zwei Wochen lang ausgelegt.

**Rechtsmittelbelehrung:** Gegen diesen Beschluß kann binnen zwei Wochen Widerspruch beim Landeskulturamt in Wiesbaden, Parkstraße 44, als Obere Flurbereinigungsbehörde erhoben werden. Die Frist beginnt mit dem 1. Tage der öffentlichen Bekanntmachung. Der Widerspruch ist schriftlich einzulegen oder zur Niederschrift beim Landeskulturamt zu erklären.

Wiesbaden, 7. 12. 1967

**Landeskulturamt**  
Az.: DF 463  
GNr.: 33 529/67  
StAnz. 6/1968 S. 191

171

#### Flurbereinigung Reddehausen, Kreis Marburg

##### Flurbereinigungsbeschluß

Auf Grund des § 4 des Flurbereinigungsgesetzes (FlurbG) vom 14. 7. 1953 (BGBl. I S. 591) wird folgender Beschluß erlassen:

1. Die Flurbereinigung der Grundstücke der Gemarkung Reddehausen, Kreis Marburg/Lahn, wird hiermit angeordnet.

2. Als Flurbereinigungsgebiet wird die gesamte Gemarkung Reddehausen einschließlich der Ortslage festgestellt. Es hat eine Größe von 270 ha, worin eine Waldfläche von 8 ha enthalten ist. Die Grenzen des Flurbereinigungsgebietes sind auf der Gebietskarte, die einen Bestandteil dieses Beschlusses bildet, durch einen grünen Farbstreifen kenntlich gemacht.

3. Die Gemeinschaft der Teilnehmer am Flurbereinigungsverfahren führt den Namen:

„Teilnehmergemeinschaft der Flurbereinigung von Reddehausen“  
mit dem Sitz in 3551 Reddehausen über Marburg/Lahn.

Sie ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechtes.

4. Die Beteiligten werden nach § 14 FlurbG aufgefordert, Rechte, die aus dem Grundbuch nicht ersichtlich sind, aber zur Beteiligung am Flurbereinigungsverfahren berechtigen, innerhalb drei Monaten nach Bekanntgabe dieses Beschlusses beim Kulturamt in 355 Marburg/Lahn, Biegenstraße 36 (Fernruf 8 70 95), anzumelden. Werden Rechte nach Ablauf dieser Frist angemeldet, so kann das Kulturamt die bisherigen Verhandlungen und Festsetzungen gelten lassen.

Der Inhaber eines o. a. Rechtes muß die Wirkung eines vor der Anmeldung eingetretenen Fristablaufes ebenso gegen sich gelten lassen, wie der Beteiligte, dem gegenüber die Frist durch Bekanntgabe des Verwaltungsaktes zuerst in Lauf gesetzt worden ist.

5. Nach § 34 bzw. nach § 85/5 FlurbG ist von der Bekanntgabe dieses Beschlusses ab bis zur Ausführungsanordnung in folgenden Fällen die Zustimmung des Kulturamtes erforderlich:

- wenn die Nutzungsart der Grundstücke im Flurbereinigungsgebiet geändert werden soll; dies gilt nicht für Änderungen, die zum ordnungsmäßigen Wirtschaftsbetrieb gehören;
- wenn Bauwerke, Brunnen, Gräben, Einfriedungen, Hangterrassen und ähnliche Anlagen errichtet, hergestellt, wesentlich verändert oder beseitigt werden sollen;

- c) wenn Obstbäume, Beerensträucher, Rebstöcke, Hopfenstöcke, einzelne Bäume, Hecken, Feld- und Ufergehölze beseitigt werden sollen. Die Beseitigung ist nur in Ausnahmefällen möglich, soweit landeskulturelle Belange nicht beeinträchtigt werden;
- d) wenn Holzeinschläge vorgenommen werden sollen, die den Rahmen einer ordnungsgemäßen Bewirtschaftung übersteigen.

Sind entgegen den Absätzen a) und b) Änderungen vorgenommen, Anlagen hergestellt oder beseitigt worden, so können sie im Verfahren unberücksichtigt bleiben; das Kulturamt kann den früheren Zustand nach § 137 FlurbG wieder herstellen lassen, wenn dies der Flurbereinigung dienlich ist.

Sind Eingriffe entgegen dem Absatz c) vorgenommen worden, so muß das Kulturamt Ersatzpflanzungen anordnen.

Werden entgegen dem Absatz d) Holzeinschläge vorgenommen, so kann das Kulturamt anordnen, daß derjenige, der das Holz fällt, die abgeholzte oder verlichtete Fläche nach den Weisungen der Forstaufsichtsbehörde wieder ordnungsgemäß in Bestand zu bringen hat.

6. Der entscheidende Teil dieses Beschlusses wird im Staatsanzeiger veröffentlicht und in der Gemeinde Reddehausen und den Nachbargemeinden Schönstadt, Bernsdorf und Oberrospe öffentlich bekanntgemacht. Gleichzeitig wird der Beschluß mit Begründung und der Gebietskarte zur Einsichtnahme durch die Beteiligten bei dem Bürgermeister in Reddehausen und in den o. a. Nachbargemeinden zwei Wochen lang ausgelegt.

Rechtsmittelbelehrung: Gegen diesen Beschluß kann binnen zwei Wochen Widerspruch beim Landeskulturamt in Wiesbaden, Parkstraße 44, als Obere Flurbereinigungsbehörde erhoben werden. Der Lauf der Frist beginnt am ersten Tage der öffentlichen Bekanntmachung. Der Widerspruch ist schriftlich einzulegen oder zur Niederschrift beim Landeskulturamt zu erklären.

Wiesbaden, 28. 12. 1967

**Landeskulturamt**

Az.: KF 269 — GNr.: 36 569/67  
StAnz. 6/1968 S. 191

172

#### Flurbereinigung Breitenbrunn, Kreis Erbach

##### Flurbereinigungsbeschluß

Auf Grund des § 4 des Flurbereinigungsgesetzes (FlurbG) vom 14. 7. 1953 (BGBl. I S. 591) wird folgender Beschluß erlassen:

1. Die Flurbereinigung der Grundstücke der Gemarkung Breitenbrunn, Kreis Erbach, wird hiermit angeordnet.

2. Als Flurbereinigungsgebiet wird die gesamte Gemarkung Breitenbrunn festgestellt. Es hat eine Größe von 833,8 ha, worin eine Waldfläche von 526,4 ha enthalten ist. Die Grenzen des Flurbereinigungsgebietes sind auf der Gebietskarte, die einen Bestandteil dieses Beschlusses bildet, durch einen orange Farbstreifen kenntlich gemacht.

3. Die Gemeinschaft der Teilnehmer am Flurbereinigungsverfahren führt den Namen:

„Teilnehmergemeinschaft der  
Flurbereinigung von Breitenbrunn“  
mit dem Sitz in Breitenbrunn, Kreis Erbach.

Sie ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechtes.

4. Die Beteiligten werden nach § 14 FlurbG aufgefordert, Rechte, die aus dem Grundbuch nicht ersichtlich sind, aber zur Beteiligung am Flurbereinigungsverfahren berechtigen, innerhalb drei Monaten nach Bekanntgabe dieses Beschlusses beim Kulturamt in Darmstadt, Rheinstraße 25, anzumelden. Werden Rechte nach Ablauf dieser Frist angemeldet, so kann das Kulturamt die bisherigen Verhandlungen und Festsetzungen gelten lassen.

Der Inhaber eines o. a. Rechtes muß die Wirkung eines vor der Anmeldung eingetretenen Fristablaufes ebenso gegen sich gelten lassen, wie der Beteiligte, dem gegenüber die Frist durch Bekanntgabe des Verwaltungsaktes zuerst in Lauf gesetzt worden ist.

5. Nach § 34 bzw. nach § 85/5 FlurbG ist von der Bekanntgabe dieses Beschlusses ab bis zur Ausführungsanordnung in folgenden Fällen die Zustimmung des Kulturamtes erforderlich:

- a) wenn die Nutzungsart der Grundstücke im Flurbereinigungsgebiet geändert werden soll; dies gilt nicht für Änderungen, die zum ordnungsmäßigen Wirtschaftsbetrieb gehören;
- b) wenn Bauwerke, Brunnen, Gräben, Einfriedungen, Hangterrassen und ähnliche Anlagen errichtet, hergestellt, wesentlich verändert oder beseitigt werden sollen;
- c) wenn Obstbäume, Beerensträucher, Rebstöcke, Hopfenstöcke, einzelne Bäume, Hecken, Feld- und Ufergehölze beseitigt werden sollen. Die Beseitigung ist nur in Ausnahmefällen möglich, soweit landeskulturelle Belange nicht beeinträchtigt werden;
- d) wenn Holzeinschläge vorgenommen werden sollen, die den Rahmen einer ordnungsgemäßen Bewirtschaftung übersteigen.

Sind entgegen den Absätzen a) und b) Änderungen vorgenommen, Anlagen hergestellt oder beseitigt worden, so können sie im Verfahren unberücksichtigt bleiben; das Kulturamt kann den früheren Zustand nach § 137 FlurbG wieder herstellen lassen, wenn dies der Flurbereinigung dienlich ist.

Sind Eingriffe entgegen dem Absatz c) vorgenommen worden, so muß das Kulturamt Ersatzpflanzungen anordnen.

Werden entgegen dem Absatz d) Holzeinschläge vorgenommen, so kann das Kulturamt anordnen, daß derjenige, der das Holz fällt, die abgeholzte oder verlichtete Fläche nach den Weisungen der Forstaufsichtsbehörde wieder ordnungsgemäß in Bestand zu bringen hat.

6. Der entscheidende Teil dieses Beschlusses wird im Staatsanzeiger veröffentlicht und in der Gemeinde Breitenbrunn, Kreis Erbach, und den Nachbargemeinden Einhorn, Lützel-Wiebelsbach, Haingrund, Vielbrunn, Fürstengrund und Rimbach, alle Kreis Erbach, öffentlich bekanntgemacht. Gleichzeitig wird der Beschluß mit Begründung und der Gebietskarte zur Einsichtnahme durch die Beteiligten bei dem Bürgermeister in Breitenbrunn, Kreis Erbach, und in den o. a. Nachbargemeinden zwei Wochen lang ausgelegt.

Rechtsmittelbelehrung: Gegen diesen Beschluß kann binnen zwei Wochen Widerspruch beim Landeskulturamt in Wiesbaden, Parkstraße 44, als Obere Flurbereinigungsbehörde erhoben werden. Die Frist beginnt mit dem 1. Tage der öffentlichen Bekanntmachung. Der Widerspruch ist schriftlich einzulegen oder zur Niederschrift beim Landeskulturamt zu erklären.

Wiesbaden, 7. 12. 1967

**Landeskulturamt**

Az.: DF 469 — GNr.: 33 241 67  
StAnz. 6/1968 S. 192

173

#### Flurbereinigung Lützel-Wiebelsbach, Kreis Erbach

##### Flurbereinigungsbeschluß

Auf Grund des § 4 des Flurbereinigungsgesetzes (FlurbG) vom 14. 7. 1953 (BGBl. I S. 591) wird folgender Beschluß erlassen:

1. Die Flurbereinigung der Grundstücke der Gemarkung Lützel-Wiebelsbach, Kreis Erbach, wird hiermit angeordnet.

2. Als Flurbereinigungsgebiet wird die gesamte Gemarkung Lützel-Wiebelsbach festgestellt. Es hat eine Größe von 644 ha, worin eine Waldfläche von 230 ha enthalten ist. Die Grenzen des Flurbereinigungsgebietes sind auf der Gebietskarte, die einen Bestandteil dieses Beschlusses bildet, durch einen orange Farbstreifen kenntlich gemacht.

3. Die Gemeinschaft der Teilnehmer am Flurbereinigungsverfahren führt den Namen:

„Teilnehmergemeinschaft der  
Flurbereinigung von Lützel-Wiebelsbach“  
mit dem Sitz in Lützel-Wiebelsbach, Kreis Erbach.

Sie ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechtes.

4. Die Beteiligten werden nach § 14 FlurbG aufgefordert, Rechte, die aus dem Grundbuch nicht ersichtlich sind, aber zur Beteiligung am Flurbereinigungsverfahren berechtigen, innerhalb drei Monaten nach Bekanntgabe dieses Beschlusses beim Kulturamt in Darmstadt, Rheinstraße 25, anzumelden. Werden Rechte nach Ablauf dieser Frist angemeldet, so kann das Kulturamt die bisherigen Verhandlungen und Festsetzungen gelten lassen.



Der Inhaber eines o. a. Rechtes muß die Wirkung eines vor der Anmeldung eingetretenen Fristablaufes ebenso gegen sich gelten lassen, wie der Beteiligte, dem gegenüber die Frist durch Bekanntgabe des Verwaltungsaktes zuerst in Lauf gesetzt worden ist.

5. Nach § 34 bzw. nach § 85/5 FlurbG ist von der Bekanntgabe dieses Beschlusses ab bis zur Ausführungsanordnung in folgenden Fällen die Zustimmung des Kulturamtes erforderlich:

- a) wenn die Nutzungsart der Grundstücke im Flurbereinigungsgebiet geändert werden soll; dies gilt nicht für Änderungen, die zum ordnungsmäßigen Wirtschaftsbetrieb gehören;
- b) wenn Bauwerke, Brunnen, Gräben, Einfriedungen, Hangterrassen und ähnliche Anlagen errichtet, hergestellt, wesentlich verändert oder beseitigt werden sollen;
- c) wenn Obstbäume, Beerensträucher, Rebstöcke, Hopfenstöcke, einzelne Bäume, Hecken, Feld- und Ufergehölze beseitigt werden sollen. Die Beseitigung ist nur in Ausnahmefällen möglich, soweit landeskulturelle Belange nicht beeinträchtigt werden;
- d) wenn Holzeinschläge vorgenommen werden sollen, die den Rahmen einer ordnungsgemäßen Bewirtschaftung übersteigen.

Sind entgegen den Absätzen a) und b) Änderungen vorgenommen, Anlagen hergestellt oder beseitigt worden, so können sie im Verfahren unberücksichtigt bleiben; das Kulturamt kann den früheren Zustand nach § 137 FlurbG wieder herstellen lassen, wenn dies der Flurbereinigung dienlich ist.

Sind Eingriffe entgegen dem Absatz c) vorgenommen worden, so muß das Kulturamt Ersatzpflanzungen anordnen.

Werden entgegen dem Absatz d) Holzeinschläge vorgenommen, so kann das Kulturamt anordnen, daß derjenige, der das Holz fällt, die abgeholzte oder verlichtete Fläche nach den Weisungen der Forstaufsichtsbehörde wieder ordnungsgemäß in Bestand zu bringen hat.

6. Der entscheidende Teil dieses Beschlusses wird im Staatsanzeiger veröffentlicht und in der Gemeinde Lützel-Wiebelsbach, Kreis Erbach, und den Nachbargemeinden Seckmauern, Haingrund, Breitenbrunn, Rimhorn, Mai-Breitenbach, alle Kreis Erbach, und Eisenbach, Wörth, Trennfurt, alle Bayern, öffentlich bekanntgemacht. Gleichzeitig wird der Beschluß mit Begründung und der Gebietskarte zur Einsichtnahme durch die Beteiligten bei dem Bürgermeister in Lützel-Wiebelsbach, Kreis Erbach, und in den o. a. Nachbargemeinden zwei Wochen lang ausgelegt.

**Rechtsmittelbelehrung:** Gegen diesen Beschluß kann binnen zwei Wochen Widerspruch beim Landeskulturamt in Wiesbaden, Parkstraße 44, als Obere Flurbereinigungsbehörde erhoben werden. Die Frist beginnt mit dem 1. Tage der öffentlichen Bekanntmachung. Der Widerspruch ist schriftlich einzulegen oder zur Niederschrift beim Landeskulturamt zu erklären.

Wiesbaden, 7. 12. 1967

**Landeskulturamt**  
Az.: DF 468 — GNr.: 33 242/67  
St.Anz. 6/1968 S. 192

174

#### Flurbereinigung Hüttenthal, Kreis Erbach

##### Flurbereinigungsbeschluß

Auf Grund des § 4 des Flurbereinigungsgesetzes (FlurbG) vom 14. 7. 1953 (BGBl. I S. 591) wird folgender Beschluß erlassen:

1. Die Flurbereinigung der Grundstücke der Gemarkung Hüttenthal, Kreis Erbach, wird hiermit angeordnet.
2. Als Flurbereinigungsgebiet wird die gesamte Gemarkung Hüttenthal festgestellt. Es hat eine Größe von rd. 928 ha, worin eine Waldfläche von rd. 641 ha enthalten ist. Die Grenzen des Flurbereinigungsgebietes sind auf der Gebietskarte, die einen Bestandteil dieses Beschlusses bildet, durch einen orange Farbstreifen kenntlich gemacht.
3. Die Gemeinschaft der Teilnehmer am Flurbereinigungsverfahren führt den Namen:

„Teilnehmergemeinschaft der  
Flurbereinigung von Hüttenthal“  
mit dem Sitz in Hüttenthal, Kreis Erbach.

Sie ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechtes.

4. Die Beteiligten werden nach § 14 FlurbG aufgefordert, Rechte, die aus dem Grundbuch nicht ersichtlich sind, aber zur Beteiligung am Flurbereinigungsverfahren berechtigen, innerhalb drei Monaten nach Bekanntgabe dieses Beschlusses beim Kulturamt in Darmstadt, Rheinstraße 25, anzumelden. Werden Rechte nach Ablauf dieser Frist angemeldet, so kann das Kulturamt die bisherigen Verhandlungen und Festsetzungen gelten lassen.

Der Inhaber eines o. a. Rechtes muß die Wirkung eines vor der Anmeldung eingetretenen Fristablaufes ebenso gegen sich gelten lassen, wie der Beteiligte, dem gegenüber die Frist durch Bekanntgabe des Verwaltungsaktes zuerst in Lauf gesetzt worden ist.

5. Nach § 34 bzw. nach § 85/5 FlurbG ist von der Bekanntgabe dieses Beschlusses ab bis zur Ausführungsanordnung in folgenden Fällen die Zustimmung des Kulturamtes erforderlich:

- a) wenn die Nutzungsart der Grundstücke im Flurbereinigungsgebiet geändert werden soll; dies gilt nicht für Änderungen, die zum ordnungsmäßigen Wirtschaftsbetrieb gehören;
- b) wenn Bauwerke, Brunnen, Gräben, Einfriedungen, Hangterrassen und ähnliche Anlagen errichtet, hergestellt, wesentlich verändert oder beseitigt werden sollen;
- c) wenn Obstbäume, Beerensträucher, Rebstöcke, Hopfenstöcke, einzelne Bäume, Hecken, Feld- und Ufergehölze beseitigt werden sollen. Die Beseitigung ist nur in Ausnahmefällen möglich, soweit landeskulturelle Belange nicht beeinträchtigt werden;
- d) wenn Holzeinschläge vorgenommen werden sollen, die den Rahmen einer ordnungsgemäßen Bewirtschaftung übersteigen.

Sind entgegen den Absätzen a) und b) Änderungen vorgenommen, Anlagen hergestellt oder beseitigt worden, so können sie im Verfahren unberücksichtigt bleiben; das Kulturamt kann den früheren Zustand nach § 137 FlurbG wieder herstellen lassen, wenn dies der Flurbereinigung dienlich ist.

Sind Eingriffe entgegen dem Absatz c) vorgenommen worden, so muß das Kulturamt Ersatzpflanzungen anordnen.

Werden entgegen dem Absatz d) Holzeinschläge vorgenommen, so kann das Kulturamt anordnen, daß derjenige, der das Holz fällt, die abgeholzte oder verlichtete Fläche nach den Weisungen der Forstaufsichtsbehörde wieder ordnungsgemäß in Bestand zu bringen hat.

6. Der entscheidende Teil dieses Beschlusses wird im Staatsanzeiger veröffentlicht und in der Gemeinde Hüttenthal, Kreis Erbach, und den Nachbargemeinden Unter-Hiltersklingen, Ober-Hiltersklingen, Unter-Mossau, Günterfürst, Haisterbach, Etzean, Airlenbach, Güttersbach, alle Kreis Erbach, öffentlich bekanntgemacht. Gleichzeitig wird der Beschluß mit Begründung und der Gebietskarte zur Einsichtnahme durch die Beteiligten bei dem Bürgermeister in Hüttenthal, Kreis Erbach, und in den o. a. Nachbargemeinden zwei Wochen lang ausgelegt.

**Rechtsmittelbelehrung:** Gegen diesen Beschluß kann binnen zwei Wochen Widerspruch beim Landeskulturamt in Wiesbaden, Parkstraße 44, als Obere Flurbereinigungsbehörde erhoben werden. Die Frist beginnt mit dem 1. Tage der öffentlichen Bekanntmachung. Der Widerspruch ist schriftlich einzulegen oder zur Niederschrift beim Landeskulturamt zu erklären.

Wiesbaden, 7. 12. 1967

**Landeskulturamt**  
Az.: DF 467 — GNr.: 33 237/67  
St.Anz. 6/1968 S. 193

175

#### Flurbereinigung Niederroßbach, Dillkreis

##### Flurbereinigungsbeschluß

Auf Grund des § 4 des Flurbereinigungsgesetzes (FlurbG) vom 14. 7. 1953 (BGBl. I S. 591) wird folgender Beschluß erlassen:

1. Die Flurbereinigung der Grundstücke der Gemarkung Niederroßbach, Dillkreis, wird hiermit angeordnet.
2. Als Flurbereinigungsgebiet wird die gesamte Gemarkung Niederroßbach einschließlich der Ortslage und des Waldes festgestellt. Es hat eine Größe von 592 ha, worin eine Waldfläche von 387 ha enthalten ist. Die Grenzen des Flurbereinigungsgebietes sind auf der Gebietskarte, die einen Bestandteil dieses Beschlusses bildet, durch einen grünen Farbstreifen kenntlich gemacht.

3. Die Gemeinschaft der Teilnehmer am Flurbereinigungsverfahren führt den Namen:

„Teilnehmergemeinschaft der  
Flurbereinigung von Niederroßbach,  
Dillkreis“,  
mit dem Sitz in Niederroßbach.

Sie ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechtes.

4. Die Beteiligten werden nach § 14 FlurbG aufgefordert, Rechte, die aus dem Grundbuch nicht ersichtlich sind, aber zur Beteiligung am Flurbereinigungsverfahren berechtigten, innerhalb drei Monaten nach Bekanntgabe dieses Beschlusses beim Kulturamt in Dillenburg, Wilhelmstraße 9 II, anzumelden. Werden Rechte nach Ablauf dieser Frist angemeldet, so kann das Kulturamt die bisherigen Verhandlungen und Festsetzungen gelten lassen.

Der Inhaber eines o. a. Rechtes muß die Wirkung eines vor der Anmeldung eingetretenen Fristablaufes ebenso gegen sich gelten lassen, wie der Beteiligte, dem gegenüber die Frist durch Bekanntgabe des Verwaltungsaktes zuerst in Lauf gesetzt worden ist.

5. Nach § 34 bzw. nach § 85/5 FlurbG ist von der Bekanntgabe dieses Beschlusses ab bis zur Ausführungsanordnung in folgenden Fällen die Zustimmung des Kulturamtes erforderlich:

- wenn die Nutzungsart der Grundstücke im Flurbereinigungsgebiet geändert werden soll; dies gilt nicht für Änderungen, die zum ordnungsgemäßen Wirtschaftsbetrieb gehören;
- wenn Bauwerke, Brunnen, Gräben, Einfriedungen, Hangterrassen und ähnliche Anlagen errichtet, hergestellt, wesentlich verändert oder beseitigt werden sollen;
- wenn Obstbäume, Beerensträucher, Rebstöcke, Hopfenstöcke, einzelne Bäume, Hecken, Feld- und Ufergehölze beseitigt werden sollen. Die Beseitigung ist nur in Ausnahmefällen möglich, soweit landeskulturelle Belange nicht beeinträchtigt werden;
- wenn Holzeinschläge vorgenommen werden sollen, die den Rahmen einer ordnungsgemäßen Bewirtschaftung übersteigen.

Sind entgegen den Absätzen a) und b) Änderungen vorgenommen, Anlagen hergestellt oder beseitigt worden, so können sie im Verfahren unberücksichtigt bleiben; das Kulturamt kann den früheren Zustand nach § 137 FlurbG wieder herstellen lassen, wenn dies der Flurbereinigung dienlich ist.

Sind Eingriffe entgegen dem Absatz c) vorgenommen worden, so muß das Kulturamt Ersatzpflanzungen anordnen.

Werden entgegen dem Absatz d) Holzeinschläge vorgenommen, so kann das Kulturamt anordnen, daß derjenige, der das Holz fällt, die abgeholzte oder verlichtete Fläche nach den Weisungen der Forstaufsichtsbehörde wieder ordnungsgemäß in Bestand zu bringen hat.

6. Der entscheidende Teil dieses Beschlusses wird im Staatsanzeiger veröffentlicht und in der Gemeinde Niederroßbach und den Nachbargemeinden Offdilln, Oberroßbach, Manderbach, Rodenbach, Fellerdilln und Dillbrecht öffentlich bekanntgemacht. Gleichzeitig wird der Beschluß mit Begründung und der Gebietskarte zur Einsichtnahme durch die Beteiligten bei dem Bürgermeister in Niederroßbach und den o. a. Nachbargemeinden zwei Wochen lang ausgelegt.

Rechtsmittelbelehrung: Gegen diesen Beschluß kann binnen zwei Wochen Widerspruch beim Landeskulturamt in Wiesbaden, Parkstraße 44, als Obere Flurbereinigungsbehörde erhoben werden. Der Lauf der Frist beginnt am 1. Tage der öffentlichen Bekanntmachung. Der Widerspruch ist schriftlich einzulegen oder zur Niederschrift beim Landeskulturamt zu erklären.

Wiesbaden, 12. 12. 1967

Landeskulturamt  
Az.: WF 402 — G.Nr.: 33 620/67  
St.Anz. 6/1968 S. 193

176

#### Flurbereinigung Dillbrecht, Dillkreis

##### Flurbereinigungsbeschluß

Auf Grund des § 4 des Flurbereinigungsgesetzes (FlurbG) vom 14. 7. 1953 (BGBl. I S. 591) wird folgender Beschluß erlassen:

1. Die Flurbereinigung der Grundstücke der Gemarkung Dillbrecht, Dillkreis, wird hiermit angeordnet.

2. Als Flurbereinigungsgebiet wird die gesamte Gemarkung Dillbrecht einschließlich der Ortslage und des Waldes festgestellt. Es hat eine Größe von 799 ha, worin eine Waldfläche von 499 ha enthalten ist. Die Grenzen des Flurbereinigungsgebietes sind auf der Gebietskarte, die einen Bestandteil dieses Beschlusses bildet, durch einen orange Farbstreifen kenntlich gemacht.

3. Die Gemeinschaft der Teilnehmer am Flurbereinigungsverfahren führt den Namen:

„Teilnehmergemeinschaft der  
Flurbereinigung von Dillbrecht, Dillkreis“,  
mit dem Sitz in Dillbrecht.

Sie ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechtes.

4. Die Beteiligten werden nach § 14 FlurbG aufgefordert, Rechte, die aus dem Grundbuch nicht ersichtlich sind, aber zur Beteiligung am Flurbereinigungsverfahren berechtigten, innerhalb drei Monaten nach Bekanntgabe dieses Beschlusses beim Kulturamt in Dillenburg, Wilhelmstraße 9 II, anzumelden. Werden Rechte nach Ablauf dieser Frist angemeldet, so kann das Kulturamt die bisherigen Verhandlungen und Festsetzungen gelten lassen.

Der Inhaber eines o. a. Rechtes muß die Wirkung eines vor der Anmeldung eingetretenen Fristablaufes ebenso gegen sich gelten lassen, wie der Beteiligte, dem gegenüber die Frist durch Bekanntgabe des Verwaltungsaktes zuerst in Lauf gesetzt worden ist.

5. Nach § 34 bzw. nach § 85/5 FlurbG ist von der Bekanntgabe dieses Beschlusses ab bis zur Ausführungsanordnung in folgenden Fällen die Zustimmung des Kulturamtes erforderlich:

- wenn die Nutzungsart der Grundstücke im Flurbereinigungsgebiet geändert werden soll; dies gilt nicht für Änderungen, die zum ordnungsgemäßen Wirtschaftsbetrieb gehören;
- wenn Bauwerke, Brunnen, Gräben, Einfriedungen, Hangterrassen und ähnliche Anlagen errichtet, hergestellt, wesentlich verändert oder beseitigt werden sollen;
- wenn Obstbäume, Beerensträucher, Rebstöcke, Hopfenstöcke, einzelne Bäume, Hecken, Feld- und Ufergehölze beseitigt werden sollen. Die Beseitigung ist nur in Ausnahmefällen möglich, soweit landeskulturelle Belange nicht beeinträchtigt werden;
- wenn Holzeinschläge vorgenommen werden sollen, die den Rahmen einer ordnungsgemäßen Bewirtschaftung übersteigen.

Sind entgegen den Absätzen a) und b) Änderungen vorgenommen, Anlagen hergestellt oder beseitigt worden, so können sie im Verfahren unberücksichtigt bleiben; das Kulturamt kann den früheren Zustand nach § 137 FlurbG wieder herstellen lassen, wenn dies der Flurbereinigung dienlich ist.

Sind Eingriffe entgegen dem Absatz c) vorgenommen worden, so muß das Kulturamt Ersatzpflanzungen anordnen.

Werden entgegen dem Absatz d) Holzeinschläge vorgenommen, so kann das Kulturamt anordnen, daß derjenige, der das Holz fällt, die abgeholzte oder verlichtete Fläche nach den Weisungen der Forstaufsichtsbehörde wieder ordnungsgemäß in Bestand zu bringen hat.

6. Der entscheidende Teil dieses Beschlusses wird im Staatsanzeiger veröffentlicht und in der Gemeinde Dillbrecht und den Nachbargemeinden Offdilln, Niederroßbach, Fellerdilln, Hainchen, Irmgarteichen, Gernsdorf und Wilgersdorf öffentlich bekanntgemacht. Gleichzeitig wird der Beschluß mit Begründung und der Gebietskarte zur Einsichtnahme durch die Beteiligten bei dem Bürgermeister in Dillbrecht, Dillkreis, und in den o. a. Nachbargemeinden zwei Wochen lang ausgelegt.

Rechtsmittelbelehrung: Gegen diesen Beschluß kann binnen zwei Wochen Widerspruch beim Landeskulturamt in Wiesbaden, Parkstraße 44, als Obere Flurbereinigungsbehörde erhoben werden. Die Frist beginnt mit dem 1. Tage der öffentlichen Bekanntmachung. Der Widerspruch ist schriftlich einzulegen oder zur Niederschrift beim Landeskulturamt zu erklären.

Wiesbaden, 18. 12. 1967

Landeskulturamt  
Az.: WF 409 — G.Nr.: 34 674/67  
St.Anz. 6/1968 S. 194

177

**Flurbereinigung Seckmauern, Kreis Erbach****Flurbereinigungsbeschuß**

Auf Grund des § 4 des Flurbereinigungsgesetzes (FlurbG) vom 14. 7. 1953 (BGBl. I S. 591) wird folgender Beschluß erlassen:

1. Die Flurbereinigung der Grundstücke der Gemarkung Seckmauern, Kreis Erbach, wird hiermit angeordnet.

2. Als Flurbereinigungsgebiet wird die gesamte Gemarkung Seckmauern festgestellt. Es hat eine Größe von 591 ha, worin eine Waldfläche von 273,2 ha enthalten ist. Die Grenzen des Flurbereinigungsgebietes sind auf der Gebietskarte, die einen Bestandteil dieses Beschlusses bildet, durch einen orange Farbstreifen kenntlich gemacht.

3. Die Gemeinschaft der Teilnehmer am Flurbereinigungsverfahren führt den Namen:

„Teilnehmergemeinschaft der  
Flurbereinigung von Seckmauern“  
mit dem Sitz in Seckmauern, Kreis Erbach.

Sie ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechtes.

4. Die Beteiligten werden nach § 14 FlurbG aufgefordert, Rechte, die aus dem Grundbuch nicht ersichtlich sind, aber zur Beteiligung am Flurbereinigungsverfahren berechtigten, innerhalb drei Monaten nach Bekanntgabe dieses Beschlusses beim Kulturamt in Darmstadt, Rheinstraße 25, anzumelden. Werden Rechte nach Ablauf dieser Frist angemeldet, so kann das Kulturamt die bisherigen Verhandlungen und Festsetzungen gelten lassen.

Der Inhaber eines o. a. Rechtes muß die Wirkung eines vor der Anmeldung eingetretenen Fristablaufes ebenso gegen sich gelten lassen, wie der Beteiligte, dem gegenüber die Frist durch Bekanntgabe des Verwaltungsaktes zuerst in Lauf gesetzt worden ist.

5. Nach § 34 bzw. nach § 85/5 FlurbG ist von der Bekanntgabe dieses Beschlusses ab bis zur Ausführungsanordnung in folgenden Fällen die Zustimmung des Kulturamtes erforderlich:

- wenn die Nutzungsart der Grundstücke im Flurbereinigungsgebiet geändert werden soll; dies gilt nicht für Änderungen, die zum ordnungsmäßigen Wirtschaftsbetrieb gehören;
- wenn Bauwerke, Brunnen, Gräben, Einfriedungen, Hangterrassen und ähnliche Anlagen errichtet, hergestellt, wesentlich verändert oder beseitigt werden sollen;
- wenn Obstbäume, Beerensträucher, Rebstöcke, Hopfenstöcke, einzelne Bäume, Hecken, Feld- und Ufergehölze beseitigt werden sollen. Die Beseitigung ist nur in Ausnahmefällen möglich, soweit landeskulturelle Belange nicht beeinträchtigt werden;
- wenn Holzeinschläge vorgenommen werden sollen, die den Rahmen einer ordnungsgemäßen Bewirtschaftung übersteigen.

Sind entgegen den Absätzen a) und b) Änderungen vorgenommen, Anlagen hergestellt oder beseitigt worden, so können sie im Verfahren unberücksichtigt bleiben; das Kulturamt kann den früheren Zustand nach § 137 FlurbG wieder herstellen lassen, wenn dies der Flurbereinigung dienlich ist.

Sind Eingriffe entgegen dem Absatz c) vorgenommen worden, so muß das Kulturamt Ersatzpflanzungen anordnen.

Werden entgegen dem Absatz d) Holzeinschläge vorgenommen, so kann das Kulturamt anordnen, daß derjenige, der das Holz fällt, die abgeholzte oder verlichtete Fläche nach den Weisungen der Forstaufsichtsbehörde wieder ordnungsgemäß in Bestand zu bringen hat.

6. Der entscheidende Teil dieses Beschlusses wird im Staatsanzeiger veröffentlicht und in der Gemeinde Seckmauern, Kreis Erbach, und den Nachbargemeinden Lützel-Wiebelsbach, Haingrund, Kreis Erbach, Wörth, Trennfurth, Bayern, öffentlich bekanntgemacht. Gleichzeitig wird der Beschluß mit Begründung und der Gebietskarte zur Einsichtnahme durch die Beteiligten bei dem Bürgermeister in Seckmauern, Kreis Erbach, und in den o. a. Nachbargemeinden zwei Wochen lang ausgelegt.

Rechtsmittelbelehrung: Gegen diesen Beschluß kann binnen zwei Wochen Widerspruch beim Landeskulturamt in Wiesbaden, Parkstraße 44, als Obere Flurbereinigungsbehörde erhoben werden. Die Frist beginnt mit dem 1. Tage der öffentlichen Bekanntmachung. Der Widerspruch ist schriftlich einzulegen oder zur Niederschrift beim Landeskulturamt zu erklären.

Wiesbaden, 8. 12. 1967

**Landeskulturamt**

Az.: DF 472 — G.Nr.: 33 836/67  
StAnz. 6/1968 S. 195

178

**Gewährleistung ausreichender Landschaftspflege;**

hier: Einsatz der staatlichen Forstämter

Bezug: Gemeinsamer Runderlaß des HMdI, HMdF, HMWV und HMLF vom 6. 12. 1966, StAnz. S. 1679/1966; mein Erlaß vom 18. 2. 1964, IIIf — I/570 — 326.04 — IV 24 680/63 — LK. 50.0.

Die Landschaft genießt gemäß Art. 62 der Verfassung des Landes Hessen den Schutz und die Pflege des Staates und der Gemeinden.

Die Beanspruchung der Landschaft hat im Laufe des letzten Jahrzehntes einen bisher nicht bekannten Umfang angenommen. Dies ist nur zum Teil auf berechtigte und unvermeidbare Geländeansprüche durch Siedlung, Wirtschaft, Industrie, Verkehr, Energiestraßen und Landesverteidigung zurückzuführen, zum anderen Teil aber auf Unwissenheit, Gedankenlosigkeit und falsch verstandene Freiheit im Handeln der Menschen. Dadurch ist auch die Gefährdung des Lebensraumes erheblich gestiegen. Besonders gravierend sind Müll- und Unratablagerung, Boden-, Wasser- und Luftverunreinigung, unnötige Beseitigung von Hecken und Schutzpflanzungen sowie Ausbeutung von Bodenschätzen, von Sand und Kies ohne Rücksicht auf das Landschaftsbild und ohne Eingliederung in die Landschaft oder Rekultivierung der abgebauten Flächen.

Im Interesse der Erhaltung der Leistungskraft und Gesundheit der Landschaft muß solchen Übergriffen Einhalt geboten, die Landschaftspflege intensiviert und die Beseitigung schon vorhandener Landschaftsschäden in Angriff genommen werden. Dazu bedarf es stärkerer Einschaltung der unteren Naturschutzbehörden als örtliche Instanzen.

Die bei den Landratsämtern und Magistraten der kreisfreien Städte tätigen Sachbearbeiter für Naturschutz und Landschaftspflege versehen diese wichtige Aufgabe neben einer ganzen Reihe anderer Sachgebiete. Auch die nach dem Reichsnaturschutzgesetz (RNG) ehrenamtlich tätigen Naturschutzbeauftragten und -stellen sind von den ständig wachsenden Aufgaben überfordert. Beide Organe sind daher in der Regel wegen Arbeitsüberlastung nur unter Zurückstellung anderer Aufgaben in der Lage, die vielfältigen Belange der Landschaftspflege an der richtigen Stelle zur rechten Zeit, insbesondere bei Planfeststellungs- und Erörterungsterminen über Bauvorhaben, Eingrünungs- und Rekultivierungserfordernissen zu vertreten und durchzusetzen. Sie arbeiten daher vielfach bereits eng mit den örtlich zuständigen Forstbeamten zusammen.

Die hessische Forstverwaltung besitzt in Gestalt der Einheitsforstämter eine das ganze Land lückenlos überziehende Organisation. Ihre Tätigkeit planmäßiger und nachhaltig pfleglicher Waldbewirtschaftung unter gebührender Beachtung der Schutz- und Sozialfunktionen des Waldes ist praktische Landschaftspflege auf ohnehin schon 40% der Landesfläche. Durch die ökologische Berufsausrichtung, die Kenntnis von Rechtsgrundlagen und Verwaltungsvorgängen, die Verpflichtung für das Gesamtwohl und ihre spezifische Orts- und Geländekenntnis bringen die Forstbeamten beste Voraussetzungen für die Landschaftspflege auch außerhalb des Waldes mit. Dies gilt insbesondere für die im Zuge der Flurbereinigung angelegten Schutzpflanzungen, deren Betreuung den Forstämtern nach Übergabe durch die Kulturämter bereits mit Bezugsersaß vom 18. 2. 1964 obliegt. Die Forstverwaltung verfügt außerdem über einen gut ausgebildeten Facharbeiterstamm und Gerätepark, die für die Durchführung landschaftspflegerischer Arbeiten in allen Landesteilen eingesetzt werden können.

Im Einvernehmen mit dem Hessischen Minister des Innern stelle ich deshalb die staatlichen Forstämter den Naturschutzbehörden und -stellen sowie Gemeinden und technischen Fachbehörden auf deren Antrag in Amtshilfe zu folgenden Aufgaben zur Verfügung:

1. Überwachung des jeweiligen Dienstbereiches auf Verstöße gegen die naturschutzrechtlichen Bestimmungen.
2. Sicherung der Erholungsgebiete und Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen Boden, Klima, Wasser, Luft und Vegetation.
3. Anlage und Pflege von Erholungseinrichtungen in der Landschaft, insbesondere Hilfeleistung beim Ausbau der Naturparke.
4. Anlage und Betreuung von Schutzpflanzungen im Dienstbereich außerhalb des Waldes in Zusammenarbeit mit den Unterhaltungspflichtigen.
5. Anlage und Pflege von Feld- und Vogelschutzgehölzen, vor allem an Böschungen, Wasserläufen und Gewässern.
6. Landschaftliche Einbindung von kahlen Bauwerken, Leitungen oder technischen Anlagen auf Wunsch und im Zusammenwirken mit den zuständigen Fachverwaltungen.
7. Sauberhaltung der Landschaft.
8. Rekultivierung von ausgebeuteten oder abgebauten Flächen und Beseitigung sonstiger Landschaftsschäden.

Über diese Tätigkeit auf Anforderung hinaus beauftrage ich die Forstämter hiermit, von sich aus notwendige oder wünschenswerte landespflegerische Maßnahmen bei der zuständigen unteren Naturschutzbehörde bzw. Gemeinde anzuregen, Vorschläge für ihre Durchführung vorzubringen und die Ausführung ggf. mit dem ihnen zur Verfügung stehenden Personal zu sichern. Insbesondere sollen sie die Gemeinden bei landespflegerischen Aufgaben unterstützen. Den im Rahmen von Flurbereinigungen angelegten Schutzpflanzungen, die die Feldfluren bereichern, aufgliedern und gegen Wind, Klimaextreme und Erosion schützen, ist besondere Pflege zu widmen, damit sich auch aus den neuen Pflanzungen dauerhafte Hecken entwickeln können.

Die Forstämter werden hiermit angewiesen, künftighin Pflegepläne für die Schutzpflanzungen zusammen mit den Wirtschaftsplänen für Körperschafts- und Gemeinschaftswaldungen (§ 16 Hessisches Forstgesetz) aufzustellen und die Durchführung zu überwachen. Bei der Beurteilung der notwendigen Maßnahmen ist das Ziel zu verfolgen, einen wirksamen Wind- und Erosionsschutz zu gewährleisten, was nicht stets rein waldbaulichen Regeln entspricht.

Naturschutz und Landschaftspflege stellen in heutiger Zeit wesentliche neue Überwachungs- und Gestaltungsaufgaben, die nicht länger übersehen werden dürfen. Ich bitte die Herren Landräte und die Magistrate, der Landespflege verstärktes Augenmerk zu widmen und die Sachbearbeiter für Naturschutz sowie die Beauftragten für Naturschutz und Landschaftspflege in einem dieser Aufgabe angemessenen Umfang einzusetzen.

Als oberste Naturschutzbehörde des Landes weise ich die nachgeordneten Naturschutzbehörden an, sich der Amtshilfe durch die staatlichen Forstämter zu bedienen. Sie werden damit in die Lage versetzt, die Landschaft nunmehr auch aktiv zu pflegen. Die Forstämter werden bemüht sein, den an sie herangetragenen Aufgaben gerecht zu werden.

Die Stellung der Naturschutzbehörden und Naturschutzstellen (§§ 7 und 8 RNG) sowie der Beauftragten für Naturschutz (§ 3 Abs. 4 Durchführungsverordnung zum RNG) bleibt hiervon unberührt. Aus diesem Erlass ergibt sich keine Weisungsbefugnis der Naturschutzbehörden und Gemeinden gegenüber den Forstbeamten. Ich erwarte, daß alle mit der Durchführung von Aufgaben für Naturschutz und Landschaftspflege befaßten Organe vertrauensvoll und ohne Kompetenzstreitigkeiten zusammenarbeiten.

Wiesbaden, 20. 12. 1967

**Der Hessische Minister  
für Landwirtschaft und Forsten**  
III B 3 — 4685 F 80

StAnz. 6/1968 S. 195

179

## Personalmeldungen

Es sind

### B. im Bereich des Hessischen Ministerpräsidenten — Staatskanzlei —

ernannt

zum **Ministerialrat** Regierungsdirektor Winfried Raabe, (9. 1. 1968) Staatskanzlei.

Wiesbaden, 10. 1. 1968

**Der Hessische Ministerpräsident**  
Staatskanzlei  
II B 3 — 8 a

StAnz. 6/1968 S. 196

### C. im Bereich des Hessischen Ministers des Innern

#### a) Regierungspräsident in Darmstadt

ernannt

zum **Kriminalbezirkskommissar** Kriminalhauptkommissar (BaL.) Rolf Walther (26. 10. 1967);

zu **Polizeioberkommissaren** die Polizeikommissare (BaL.) Dieter Appel (20. 10. 1967); Eugen Fanroth (20. 10. 1967);

#### b) Regierungspräsident in Kassel

ernannt

zum **Polizeikommissar** Polizeihauptmeister (BaL.) Walter Knappe (23. 10. 1967);

#### c) Regierungspräsident in Wiesbaden

ernannt

zum **Polizeibezirkskommissar** Polizeihauptkommissar (BaL.) Horst Bruneß (13. 10. 1967);

#### d) Hessische Bereitschaftspolizei

ernannt

zum **Polizeihauptkommissar** Polizeioberkommissar (BaL.) Gerhard Kasil (31. 10. 1967);

zum **Polizeihauptmeister** Polizeiobermeister (BaL.) Johannes Diehl (10. 10. 1967);

zu **Polizeiobermeistern** die Polizeimeister (BaL.) August Hohmeyer (9. 10. 1967); Klaus Eberhard Liewig (30. 10. 1967); die Polizeimeister (BaP) Werner Petrasch (10. 10. 1967); Gerhard Dittmann (30. 10. 1967); Manfred Ehlert (30. 10. 1967); Werner Jung (31. 10. 1967);

zum **Polizeimeister** Polizeihauptwachtmeister (BaL.) Manfred Sikora (30. 10. 1967);

zum **Polizeimeister (BaL.)** Polizeihauptwachtmeister (BaP) Hans Herold (30. 10. 1967);

zu **Polizeimeistern** die Polizeihauptwachtmeister (BaP) Werner Vollmer (26. 10. 1967); Hans Peter Greß (30. 10. 1967); Udo Michalke (30. 10. 1967); Jürgen Staudinger (30. 10. 1967); Otto Wacker (30. 10. 1967); Klaus Büttner (31. 10. 1967); Bernhard Wengel (31. 10. 1967);

zu **Polizeiwachtmeistern (BaP)** Dieter Bartz; Günter Berger; Manfred Berthold; Walter Bischoff; Günter Bleydl; Wolfgang Böhme; Wolfgang Cruse; Harald Dobrindt; Paul Ebner; Manfred Eberhardt; Rüdiger Emrich; Herbert Freundschig; Klaus Gedeon; Arthur Lee Heinschel; Karl Himmelsreich; Karl Hirz; Joachim Jäger; Fritz-Ulrich Kaiser; Hans-Werner Kark; Rolf Kaul; Peter Keheggi; Karl Heinz Königsfeld; Bernd Krauskopf; Horst Kropp; Herbert Kubach; Otto Kühnert; Manfred Kurth; Manfred Lang; Harald Laskowski; Rainer Link; Gerhard Lipphardt; Bernd Mardorf; Günter Neiss; Peter-Jürgen Norpoth; Ulrich Patzwaldt; Gerhard Pohl; Peter Schepp; Hans-Georg Schneider; Dieter Schöne; Hans Peter Schüler; Klaus Schwab; Gert Stein; Dieter Stroh; Joachim Thiemann; Lutz Weber; Arno Weller; Gerhard Weller; Franz Werner; Arno Wetter; Heinrich Wotrubez; Hans Zeiß; Norbert Zinnow (sämtl. 5. 10. 67); Werner Amann; Joachim Angermund; Dietmar Bausch; Gerhard Bender; Burkard Bieber; Franz Böhm; Berthold Brauburger; Horst Brock; Hans-Joachim Büge; Janesi Csukas; Harald Delp; Siegfried Disser; Klaus Eichler; Wolfgang Emmel; Norbert Fecher; Gerd Federhenn; Kunibert Fieser; Rainer Frank; Reiner Freund; Dieter Gaidies; Hans-Peter Geißler; Paul Walter Geßner; Eugen Goltzsche; Rolf Grimmelbein; Siegfried Hahn; Ernst Hamdorf; Wolfgang Hartung; Josef Hassner; Manfred Heil; Manfred Henkel; Bernhard Herber; Rainer Herfurth; Wilhelm Hieronymus; Karl Heinz Höch; Heinz Jürgen Höll; Helmut Ihl; Gerhard Jockel; Hansjörg Jung; Karl Koch; Manfred Koch; Arno Kochwasser; Karl-Friedrich Kühn; Manfred Löblein; Detlef Mackensen; Ulrich Mai; Erwin Maisch; Paul-Otto Mauser; Bruno Meißner; Gerhard Müller; Michael Müller; Manfred Neff; Alfred Neidert; Friedrich Neumann; Jürgen Neumann; Hubert Noll; Hansjörg Oswald; Klaus Pawek; Ste-

fan Peter; Helmut Petzoldt; Antonius Pfeiffer; Wilfried Platz; Michael Quast; Edgar Raddatz; Uwe Rähler; Peter Rasche; Manfred Rechner; Wolfgang Richardt; Axel Riedel; Bernd Rosner; Friedrich Rudolph; Gerhard Schetter; Dietmar Schiller; Reinhold Schilling; Franz Schmidt; Heinz-Jürgen Schmidt; Klaus Dieter Schmidt; Heinz Schmidt; Arno Seegebath; Karl-Heinz Seelbach; Volker Severin; Rainer Sollich; Helmut Stempel; Herbert Sturch; Karl Heinz Thiem; Volker Trubel; Kurt Ubl; Wolfgang Ubl; Horst Wengelinski; Karl Hans Werner; Wolfgang Wiemann; Wilfried Wörner; Joachim Wosniewski; Erhardt Zimmer; Wolfgang Zintel (sämtlich 6. 10. 1967);

Günter Fritsch (9. 10. 1967);

Hans Wilhelm Adam; Wilfried Alberding; Volker Albrecht; Ralf-Peter Bauer; Helmut Beyer; Hans-Werner Bienefeld; Günther Bullant; Ernst Buml; Werner Butt; Helmut Damm; Karl-Heinz Dickel; Jürgen Doleisch v. Dolberg; Robert Faldus; Dieter Groß; Volker Jost; Hans-Hermann Jürges; Hans Joachim Knauff; Reiner Krannich; Bernd Kühlborn; Peter Küllmer; Roland Künzel; Klaus Peter Kuhn; Leonhard Kunzmann; Günter Leßner; Wolfgang Lewe; Karl-Heinz Maresch; Werner Mierke; Helgo Müller; Walter Namowitz; Manfred Neuber; Heinz-Jürgen Ohlwein; Dietmar Farusel; Bernd Prohaska; Fred Budewills; Horst Pueschel; Erhard Rettig; Horst Rimbach; Gerhard Röhrich; Peter Rudolph; Norbert Schabacker; Karl Ulrich Schlaudraff; Hans-Rolf Schmitt; Erich Schneider; Wolfgang Schreiber; Heinz-Jürgen Spangenberg; Heinz Stier; Roger Suschizky; Wilhelm Wallmeier; Wolfgang Weber; Horst Weissenborn; Siegfried Wenzel; Karl-Heinz Wiedemann; Norbert Wießner; Werner Wilhelm; Otfried Winkel; Ferdinand Zinn (sämtlich 10. 10. 1967);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit die Polizeimeister (BaP) Reiner Ebert (2. 10. 1967); Werner Jäger (10. 10. 1967); Heinrich Wecker (10. 10. 1967); Uwe Wolf (16. 10. 1967);

Polizeihauptwachtmeister (BaP) Oskar Rink (2. 10. 1967);

entlassen

Polizeioberwachtmeister (BaP) Klaus Neumeier (31. 10. 1967); die Polizeiwachtmeister (BaP) Alexander Krampe (15. 6. 1967); Rüdiger Lüders (30. 6. 1967); Peter Sayer (5. 10. 1967); Gerhard Bender (9. 10. 1967); Wilhelm Hieronymus (9. 10. 1967); Edgar Raddatz (9. 10. 1967); Peter Rasche (10. 10. 1967); Michael Müller (11. 10. 1967); Ernst Hamdorf (13. 10. 1967); Werner Kolata (15. 10. 1967); Georg Murmann (15. 10. 1967); Norbert Pinkawa (15. 10. 1967); Gerhard Andreas; Volker Bannenberg; Michael Beck; Gerhard Daube; Jürgen Dippel; Heinrich Eidam; Klaus Gedeon; Rolf Gromoll; Wolfgang Heinatschel; Gerhard Henrich; Uwe Jakobi; Peter Mauczok; Wolfgang Möller; Ulrich Müller; Wilfried Olk; Helmut Oppermann; Rolf Otto; Tomy Petrowicz; Rainer Rademacher; Manfred Raikowski; Heinz-Jürgen Ruppel; Horst Sauer; Konrad Scheurmann; Hans Weitz; Hans-Peter Wenk (sämtlich 31. 10. 1967);

e) Hessische Polizeischule

ernannt

zu **Polizeihauptkommissaren** die Polizeioberkommissare (BaL) Anton Arbes (31. 10. 1967); Manfred Langendorf (31. 10. 1967);

zu **Polizeiwachtmeistern (BaP)** Otto Agricola; Alfred Aust; Günter Bail; Franz Baranjai; Heinz Werner Bergen; Wolfgang Bergen; Gerhard Bohnes; Rolf-Rüdiger Brückmann; Hans-Peter Deutschbein; Werner Doßmann; Georg Fröhlich; Hans Gathmann; Richard Grammbitter; Alfred Grau; Helmuth Grein; Fritz Großmann; Manfred Haun; Sigurd Heiß; Jürgen Herfurth; Werner Heuß; Manfred Kähler; Ernst Klaus; Wolfgang Klein; Harald Klesper; Bodo Lemaire; Manfred Löbl; Klaus Mahrholdt; Horst Medzinski; Georg Möller; Peter Moritz; Paul Moslar; Mathias Pauels; Siegfried Riedel; Gilbert Rimpl; Jochen Sauer; Peter Sayer; Adolf Schirmer; Horst Schröter; Günter Sondergeld; Theo Stapf; Manfred Stotz; Eberhard Teuber; Frank Uhlemann; Werner Voigt; Norbert Weisel (sämtlich 2. 10. 1967); Michael Duschka (4. 10. 1967);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit  
Polizeikommissar (BaP) Hansgeorg Korczack (26. 10. 1967);

entlassen

die Polizeiwachtmeister (BaP) Gert Oestreich (30. 6. 1967); Reinhard Kupich (31. 10. 1967);

f) Fernmeldeleitstelle der Hessischen Polizei

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit  
Polizeimeister (BaP) Wolfgang Röhm (25. 10. 1967).

Wiesbaden, 11. 1. 1968

Der Hessische Minister des Innern  
III B 34 — 7 d 14

StAnz. 6/1968 S. 196

b) staatliche Polizei des Regierungsbezirks Darmstadt

ernannt

zu **Polizeihauptmeistern** die Polizeiobermeister (BaL) Walter Schwersky, Landrat PK Büdingen (2. 11. 1967); Karl Hartmann, PVB Darmstadt (27. 10. 1967); Bernhard Hartmann, Landrat PK Darmstadt (29. 11. 1967); Anton Maierl, PVB Butzbach (30. 11. 1967);

zu **Polizeiobermeistern** die Polizeimeister (BaL) Gustav Polzar, Landrat PK Büdingen (2. 11. 1967); Karl Heinz Ruppert, Landrat PK Friedberg (6. 11. 1967); Wilhelm Köhl, Landrat PK Groß-Gerau (8. 11. 1967); Horst Dieter Mundt, Landrat PK Groß-Gerau (7. 11. 1967); Albert Bancier, Landrat PK Friedberg (6. 11. 1967); Alfred Bäcker, PVB Butzbach (4. 11. 1967); Arthur Barthel, Landrat PK Groß-Gerau (7. 11. 1967); Bruno Schreiter, Landrat PK Groß-Gerau (7. 11. 1967); Walter Joachim Lange, Landrat PK Groß-Gerau (7. 11. 1967); Klaus Barthel, Landrat PK Groß-Gerau (10. 11. 1967); Fred Gorka, Landrat PK Offenbach (21. 11. 1967); Herbert Solf, Landrat PK Offenbach (29. 12. 1967); Kurt Krenz, Landrat PK Dieburg (29. 12. 1967); Rudi Berg, Landrat PK Heppenheim (27. 12. 1967); Karl Heinz Moser, PVB Darmstadt (28. 12. 1967); Rudolf Hartmannshenn, Polizeiverkehrsbereitschaft Butzbach (29. 12. 1967); Leopold Herzog, Landrat PK Gießen (29. 12. 1967); Karl Hill, Landrat PK Alsfeld (29. 12. 1967); Johannes Sattler, PVB Darmstadt (29. 12. 1967); der Polizeimeister (BaP) Volker Kraus, EdS Darmstadt (29. 12. 1967);

zu **Polizeimeistern** die Polizeihauptwachtmeister (BaP) Werner Vatter, Landrat PK Bergstraße (27. 10. 1967); Gerhard Wanka, Landrat PK Offenbach (10. 11. 1967); Gerhard Schretz, Landrat PK Offenbach (21. 11. 1967); Alfred Ruh, Landrat PK Groß-Gerau (23. 11. 1967); Helfried Homuth, Landrat PK Darmstadt (21. 11. 1967); Erich Vater, Landrat PK Darmstadt (21. 11. 1967); Hans-Jürgen Kretzschmar, Landrat PK Gießen (23. 11. 1967); Horst Glomsda, Landrat PK Dieburg (20. 12. 1967); Rudolf Hansel, PVB Butzbach (19. 12. 1967); Klaus Diehl, Landrat PK Offenbach (22. 12. 1967); Kurt Bauer, Landrat PK Offenbach (22. 12. 1967); Norbert Thimm, Landrat PK Groß-Gerau (29. 12. 1967); Norbert Ehrhardt, Landrat PK Dieburg (29. 12. 1967); Manfred Olk, Landrat PK Offenbach (29. 12. 1967); Karl-Heinz Bär, Landrat PK Offenbach (31. 12. 1967); Rolf-Dieter Bansemmer, Landrat PK Friedberg (29. 12. 1967); Otmar Hauer, PVB Butzbach (28. 12. 1967); Lothar Roth, PVB Butzbach (29. 12. 1967);

die Polizeihauptwachtmeister (BaL) Bodo Michels, Landrat PK Bergstraße (27. 12. 1967); Peter Manhenke, PVB Butzbach (23. 12. 1967); Ernst Ermentraut, PVB Butzbach (29. 12. 1967);

zu **Polizeimeistern unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit** die Polizeihauptwachtmeister (BaP) Ottmar Schmitt, Landrat PK Offenbach (21. 11. 1967); Ludwig Löffler, Landrat PK Büdingen (22. 11. 1967); Heinrich Hildebrand, Landrat PK Friedberg (18. 12. 1967); Erich Naumann, Landrat PK Bergstraße (27. 12. 1967); Alfred Herweg, Landrat PK Bergstraße (27. 12. 1967); Klaus Engelke, Landrat PK Offenbach (29. 12. 1967); Alfons Leisenheimer, STKK Heppenheim (27. 12. 1967); Dieter Hermenau, Landrat PK Darmstadt (29. 12. 1967); Reiner Reinhardt, Landrat PK Darmstadt (29. 12. 1967);

zu **Polizeihauptwachtmeistern** die Polizeioberwachtmeister (BaP) Gregor Gunkel, Landrat PK Friedberg (6. 11. 1967); Klaus Spieß, PVB Darmstadt (8. 11. 1967); Helmut Krämer, PVB Butzbach (4. 11. 1967); Walter Günther, EdS Darmstadt (8. 12. 1967); Alfred Rothlühbers, EdS Darmstadt (8. 12. 1967); Hans Jürgen Bodenbender, PVB Darmstadt (15. 12. 1967); Sepp Prosch, PVB Darmstadt (15. 12. 1967); Bernd Hindermeier, PVB Darmstadt (12. 12. 1967); Werner Bitsch, Landrat PK Erbach (20. 12. 1967); Kurt Dieter Urbat, Landrat PK Erbach (20. 12. 1967); Reinhard Wüst, Landrat PK Erbach (21. 12. 1967); Hans-Joachim Biegel, Landrat PK Friedberg (12. 12. 1967); Heinz Heidt, Landrat PK Friedberg (15. 12. 1967); Friedhelm Kleimann, Landrat PK Friedberg

(13. 12. 1967); Hans-Jürgen Kristen, Landrat PK Friedberg (12. 12. 1967); Winfried Gebssattel, Landrat PK Friedberg (15. 12. 1967); Hans-Günter Burk, Landrat PK Groß-Gerau (15. 12. 1967); Jürgen Mewers, Landrat PK Groß-Gerau (15. 12. 1967); Gerhard Starke, Landrat PK Groß-Gerau (15. 12. 1967); Karl-Heinz Strack, Landrat PK Groß-Gerau (15. 12. 1967); Hans-Gerrit Gischler, Landrat PK Groß-Gerau (15. 12. 1967); Manfred Tils, Landrat PK Groß-Gerau (12. 12. 1967); Helmut Vatter, Landrat PK Groß-Gerau (15. 12. 1967); Thomas Dibbert, Landrat PK Offenbach (15. 12. 1967); Manfred Raab, Landrat PK Offenbach (18. 12. 1967); Karl-Heinz Scheidt, Landrat PK Offenbach (15. 12. 1967); Ernst Schleicher, Landrat PK Offenbach (18. 12. 1967); Armin Schlemmer, Landrat PK Offenbach (15. 12. 1967); Winfried Döring, Landrat PK Offenbach (18. 12. 1967); Ernst Gautier, Landrat PK Offenbach (18. 12. 1967); Hans-Jürgen Hörle, Landrat PK Offenbach (15. 12. 1967); Franz Leichter, Landrat PK Offenbach (18. 12. 1967); Dieter Feik, Landrat PK Offenbach (18. 12. 1967); Klaus-Dieter Krentel, Landrat PK Offenbach (18. 12. 1967); Klaus Kroll, Landrat PK Offenbach (18. 12. 1967); Ludwig Emig, Landrat PK Groß-Gerau (15. 12. 1967);

die Polizeihauptwachmeister (BaP) Franz Köpping, Landrat PK Groß-Gerau (15. 12. 1967); Werner Bradler, Landrat PK Bergstraße (19. 12. 1967);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit

die Polizeimeister Bernd Hermann Sörgel, Landrat PK Darmstadt (13. 10. 1967); Erich Neinert, Landrat PK Darmstadt (13. 10. 1967); Gerhard Decher, Landrat PK Alsfeld (29. 10. 1967); Otto Petry, Landrat PK Offenbach (9. 11. 1967); Hans-Joachim Huck, Landrat PK Offenbach (15. 11. 1967); Gerhard Wilfried Steinbach, Landrat PK Offenbach (13. 11. 1967); Horst Scheffer, Landrat PK Offenbach (5. 12. 1967); Erwin Müller, Landrat PK Bergstraße (30. 11. 1967); Georg Tichai, Landrat PK Offenbach (1. 12. 1967); Dieter Sieland, Landrat PK Offenbach (1. 12. 1967); Karl Naar, PVB Darmstadt (6. 12. 1967); Rudolf Ludwig, Landrat PK Darmstadt (15. 12. 1967); Helmut Lommel, Landrat PK Groß-Gerau (29. 12. 1967);

in den Ruhestand versetzt mit Wirkung vom 1. 12. 1967:

Polizeiobermeister Walter Koeberle, Landrat PK Friedberg; Kriminalhauptmeister Friedrich Schwab, StKK Gießen; mit Wirkung vom 1. 1. 1968; Polizeiobermeister Georg Ziebarth, PVB Butzbach;

verstorben

Polizeihauptmeister Heinrich Hübner, Landrat PK Büdingen (11. 11. 1967); Polizeiobermeister Karl Höll, Landrat PK Friedberg (12. 11. 1967); Polizeiobermeister Otto Hoffmann, PVB Butzbach (1. 12. 1967); Polizeimeister Dieter Zibulski, PVB Darmstadt (11. 12. 1967); Polizeiobermeister Kurt Kowalski, Landrat PK Gießen (14. 12. 1967);

entlassen auf eigenen Antrag

Polizeihauptwachmeister Wilfried Kripp, Landrat PK Darmstadt, mit Ablauf des 31. 12. 1967.

Darmstadt, 11. 1. 1968

**Der Regierungspräsident**

I/3 S/6 — 71 02

St.Anz. 6/1968 S. 197

bei der Landeskriminalpolizei

c) **Regierungspräsident Kassel**

ernannt

zum **Kriminalhauptmeister** Kriminalobermeister (BaL) Wilhelm Zeidler, Staatliche Kriminalabteilung Bad Hersfeld (21. 12. 1967);

zu **Kriminalobermeistern** Kriminalmeister (BaL) Robert Harengel, Staatliches Kriminalkommissariat Fulda (21. 12. 1967); Kriminalmeister (BaL) Rudi Kretschmer, Staatliches Kriminalkommissariat Korbach (20. 12. 1967);

bei der staatlichen Schutzpolizei

ernannt

zum **Polizeihauptmeister** der Polizeiobermeister (BaL) Paul Wendelmuth, PVB Bad Hersfeld (22. 12. 1967);

zum **Polizeiobermeister** der Polizeimeister (BaL) Erich Hollstein, Landrat PK Rotenburg (22. 12. 1967);

zum **Polizeimeister** der Polizeihauptwachmeister (BaL) Jobst-Dietrich Palandt, Landrat PK Marburg (14. 12. 1967);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit die Polizeimeister (BaP) Reinhard Roskosz, Landrat PK Rotenburg (16. 12. 1967); Siegfried Reuther, Landrat PK Waldeck (23. 12. 1967);

der Polizeihauptwachmeister (BaP) Dieter Salewski, Landrat Eschwege, Pol.-Stat. Eschwege (4. 12. 1967);

in den Ruhestand versetzt

der Polizeimeister (BaL) Egon Schmidt, Landrat Kassel, Pol.-Stat. Baunatal (mit Ablauf des 31. 12. 1967).

Kassel, 12. 1. 1968

**Der Regierungspräsident**

P/1 Az.: 7 o 16/03 B

St.Anz. 6/1968 S. 198

**D. im Bereich des Hessischen Ministers der Finanzen**

**Steuerverwaltung**

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit

die Steueroberinspektoren Wolf-Dieter Blanck, FA Kassel-Goethestr. (18. 9. 1967); Bruno Böhm, FA Kassel-Spohrstraße (18. 9. 1967); Jürgen Brandau, FA Offenbach-Stadt (13. 10. 1967); Paul Hohmann, FA Fulda (18. 10. 1967); Eberhard Jacobi, FA Bad Hersfeld (28. 11. 1966); Horst Jäckel, FA Ffm.-Börse (20. 7. 1967); Bernd Kölchen, FA Darmstadt (29. 5. 1967); Kurt Maneth, FA Gelnhausen (22. 5. 1967); Heinz Sitzmann, FA Bad Homburg (29. 11. 1966); Brigitte Steinbrück, FA Offenbach-Land (15. 8. 1967); Friedrich Urban, FA Bad Homburg (3. 10. 1967); Marianne Vogel, FA Wiesbaden-Mainzer Str. (31. 7. 1967);

Die Steuerinspektoren Otto Adler, FA Hanau (12. 10. 1967); Hans-Heinrich Bunzeck, FA Wiesbaden-Herrngartenstraße (16. 10. 1967); Willi Dietz, FA Friedberg (13. 9. 1967); Hermann Fiedler, FA Fulda (31. 1. 1967); Harald Großmann, FA Offenbach-Stadt (9. 5. 1967); Peter Gutmann, FA Hanau (20. 11. 1967); Gisela Hagenah, FA Ffm.-Stiftstr. (21. 9. 1967); Klaus Hanelt, FA Ffm.-Taunustor (8. 6. 1967); Ulrich Heck, FA Gelnhausen (9. 11. 1966); Fritz Heil, FA Alsfeld (9. 11. 1966); Walter Heinrich, FA Ffm.-Stiftstr. (30. 8. 1966); Manfred Hoven, FA Melsungen (12. 10. 1967); Gerhard Hubert, FA Ffm.-Stiftstr. (26. 6. 1967); Bernhard Jung, FA Gießen (9. 11. 1966); Emil Jung, FA Kassel-Goethestr. (9. 11. 1966); Michael Karey, FA Ffm.-Höchst (20. 10. 1967); Franz Kiessl, FA Bad Schwalbach (9. 11. 1966); Werner Kleinsorge, FA Offenbach-Land (29. 12. 1966); Ingo Kling, FA Kassel-Spohrstr. (6. 10. 1967); Friedel Langendorf, FA Groß-Gerau (12. 10. 1967); Hans-Joachim Martin, FA Wiesbaden-Mainzer Str. (9. 11. 1966); Peter Meier, FA Offenbach-Land (12. 10. 1967); Eberhard Menn, FA Biedenkopf (12. 10. 1967); Lutz Mettig, FA Langen (31. 3. 1937); Karl Most, FA Fulda (12. 10. 1967); Gerd Paul, FA Hofgeismar (12. 10. 1967); Josef Pöss, FA Gelnhausen (12. 10. 1967); Kurt Rauteberg, FA Bad Homburg (12. 10. 1967); Hans-Heinrich Reuting, FA Kassel-Goethestr. (12. 1. 1967); Irmgard Rosenfeldt, FA Darmstadt (26. 9. 1966); Kurt Sälzer, FA Kassel-Goethestr. (13. 10. 1967); Helmut Sauer, FA Gelnhausen (9. 11. 1966); Dieter Schäfer, FA Bad Hersfeld (10. 11. 1966); Klaus Schäfer, FA Ffm.-Stiftstr. (8. 11. 1966); Karl-Ernst Schiek, FA Gießen (9. 11. 1966); Jürgen Schmidt, FA Ffm.-Hamburger Allee (11. 10. 1967); Joachim Schneider, FA Ffm.-Höchst (9. 11. 1966); Horst Schultz, FA Offenbach-Stadt (10. 11. 1966); Werner Schulz, FA Offenbach-Land (14. 7. 1966); Gudrun Sehrbrock, FA Ffm.-Stiftstr. (5. 10. 1967); Friedel Sohr, FA Bad Schwalbach (9. 6. 1967); Horst Sternberg, FA Ffm.-Börse (9. 6. 1967); Kurt Tuschke, FA Limburg (11. 10. 1966); Ingrid Ullmann, FA Langen (25. 7. 1967); Hans-Jürgen Vetter, FA Ffm.-Taunustor (19. 1. 1967); Helmut Viehmann, FA Fulda (16. 10. 1967); Martin Wagnitz, FA Kassel-Goethestraße (19. 9. 1966); Günter Wehrheim, FA Bad Homburg (9. 11. 1966); Manfred Werner, FA Ffm.-Stiftstraße (11. 10. 1967); Jürgen Worgitzki, FA Ffm.-Taunustor (8. 5. 1967); Fritz Zück, FA Friedberg (12. 10. 1967); der Steuerhauptsekretär Klaus Nikolai, FA Alsfeld (6. 10. 1967);

die Steuerobersekretäre Heinz Gerhard, FA Wetzlar (26. 9. 1966); Roland Leib, FA Gießen (27. 9. 1966); Anneliese Lüsich, FA Wiesbaden-Herrngartenstr. (2. 2. 1967); Vera Tezel, FA Wiesbaden-Herrngartenstr. (25. 7. 1967);

die Steuersekretäre Heinz Dokter, FA Wetzlar (20. 9. 1967); Hans Enders, FA Dieburg (25. 4. 1967); Norbert Gränz, FA Gießen (25. 4. 1967); Peter Groß, FA Marburg (25. 4. 1967); Walter Hahner, FA Ffm.-Taunustor (11. 10. 1967); Georg

Hobert, FA Bad Hersfeld (25. 7. 1966); Dieter Jockisch, FA Frankenberg (31. 8. 1966); Georg Klingel, FA Alsfeld (25. 4. 1967); Gerhard Kraus, FA Wetzlar (25. 4. 1967); Guido Kulpok, FA Wetzlar (16. 2. 1967); Kurt Leng, FA Marburg (25. 4. 1967); Edith Lerner, FA Wiesbaden-Herrngartenstr. (14. 3. 1967); Karl-Heinz Mönch, FA Homberg (25. 7. 1966); Uwe Müller, FA Darmstadt (8. 3. 1967); Franz Rohr, FA Darmstadt (15. 3. 1967); Klaus Roth, FA Limburg (17. 3. 1967); Hans-Uwe Rubach, FA Ffm.-Stiftstr. (26. 5. 1967); Erich Scheurenbrand, FA Wiesbaden-Herrngartenstr. (8. 11. 1966); Hans Siebert, FA Marburg (14. 3. 1967); Heinrich Sohn, FA Marburg (14. 3. 1967); Lothar Spiehl, FA Dieburg (25. 4. 1967); Gerhard Stahl, FA Dillenburg (14. 3. 1967); Josef Stahl, FA Limburg (25. 4. 1967); Gerhard Stindt, FA Eschwege (13. 11. 1967); Anneliese Stöhr, FA Friedberg (16. 3. 1967); Heinrich Tschunt, FA Langen (25. 4. 1967); Walter Weidmann, FA Michelstadt (4. 10. 1966);

die Steuerwachtmeister Edith Beckert, FA Ffm.-Börse (28. 7. 1967); Karl Birk, FA Ffm.-Börse (8. 9. 1967); Alfred Köhler, FA Eschwege (15. 8. 1967); Willi Szogs, FA Biedenkopf (15. 8. 1967);

in den Ruhestand getreten bzw. versetzt

die Oberregierungsräte Georg Pfaff, FA Dieburg (30. 9. 1967); Heinrich Smital, FA Ffm.-Börse (31. 5. 1967); Dr. Rudolf Stoklas, FA Kassel-Goethestr. (30. 9. 1967); Dr. Rudolf Wantzen, FA Wiesbaden-Mainzer Str. (30. 11. 1967); der Regierungsrat Walter Schröder, FA Gelnhausen (30. 6. 1967);

die Stellvertreter Otto Beatus, FA Frankenberg (30. 9. 1967); Georg Beitz, FA Ffm.-Höchst (31. 1. 1967); Karl Bert, FA Darmstadt (31. 12. 1966); Wilhelm Bund, FA Darmstadt (31. 7. 1967); Rudolf Gerth, FA Wiesbaden-Herrngartenstr. (30. 11. 1967); Friedrich Gondolph, FA Gießen (30. 11. 1967); Peter Mangold, FA Alsfeld (30. 9. 1967); Ernst Schelper, FA Eschwege (31. 1. 1967); Willi Schietrumpf, FA Ffm.-Stiftstr. (31. 8. 1967); Erwin Schmidt, FA Kassel-Goethestr. (31. 8. 1967); Willi Schweinsberger, FA Marburg (31. 1. 1967); Heinrich Weber, FA Dieburg (30. 11. 1967);

die Steueramtmänner Otto Brehm, FA Michelstadt (30. 4. 1967); Albert Hennes, FA Ffm.-Hamburger Allee (31. 1. 1967); Kurt Jungmann, FA Darmstadt (31. 5. 1967); Oskar Kracht, FA Dillenburg (31. 8. 1967); Karl Theißig, FA Friedberg (31. 12. 1966); Konrad Sauer, FA Korbach (30. 11. 1967); Otto Schlitt, FA Kassel-Goethestr. (31. 1. 1967);

die Steueroberinspektoren Kurt Bartsch, FA Ffm.-Höchst (30. 11. 1967); Fritz Börner, FA Kassel-Goethestr. (31. 5. 1967); Adolf Bremer, FA Marburg (28. 2. 1967); Josef Essler, FA Ffm.-Stiftstr. (31. 1. 1967); Wilhelm Formhals, FA Darmstadt (31. 10. 1967); Herbert Groth, FA Kassel-Goethestraße (30. 9. 1967); Alfred Holzappel, FA Eschwege (31. 5. 1967); Wilhelm Krämer, FA Gießen (31. 10. 1967); Erich Krause, FA Ffm.-Höchst (31. 3. 1967); Hans Krüger, FA Kassel-Goethestr. (31. 12. 1966); Ernst Künzl, FA Ffm.-Stiftstr. (30. 11. 1967); Theo Kwotschalla, FA Offenbach-Stadt (28. 2. 1967); Karl Ludewig, FA Wetzlar (31. 10. 1967); Richard Lunau, FA Kassel-Spohrstr. (31. 1. 1967); Friedrich Lutz, FA Wetzlar (31. 7. 1967); Johann Mühlhans, FA Wetzlar (30. 9. 1967); Erich Powelleit, FA Ffm.-Taunustor (31. 3. 1967); Heinrich Reitz, FA Biedenkopf (30. 9. 1967); Ernst Reuter, FA Darmstadt (31. 10. 1967); Wilhelm Roos, FA Bad Homburg (30. 9. 1967); Heinrich Schombert, FA Gießen (31. 12. 1966); Christian Seebold, FA Ffm.-Höchst (31. 10. 1967); Franz Ulrich, FA Bad Homburg (31. 10. 1967); Philipp Winau, FA Wiesbaden-Mainzer Str. (30. 4. 1967);

die Steuerinspektoren Ludwig Endner, FA Darmstadt (28. 2. 1967); Heinrich Bender, FA Weilburg (30. 9. 1967); Werner Bender, FA Friedberg (31. 7. 1967); Arno Wachsmuth, FA Ffm.-Taunustor (30. 9. 1967);

die Steuerhauptsekretäre Konrad Baum, FA Kassel-Spohrstraße (31. 10. 1967); Hermann Dittmann, FA Eschwege (31. 3. 1967); Ludwig Engel, FA Nidda (30. 9. 1967); Karl Falb, FA Lauterbach (31. 7. 1967); Kurt Garbisch, FA Rüdeshheim (30. 11. 1967); Franz Herold, FA Hanau (31. 8. 1967); Heinrich Jakobi, FA Biedenkopf (30. 9. 1967); Alfred John, FA Ffm.-Taunustor (31. 3. 1967); Fritz Krampe, FA Hanau (31. 12. 1966); Walter Otto, FA Rüdeshheim (31. 1. 1967); Adalbert Pangratz, FA Frankenberg (31. 7. 1967); Günter Papenbrock, FA Kassel-Goethestr. (31. 12. 1966); Adolf Röhrich, FA Wetzlar (31. 12. 1966); Wilhelm Schäfer, FA Wetzlar (31. 1. 1967); Christian Schäfer, FA Michelstadt (31. 3. 1967); Georg Thomas, FA Groß-Gerau (31. 12. 1966);

Wilhelm Völker, FA Marburg (31. 7. 1967); Heinrich Wagner, FA Dillenburg (30. 4. 1967); Johann Wagner, FA Dieburg (31. 12. 1966); Peter Weber, FA Michelstadt (28. 2. 1967);

die Steuerobersekretäre Karl Cornelius, FA Wetzlar (31. 3. 1967); Fritz Hacker, FA Friedberg (31. 12. 1966); Eduard Kempf, FA Friedberg (31. 3. 1967); Johann Meyer, FA Ffm.-Hamburger Allee (31. 3. 1967); Heinrich Reinhardt, FA Kassel-Goethestr. (31. 5. 1967); Ludwig Seeger, FA Groß-Gerau (31. 12. 1966); Wilhelm Tilenius, FA Korbach (31. 3. 1967); der Verwaltungsassistent Fritz Kloß, FA Nidda (30. 4. 1967).

Frankfurt a. M., 16. 1. 1968

Oberfinanzdirektion  
P 1400 — 50 — Lv I 62  
St.Anz. 6/1968 S. 198

## F. im Bereich des Hessischen Kultusministers

im Grund-, Haupt-, Real- und Sonderschuldienst  
des Regierungsbezirks Kassel

ernannt

zum Rektor Lehrer Hans Hermann Witzel, Bad Hersfeld (30. 11. 1967);

zum Realschulkonrektor Realschullehrer Heinrich Hampel, Marburg a. d. L. (19. 12. 1967);

zum Volks- und Realschulkonrektor Realschullehrer Hans Enkemeier, Kassel (21. 12. 1967);

zum Hauptlehrer Lehrer Wilhelm Ashauer, Arolsen, Landkreis Waldeck (28. 12. 1967);

zur Konrektorin Lehrerin Else Fülling, Gensungen, Landkreis Melsungen (27. 12. 1967);

zu Realschullehrern bzw. zur Realschullehrerin die Lehrerinnen Marion Dewald, Bad Hersfeld (30. 11. 1967); Ruth Beier, Kassel (20. 12. 1967); die Lehrer Paul Wenk, Bad Hersfeld (20. 12. 1967); Karl-Heinz Sälzer, Korbach, Landkreis Waldeck (22. 12. 1967);

zum Realschullehrer (BaL) apl. Realschullehrer Gotthold Will, Treysa, Landkreis Ziegenhain (29. 12. 1967);

zu Lehrern bzw. Lehrerinnen (BaL) die apl. Lehrer(innen) Helga Sobotha, Frankenberg Eder (1. 12. 1967); Walter Ertl, Neuhoof, Landkreis Fulda (7. 12. 1967); Barbara Walther, Fürstenhagen, Landkreis Witzenhausen (7. 12. 1967); Kurt Koch, Gemünden an der Wohra, Landkreis Frankenberg (11. 12. 1967); Beate Schutz, Eschwege (18. 12. 1967); Henriette Daniel, Cappel, Landkreis Marburg (15. 12. 1967); Jürgen Emmelmann, Eschwege (18. 12. 1967); Ursula Lünenborg, Willingen, Landkreis Waldeck (18. 12. 1967); Magdalena Wiegand, Breitenbach, Landkreis Rotenburg (18. 12. 1967); Ursula Freybe, Lisperhausen, Landkreis Rotenburg (11. 12. 1967); Siegfried Dunitza, Dillich, Landkreis Fritzlar-Homberg (21. 12. 1967); Friedrich Kohlhepp, Leimsfeld, Landkreis Ziegenhain (28. 12. 1967); Erika Spiegel, Fulda (21. 12. 1967);

zur apl. Lehrerin (BaP) die Lehrkraft im Angestelltenverhältnis Pauline Schaser, Kassel (1. 1. 1968);

zu apl. Lehrerinnen (BaW) Gudrun Schmitzer, Datterode, Landkreis Eschwege (27. 11. 1967); Astrid Helsper, Neukirchen, Landkreis Waldeck (9. 10. 1967); Ursel Buchführer, Lohfelden, Landkreis Kassel (7. 12. 1967);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Probe

die apl. Lehrer(innen) Günter Sagan, Mittelkalbach, Landkreis Fulda (4. 12. 1967); Maria Risser, Fulda (30. 11. 1967); Gerhard Leiminer, Arzell, Landkreis Hünfeld (30. 11. 1967); Erika Klammer, Allendorf, Landkreis Frankenberg (6. 12. 1967); Helmut Sauer, Fulda (6. 12. 1967); Erika Kolberg, Treysa, Landkreis Ziegenhain (2. 12. 1967); Dorothea Zühke, Großalmerode, Landkreis Witzenhausen (7. 12. 1967); Gisela Schindler, Großalmerode, Landkreis Witzenhausen (7. 12. 1967); Karl-Werner Böttigheimer, Rommerode, Landkreis Witzenhausen (7. 12. 1967); Dieter Elsner, Niederaula, Landkreis Hersfeld (6. 12. 1967); Karl Ludwig Dierksen, Witzenhausen (8. 12. 1967); Manfred Grützner, Witzenhausen (8. 12. 1967); Brigitte Gudarzi, Rasdorf, Landkreis Hünfeld (7. 12. 1967); Konrad Brenner, Ufhausen, Landkreis Hünfeld (7. 12. 1967); Gertraud Bleek, Treysa, Landkreis Ziegenhain (5. 12. 1967); Jürgen Baehn, Ransbach, Landkreis Hersfeld (9. 12. 1967); Eugen Mais, Willinghausen, Landkreis Ziegenhain (8. 12. 1967); Horst Grimm, Neuhoof, Landkreis Fulda (11. 12. 1967); Christa Hebestreit, Kassel (14. 12. 1967); Marianne

Rös. Wasenberg, Landkreis Ziegenhain (14. 12. 1967); Elisabeth Koch, Neuenbrunslar, Landkreis Melsungen (2. 12. 1967); Ilse Linkert, Kassel (15. 12. 1967); Erika Füller, Fulda (14. 12. 1967); Gustav Friedrich, Schweben, Landkreis Fulda (14. 12. 1967); Ursula Geist, Kirchhain, Landkreis Marburg (12. 12. 1967); Franz Geismann, Arolsen, Landkreis Waldeck (14. 12. 1967); Doris Gonnermann, Waldeck, Landkreis Waldeck (16. 12. 1967); Horst Schindler, Sontra, Landkreis Rotenburg (18. 12. 1967); Johann Windhab, Sontra, Landkreis Rotenburg (18. 12. 1967); Ingrid Schulz, Kassel (20. 12. 1967); Maria Mißling, Melsungen (18. 12. 1967); Elke Thurau, Ihringshausen, Landkreis Kassel (20. 12. 1967); Wulf König, Meckbach, Landkreis Hersfeld (13. 12. 1967); Georg Wingen-der, Ederbringhausen, Landkreis Frankenberg (20. 12. 1967); Irmgard Behrens, Battenberg, Landkreis Frankenberg (28. 12. 1967);

in den Ruhestand versetzt

die Lehrer(innen) Hermann Gollbach, Hauswurz, Landkreis Fulda (1. 1. 1968); Hugo Klöppel, Friedlos, Landkreis Hersfeld (1. 1. 1968); Hedwig Müller, Bebra, Landkreis Rotenburg (1. 1. 1968); Ursula Geissel, Laisa, Landkreis Frankenberg (1. 1. 1968); Mathilde Hölterhoff, Kassel (1. 1. 1968); Kurt Fugger, Eschwege (1. 1. 1968);

entlassen

die Lehrerinnen Dorothea Herke, Kirchhain, Landkreis Marburg (1. 1. 1968); Gisela Stölting, Marburg a. d. L. (1. 1. 1968); Marlene Jeltsch, Immenhausen, Landkreis Hofgeismar (1. 1. 1968);

die apl. Lehrerinnen Ortrud Hauschildt, Witzenhausen (1. 1. 1968); Ingrid McGrath, Sickels, Landkreis Fulda (1. 2. 1968); Gisela Roersch, Marburg a. d. L. (1. 1. 1968); Renate Riebe, Kassel (16. 1. 1968); Christine Haustein, Heimboldshausen, Landkreis Hersfeld (1. 1. 1968); Margit Schäfer, Fulda, Landkreis Kassel (14. 1. 1968); Jörg Tietze, Frankenberg (Eder), Landkreis Frankenberg (16. 1. 1968);

die apl. Fachlehrerin Karin Wagner, Guxhagen, Landkreis Melsungen (1. 1. 1968);

der apl. Fachlehrer Karl-Heinz Gitzelmann, Hilders, Landkreis Fulda (1. 2. 1968);

die Lehrkraft im Angestelltenverhältnis Elke Vogt, Neustadt, Landkreis Marburg (1. 1. 1968);

Im höheren Schuldienst

ernannt

zum Studienrat bzw. zur Studienrätin (BaL) Stud.-Assessor Edgar Zimmerer, Fulda (16. 10. 1967); Dr. Renate Hildebrandt-Günter, Amöneburg (15. 12. 1967);

zum Studienassessor (BaP) die Assessoren im Lehramt Werner Lüth, Fulda (26. 10. 1967); Elmar Bispinck, Fulda (16. 10. 1967);

in den Ruhestand versetzt

die Oberstudienräte Otto Lenhart, Fulda (1. 1. 1968); Hugo Wolff, Hünfeld (1. 2. 1968);

die Oberstudienrätinnen Käthe Truss, Kassel (1. 1. 1968); Irmgard Eisenmann, Kassel (1. 1. 1968);

entlassen

Stud.-Ass. Heinrich-Bernhard Hölscher, Kassel (1. 1. 1968); Stud.-Assessorin Gisela Lehmann, Kirchhain (1. 1. 1968); Assess. im Lehramt Brigitta Mondry, Bad Hersfeld (1. 1. 1968);

Im Berufs-, Berufsfach- und Fachschuldienst

ernannt

zum Oberstudienrat die Studienräte Walter Engel, Kassel (14. 12. 1967); Hans Szymanski, Fritzlar (16. 12. 1967);

zum Studienreferendar (BaW) Wolfgang Domm, Bebra (1. 1. 1968);

zum Fachlehreranwärter (BaW) Enno Keitel, Hilders (1. 1. 1968);

zum Studienrat bzw. zur Studienrätin (BaL) die Stud.-Assessoren Karl-Heinrich Dietz, Kassel (5. 12. 1967); Reiner Wrede, Kassel (6. 12. 1967); Günter Griesel, Kassel (18. 12. 1967); Hans Gerold Schirawski, Fritzlar (18. 12. 1967); Marlies Bächt, Ziegenhain (18. 12. 1967); Ernst Meinert, Marburg a. d. L. (14. 12. 1967); Ute Klapp, Kassel (15. 12. 1967); Liselotte Neisecke, Kassel (18. 12. 1967); Rosemarie Ruckels-

hausen, Kassel (18. 12. 1967); Renate Sittig, Hofgeismar (21. 12. 1967); Dieter Lück, Kassel (19. 12. 1967); Wolfram Henkel, Kassel (19. 12. 1967); Günter Treu, Kassel (19. 12. 1967); Günter Neumann, Kassel (20. 12. 1967);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit  
Fachlehrerin an einer berufsbildenden Schule Roselinde Jahn, Fulda (3. 1. 1968).

Kassel, 12. 1. 1968

Der Regierungspräsident  
P 1 Az.: 7 o 16 03 B  
StAnz. 6/1968 S. 199

**G. im Bereich des Hessischen Ministers für Wirtschaft und Verkehr**

c) Landesamt für Bodenforschung

ernannt

zum Regierungsdirektor Oberregierungsgeologe Dr. Hans-Joachim Lippert (12. 5. 1967 — BaL);

zu Oberregierungsgeologen die Regierungsgeologen Dr. Hans Dengler (15. 6. 1967 — BaL); Dr. Bernward Hötting (29. 9. 1967 — BaL); Dr. Stefan Meisl (29. 9. 1967 — BaL);

zu Regierungsgeologen die Regierungsgeologen z. A. Dr. Arthur Golwer (6. 1. 1967 — BaL); Dr. Siegfried Holtz (24. 10. 1967 — BaL); Dr. Manfred Horn (6. 1. 1967 — BaL); Dipl.-Ing. Karl-Hans Müller (23. 10. 1967 — BaL); Dr. Konrad Reul (6. 1. 1967 — BaL); Diplomchemiker Günther Thielicke (23. 10. 1967 — BaL);

zu Regierungsgeologen z. A. Dr. Horst Bernhard (1. 11. 1967 — BaP); Dr. Eckhard Böke (6. 11. 1967 — BaP); Dr. Helmut Hickethier (6. 10. 1967 — BaP); Dr. Wolfgang Plass (2. 10. 1967 — BaP);

d) Bergbauverwaltung

ernannt

zum Oberbergrat Erster Bergrat Dipl.-Ing. Karl-Dietrich Wolter (31. 8. 1967 — BaL);

zum Ersten Bergrat Bergrat Dipl.-Ing. Erwan Braun (25. 4. 1967 — BaL);

zu Bergassessoren die Assessoren des Bergfachs Dipl.-Ing. Peter Ohse (2. 10. 1967 — BaP); Dipl.-Ing. Peter Schuchardt (2. 10. 1967 — BaP);

zum Bergrevieroberinspektor Bergrevierinspektor Werner Falkenberg (23. 10. 1967 — BaL);

zum Bergrevierinspektor Bergrevierinspektor z. A. Ehrhard Kremer (10. 1. 1967 — BaL);

zum Regierungsinspektor Regierungshauptsekretär Hubert Mönikes (31. 10. 1967 — BaL);

auf eigenen Antrag entlassen

Bergassessor Dipl.-Ing. Peter Schuchardt mit Ablauf des Monats Dezember 1967;

e) Eichverwaltung

ernannt

zu Eichamtmännern die Eichoberinspektoren Erich Giersch (26. 4. 1967 — BaL); Friedel Gückel (28. 4. 1967 — BaL);

zu Eichoberinspektoren die Eichinspektoren Hans-Jürgen Blank (27. 4. 1967 — BaL); Horst Festner (27. 4. 1967 — BaL); Johannes Gabriel (26. 10. 1967 — BaL);

zu Eichinspektoren die Eichinspektoren z. A. Gerhard Klatt (14. 12. 1967 — BaL); Karl-Josef Roßkopf (19. 12. 1967 — BaL);

zum Eichinspektor z. A. Eichinspektoranwärter Helmut Hertz (26. 6. 1967 — BaP);

zu Eichinspektoranwärtern Horst Herr (1. 4. 1967 — BaW); Willy Krapf (1. 4. 1967 — BaW);

zum Obereichmeister Eichmeister Günter König (20. 10. 1967 — BaL);

zum Eichmeister Eichmeister z. A. Karl Lang (24. 10. 1967 — BaL);

zu Eichmeistern z. A. die Eichmeisteranwärter Werner Port (29. 11. 1967 — BaP); Heinz Scharr (29. 11. 1967 — BaP);

zu Eichmeisteranwärtern Manfred Matthes (20. 11. 1967 — BaW); Josef Ziller (30. 6. 1967 — BaW);



in den Ruhestand getreten

Eichamtmann Ernst Himmelheber, mit Ende des Monats März 1967; Eichamtmann Friedrich Krapf, mit Ende des Monats Januar 1967;

in den Ruhestand versetzt auf eigenen Antrag

Eichoberinspektor Herbert Liebehenschel, mit Ablauf des Monats September 1967;

auf eigenen Antrag entlassen

Eichinspektoranwärter Horst Herr, mit Ablauf des Monats August 1967; Eichmeisteranwärter Josef Ziller, mit Ablauf des Monats Oktober 1967.

Wiesbaden, 11. 1. 1968

**Der Hessische Minister  
für Wirtschaft und Verkehr**  
I c 2 — 7 o — 16 — 11  
St.Anz. 6/1968 S. 200

## H. im Bereich des Hessischen Ministers für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen

d) Dienststellen der Kriegsoferversorgung

ernannt

zu **Regierungshauptsekretären** die Regierungsobersekretäre Jürgen Klein (15. 3. 1967 — BaP); Gottfried Raddatz (31. 7. 1967 — BaL); Wahnfried Holl (30. 10. 1967 — BaP);

zu **Regierungsobersekretären** die Regierungssekretäre Kurt Sohn (21. 6. 1967 — BaP); Heinz Jaeger (17. 7. 1967 — BaP); Olaf Ahl (24. 7. 1967 — BaP);

zum **Regierungssekretär** die Regierungssekretäre zur Anstellung Adolf Hoffmann (28. 4. 1967 — BaL); Johann Muth (27. 7. 1967 — BaP);

zum **Regierungssekretär** Hans Hoffmann (1. 2. 1967 — BaL);

zu **Regierungssekretären zur Anstellung** die Regierungssekretäranwärter Erika Zeuner (29. 4. 1967 — BaP); Fritz Heidrich (3. 5. 1967 — BaP);

zum **Amtsmeister** der Hauptamtsgehilfe Kurt Müller (13. 4. 1967 — BaL);

zum **Hauptamtsgehilfen zur Anstellung** Werner Ott (15. 6. 1967 — BaP);

zum **Oberamtsgehilfen** den Oberamtsgehilfen zur Anstellung Peter Beinert (2. 1. 1967 — BaL);

zum **Hausmeister** der Hausmeister zur Anstellung Hans Götz (12. 9. 1967 — BaL);

zum **Hausmeister zur Anstellung** Rudolf Schad (5. 5. 1967 — BaP);

zu **Regierungsinspektorenanwärterinnen** Rosemarie Heuser (1. 4. 1967 — BaW); Erika Fleuren (1. 1. 1968 — BaW);

zu **Regierungssekretäranwärtern** Werner Matthias (1. 2. 1967 — BaW); Gert Bürgesser (1. 4. 1967 — BaW); Volker Tiedtke (1. 4. 1967 — BaW); Wilfried Hörner (1. 4. 1967 — BaW);

in den Ruhestand versetzt

die Reg.-Hauptsekretäre Konrad Büchling (31. 12. 1966); Josef Balzert (28. 2. 1967); Kurt Stiebitz (31. 12. 1967); Alfred Hissner (31. 12. 1967);

entlassen:

Reg.-Sekr.-Anwärterin Elsbeth Ferrari (3. 5. 1967).

Frankfurt a. M., 15. 1. 1968

**Landesversorgungsamt Hessen**  
I/1 — Pers. —  
St.Anz. 6/1968 S. 201

**Präsident des Hessischen Landessozialgerichts in Darmstadt**

versetzt

Regierungsobersekretär Fritz Ende vom Verwaltungsgericht Wiesbaden zum Sozialgericht Frankfurt a. M. (1. 11. 1966);

ernannt

zum **Regierungshauptsekretär** Regierungsobersekretär Fritz Ende bei dem Sozialgericht Frankfurt a. M. (15. 2. 1967); zum **Hauptamtsgehilfen (BaL)** Oberamtsgehilfe Andrei Weisz bei dem Sozialgericht Frankfurt a. M. (3. 2. 1967); Oberamtsgehilfe Kurt Schnecko bei dem Sozialgericht Gießen (13. 3. 1967);

zum **Hauptamtsgehilfen (BaP)** Verwaltungsarbeiter Erich Ahrens bei dem Sozialgericht Darmstadt (1. 5. 1966), Verwaltungsangestellter Johannes Rode bei dem Sozialgericht Frankfurt a. M. (3. 11. 1966);

zum **Oberamtsgehilfen (BaP)** Verwaltungsangestellter Friedhelm Gerbig bei dem Sozialgericht Kassel (7. 2. 1967);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit

Hauptamtsgehilfe Erich Ahrens bei dem Sozialgericht Darmstadt (16. 5. 1967); Hauptamtsgehilfe Johannes Rode bei dem Sozialgericht Frankfurt a. M. (15. 12. 1967).

Darmstadt, 16. 1. 1968

**Der Präsident  
des Hessischen Landessozialgerichtes**  
Az.: Sg. 2 a — 8 b 26—03  
St.Anz. 6/1968 S. 201

## J. im Bereich des Hessischen Ministers für Landwirtschaft und Forsten

a) Ministerium

ernannt

zu **Regierungsdirektoren** die Oberregierungsräte (BaL) Rudolf Freier, Franz Thomae (22. 12. 1967);

zum **Oberforstmeister** Forstmeister (BaL) Karlheinz Amend (22. 12. 1967);

zum **Regierungsrat (BaL)** Regierungsrat z. A. (BaP) Dr. Klaus Baltzer (2. 1. 1968);

zum **Regierungsamtmann** Regierungsoberinspektor (BaL) August Brandt (22. 12. 1967);

in den Ruhestand getreten

Oberlandforstmeister Hans-Adolf Wilckens mit Ablauf November 1967;

b) Landeskulturverwaltung

ernannt

zum **Oberregierungsrat** Regierungsrat (BaL) Torwalt Carlsen, Kulturamt Limburg (25. 10. 1967);

zu **Regierungsvermessungsüberinspektoren** die Regierungsvermessungsinspektoren (BaL) Kurt Dziekanek, Landeskulturamt (18. 12. 1967); Heinrich Heimrich, Kulturamt Wiesbaden (18. 12. 1967);

zu **Regierungsvermessungsinspektoren (BaL)** die Regierungsvermessungsinspektoren z. A. (BaP) Günther Wiese, Kulturamt Hanau (13. 11. 1967); Karl Stock, Kulturamt Lauterbach (13. 11. 1967);

zum **Regierungsvermessungsassessor (BaP)** Dipl.-Ingenieur Klaus Schwarz, Kulturamt Gießen (28. 11. 1967);

zum **Regierungsvermessungsinspektoranwärter (BaW)** Ingenieur für Vermessungstechnik Hans-Dieter Meisenheimer, Kulturamt Kassel (27. 11. 1967);

zu **Regierungsvermessungssekretäranwärtern (BaW)** der Meßgehilfe Erich Dietrich, Kulturamt Dillenburg (27. 11. 1967); der techn. Angestellte Klaus Forth, Kulturamt Wiesbaden (27. 11. 1967);

zum **Regierungssekretäranwärter (BaW)** Verwaltungsangestellter Klaus-Jochen Betz, Kulturamt Marburg (27. 11. 1967);

in den Ruhestand getreten

Regierungsvermessungsüberinspektor Georg Placzek, Kulturamt Lauterbach mit Ablauf November 1967;

c) Wasserwirtschaftsverwaltung

ernannt

zum **Regierungsoberinspektor** Regierungsoberinspektor (BaL) Adolf Bismark, WWA Wiesbaden (27. 11. 1967);

zum **Regierungsoberbauinspektor** Regierungsbauinspektor (BaL) Franz Ebenhöf, WWA Kassel (14. 12. 1967);

zum **Regierungsbauinspektor (BzL)** Regierungsinspektor z. A. (BaP) Dieter Würzberg, WWA Kassel (20. 12. 1967);

zum **Regierungsbaureferendar (BaW)** Dipl.-Ingenieur Albrecht Hoffmann, Reg.-Präs. Kassel (16. 12. 1967);

entlassen auf eigenen Antrag

Regierungsbauinspektor z. A. Ulrich Schlottmann, WWA Fulda, mit Ablauf November 1967;

**d) Staatl. Lehr- und Versuchsanstalt für Grünlandwirtschaft und Futterbau Eichhof, Bad Hersfeld**

versetzt zum Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Professor Dr. Dieter Bommer mit Wirkung vom 1. 12. 1967;

**e) Hess. Landwirtschaftl. Beraterseminar Rauischholzhausen ernannt**

zum Regierungslandwirtschaftsrat (BaL) Regierungslandwirtschaftsassessor (BaP) Dr. Ernst Wilke (25. 10. 1967);

**f) Hess. Lehr- und Forschungsanstalt für Wein-, Obst- und Gartenbau, Geisenheim/Rhg. ernannt**

zum **Wiss. Rat z. A. (BaP)** Dipl.-Landwirt Karl-Heinz Zerbe (28. 11. 1967);  
zum **Gartenbauinspektor z. A. (BaP)** Staatl. dipl. Gartenbauinspektor Albert Wuchner (15. 11. 1967);

**g) Beraterseminar für ländl. Entwicklungshilfe, Witzenhausen ernannt**

zum **Oberregierungslandwirtschaftsrat z. A. (BaP)** Dipl.-Landwirt Dr. Hans-Joachim Glauner (13. 11. 1967);

**h) Hess. Landesamt für Gewässerkunde und wasserwirtschaftliche Planung, Wiesbaden ernannt**

zum **Regierungsinspektor (BaL)** Regierungsinspektor z. A. (BaP) Knut Baumgart (29. 12. 1967);

**i) Hess. Landgestüt Dillenburg ernannt**

zum **Gestütwärter (BaL)** Gestütwärter z. A. (BaP) Dietmar Persch (6. 12. 1967);  
zum **Gestüthilfswärter z. A. (BaP)** Gestüthilfswärter Willi Rompf (30. 11. 1967);

**in den Ruhestand versetzt**

Gestütobewärter Artur Rübsamen mit Ablauf Dezember 1967

**j) Deutsche Ingenieurschule für Tropenlandwirtschaft in Witzhausen ernannt**

zum **Oberregierungslandwirtschaftsrat** Regierungslandwirtschaftsrat (BaL) Dr. Gerhard Kütke (28. 11. 1967);  
zum **Oberregierungslandwirtschaftsrat z. A. (BaP)** Dipl.-Landwirt Dr. Franz Karl Lorenz (25. 10. 1967);  
zur **Studienassessorin (BaP)** Assessorin des Lehramts Dr. Wilhelmine Schäfers (28. 11. 1967).

Wiesbaden, 18. 1. 1968

Der Hessische Minister  
für Landwirtschaft und Forsten

IB 2 — 70 16.03 — Tgb.-Nr. 1/68  
StAnz. 6/1968 S. 201

**Forstverwaltung**

**ernannt**

zum **Landforstmeister** der Oberforststrat (BaL) August Henne, Hess. Forsteinrichtungs- und Versuchsanstalt in Gießen (13. 11. 1967);  
zu **Forstassessoren (BaP)** die Assessoren des Forstdienstes Dr. Hans-Joachim Böhr, Bezirk Kassel (1. 12. 1967); Siegfried Hinder, FA Herborn (23. 12. 1967); Dr. Jochen Stahl-Streit, FA Eltville (20. 12. 1967); Dr. Klaus-Peter Rödiger, Hess. Forsteinrichtungs- u. Versuchsanstalt in Gießen (1. 12. 1967);

zu **Forstassessoren (BaP)** die Forstreferendare — BaW — (Assessoren des Forstdienstes) Gisbert Backhaus, FA Merenberg (18. 12. 1967); Klaus Blöcher, Bezirk Darmstadt (27. 12. 1967); Wilhelm Dietze, Hess. Forsteinrichtungs- u. Versuchsanstalt in Gießen (14. 12. 1967); Hans-Jochen Euler, FA Heppenheim (14. 12. 1967); Jürgen Jestaedt, Hess. Forsteinrichtungs- und Versuchsanstalt in Gießen (12. 12. 1967);

zu **Forstreferendaren** die Dipl.-Forstwirte Hans-Christian Holm, Bezirk Wiesbaden (1. 11. 1967); Hartmut Kieme, Bezirk Kassel (1. 11. 1967); Jörg Matthiesen, Bezirk Wiesbaden (1. 11. 1967); Hans-Leopold von Sperber, Bezirk Darmstadt (1. 11. 1967); Lothar Serwaty, Bezirk Kassel (1. 11. 1967); Alfred Schleicher, Bezirk Darmstadt (1. 11. 1967); Klaus Schwarz, Bezirk Kassel (1. 11. 1967);

zum **Regierungsoberamtmann** der Reg.-Amtmann (BaL) Heinrich Keppel (Hess. Forsteinrichtungs- und Versuchsanstalt in Gießen (4. 10. 1967);

zu **Oberförstern** die Revierförster (BaL) Gerald Freyer, FA Fritzlar (1. 11. 1967); Heinz Werner Groß, FA Dieburg (3. 11. 1967); Karl Käthner, FA Marjoß (6. 12. 1967); Karl Klotz, FA Hatzfeld (6. 12. 1967); Horst Koch, FA Hombressen (3. 11. 1967); Gert Mänz, FA Altenlotheim (3. 11. 1967); Dietrich Schack, FA Darmstadt (20. 12. 1967);

zum **Reg.-Oberinspektor** der Reg.-Inspektor (BaL) Günter Tost, Reg.-Präs. Kassel (21. 11. 1967);

zum **Revierförster (BaL)** der Revierförster z. A. (BaP) Eckart Goßfelder, FA Grebenau (1. 11. 1967);  
zum **Revierförster z. A. (BaP)** Horst Brand, FA Salmünster (10. 10. 1967);

**berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit**  
der Revierförster Rudolf Goretzko, FA Fulda-Nord (13. 10. 1967);

**versetzt in den Dienst des Landes Hessen gem. § 29 Abs. 2 HBG vom Forstbetriebsverband Laufdorf**

der Oberförster Julius Kaps

vom Forstbetriebsverband Kraftsolms  
der Oberförster Karl Heinz Armbricht  
mit Wirkung vom 1. 12. 1967

**in den Ruhestand getreten (mit Ende des Monats)**

der Forstoberamtmann Karl Jeckel, FA Friedberg (Oktober 1967); der Forstamtmann Karl Pelster, FA Wetter-Ost (November 1967); die Oberforstmeister Wilhelm Ostheim, FA Gr.-Gerau (Dezember 1967); Wilhelm Störmer, FA Grebenhain (Dezember 1967); der Forstamtmann Karl Kappes, FA Kranichstein (Dezember 1967); die Oberförster Ernst Bohnert, FA Wildeck (Dezember 1967); Georg Schüttler, FA Korbach-Süd (Dezember 1967); Adam Vogt, FA Frielendorf (Dezember 1967); der Reg.-Inspektor Philipp Straub, FA Michelstadt (Dezember 1967);

**in den Ruhestand versetzt (mit Ablauf des Monats)**

der Forstamtmann Friedrich Grebe, FA Vöhl (Dezember 1967); der Oberförster Josef Fahrner, FA Lörzenbach (Dezember 1967); der Reg.-Oberinspektor Theodor Wilhelm, FA Dieburg (Dezember 1967);

**entlassen mit Ablauf des Monats Dezember 1967 nach bestandener Laufbahnprüfung**

der Forstreferendar Peter Krafft

**entlassen auf eigenen Antrag mit Ablauf des Monats Oktober 1967**

der Revierförsteranwärter Alfred Sünner, Bezirk Darmstadt;

**verstorben**

der Oberförster Ernst Hauptmann, FA Krofdorf (2. 10. 1967);  
der Revierförster Gerhard Schoof, FA Höchst (7. 12. 1967);  
der Revierförsteranwärter Gerd Sossenheimer, Bezirk Wiesbaden (29. 9. 1967);  
der Reg.-Inspektoranwärter Norbert Hübner, Bezirk Darmstadt (24. 11. 1967);

**Berichtigung:**

In der Veröffentlichung der Personalnachrichten der Forstverwaltung vom 7. 11. 1967 (StAnz. S. 1489) ist im Abschnitt „ernannt zu Revierförsteranwärtern“ in der vierten Zeile zu streichen:

„Jörg Busse, Reg.-Bezirk Darmstadt“.

Wiesbaden, 18. 1. 1968

Der Hessische Minister  
für Landwirtschaft und Forsten

IB 2 — 70.16.03 — Tgb.-Nr. 1/68  
StAnz. 6/1968 S. 202

180

DARMSTADT

Regierungspräsidenten

**Anordnung zum Schutze der Trinkwassergewinnungsanlagen der Gemeinde Winkel, Landkreis Bergstraße**

Auf Antrag und zugunsten der Gemeinde Winkel, Landkreis Bergstraße, wird hiermit nach Maßgabe der vorgelegten und geprüften Unterlagen (Anlage 1—12) gemäß § 19

des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz — WHG —) vom 27. 7. 1957 (BGBl. I S. 1110) in Verbindung mit § 25 des Hessischen Wassergesetzes (HWG) vom 6. 7. 1960 (GVBl. S. 69) für die Trinkwassergewinnungsanlagen dieser Gemeinden ein Wasserschutzgebiet festgesetzt und folgendes angeordnet:

## § 1

**Einteilung des Schutzgebietes**

Das Wasserschutzgebiet für die Wassergewinnungsanlagen der Gemeinde Winkel, Landkreis Bergstraße, wird in 3 Zonen eingeteilt, und zwar in

- Zone I (Fassungsbereich),**  
**Zone II (engere Schutzzone) und**  
**Zone III (weitere Schutzzone).**

In dem dazugehörigen Katasterplan im Maßstab 1:2000 sind diese 3 Zonen wie folgt dargestellt:

- Zone I (Fassungsbereich) = rote Umrandung,  
 Zone II (engere Schutzzone) = grüne Umrandung,  
 Zone III (weitere Schutzzone) = gelbe Umrandung.

Das Wasserschutzgebiet für sämtliche Wassergewinnungsanlagen der Gemeinde Winkel wird gebildet:

**I. in der Gemarkung Winkel auf den Gewannen:**

- |               |                 |
|---------------|-----------------|
| Dornklingen,  | Giesmannswies,  |
| Am Rettweg,   | Finsterklingen, |
| Dörschraim,   | Schäferwies,    |
| Langgewann,   | Die Ackerwies,  |
| Birnbaumwies, | Im Eichenblatt, |
| Kohlstück,    | Im Knautsch;    |

**II. in der Gemarkung Kolmbach auf dem Gewinn**

Das Kohlstück.

## § 2

**Grenzen bzw. Umfang der einzelnen Schutzzonen**

Für die Lage und Ausdehnung des gesamten Wasserschutzgebietes sowie seiner einzelnen Schutzzonen ist auf Grund der Katasterunterlagen folgende Grenzbeschreibung maßgebend:

**A. betr. Quelle 1 im Gewinn „Am Rettweg“:****I. Zone I (Fassungsbereich):**

Dieser Fassungsbereich wird in der Gemarkung Winkel auf dem Flurstück Nr. 237/1 und auf dem südlichen Teil des Flurstückes Nr. 235 gebildet, der nach N durch eine Gerade begrenzt wird, die im Abstand von 24 m parallel zur Grenze zwischen den Flurstücken Nr. 235 und Nr. 237/1 von der SW- zur NO-Seite des Flurstückes Nr. 235 verläuft.

**II. Zone II (engere Schutzzone):**

Die engere Schutzzone für diese Quelle wird in der Gemarkung Winkel auf folgenden Flurstücken gebildet:

Nr. 236, 238/1, 239, 240, 241, 242, dem südlich des Weges Parzelle Nr. 218/3 liegenden Teil des Flurstückes Nr. 234/1, Nr. 235 (mit Ausnahme des auf den Fassungsbereich entfallenden Anteils) und dem östlichen Teil des Flurstückes Nr. 215/2, der nach W durch eine Gerade vom SW-Eckpunkt des Flurstückes Nr. 236 Richtung S auf die Grenze zwischen den Flurstücken Nr. 242 und Nr. 243 begrenzt wird.

**B. betr. Quellen 2 und 3 in den Gewannen „Schäferwies“ und „Die Ackerwies“:****I. Zone I (Fassungsbereich):**

Der Fassungsbereich für diese beiden Quellen wird in der Gemarkung Winkel auf Teilen der Flurstücke Nr. 163, 164, 165 (Weg), 166, 168 und 173 sowie auf dem Weg Parzelle Nr. 167 gebildet. Die Grenze dieser Zone verläuft im N vom nördlichsten Eckpunkt des Flurstückes Nr. 173 Richtung SO entlang der Grenze zwischen den Flurstücken Nr. 168 und 173 bis zum Polygonpunkt 244, dann 20 m Richtung O über das Flurstück Nr. 168 und in einer Geraden 140 m Richtung S (parallel zum Weg Parzelle Nr. 167 im Abstand von 12 m) über die Flurstücke Nr. 168, 166 und 165 (Weg) hinweg. Anschließend geht diese Grenze genau nach W über die Flurstücke Nr. 166, 163 und 165 (Weg) bis zur NW-Seite dieses Weges und endlich Richtung N über die Flurstücke Nr. 164 und 173 zum nördlichsten Eckpunkt des Flurstückes Nr. 173 (Ausgangspunkt).

**II. Zone II (engere Schutzzone):**

Die engere Schutzzone für diese beiden Quellen wird ebenfalls in der Gemarkung Winkel gebildet und erstreckt sich auf folgende Flurstücke:

Nr. 169, 170, 171, 256, 268, 269, die westlichen Teile der Flurstücke Nr. 257 und 259, begrenzt nach O durch die verlängerte Grenze zwischen den Flurstücken Nr. 267 und 268, einen 30 m breiten Streifen des Flurstückes Nr. 270 (270/1), gerechnet von der N-Seite dieses Flurstückes und im O bis zur verlängerten Grenze zwischen den Flurstücken Nr. 267 und 268, Nr. 166 (mit Ausnahme des Fassungsbereichs), den nördlichen Teil des Flurstückes Nr. 163 (163/1), im S begrenzt durch eine Gerade von der O-Seite (Abstand 35 m von der N-Seite) zur W-Seite (Abstand 110 m vom nördlichsten Eckpunkt dieses Flurstückes) sowie ohne den auf den Fassungsbereich entfallenden Teil, den östlichen Teil des Flurstückes Nr. 168 (mit Ausnahme des Fassungsbereichs und im W begrenzt durch eine Gerade vom nördlichsten Eckpunkt des Flurstückes Nr. 173 zur Grenze zwischen den Flurstücken Nr. 170 und 172, die B-47-Parzelle Nr. 271/4 (im N bis in Höhe der Grenze zwischen den Flurstücken Nr. 171 und 172 und im S bis 30 m südlich der N-Seite des Flurstückes Nr. 270 —) und schließlich die Wege-Parzelle Nr. 165 (mit Ausnahme des Anteils des Fassungsbereichs und im S auf eine Entfernung von 110 m heran vom nördlichsten Eckpunkt des Flurstückes Nr. 163);

**C. betr. die Quellen 1—3:****Zone III (weitere Schutzzone):**

Die weitere Schutzzone für das gesamte Wasserschutzgebiet wird in den Gemarkungen Winkel und Kolmbach gebildet, und zwar auf folgenden Flurstücken:

**I. In der Gemarkung Winkel:**

Nr. 172, 214/1, 214/2, 215/1, 216, 217, 220/1, 220/2, 221/1, 221/2, 222, 223, 224, 225, 226, 227, 228, 229, 230/1, 231/1, 232/1, 233/1, 243, 244, 245, 246/1, 248/1, 249/1, 250, 251/1, 252/1, 253/1, 254/1, 255/1, 258, 261, 262, 263, 264, 265, 266, 267, die östlichen Teile der Flurstücke Nr. 174 und 175 (begrenzt im W durch die Wegeparzelle Nr. 176), Nr. 164 u. 173 (jeweils mit Ausnahme des Fassungsbereichs), Nr. 163/1 (163), 168, 215/2, 257, 259, 234/1 und 270/1 (270) — jeweils mit Ausnahme des auf die engere Schutzzone bzw. den Fassungsbereich entfallenden Anteils —, die Straßenparzellen Nr. 247/20, 271/4 = B 47 (im W vom nordwestlichen Eckpunkt des Flurstückes Nr. 168 bis zum südwestlichen Eckpunkt des Flurstückes Nr. 270/1 [270] [mit Ausnahme der engeren Schutzzone]), die Wege-Parzellen Nr. 219, 218/3 u. 218/1 (im W bis zum nordwestlichen Eckpunkt des Flurstückes Nr. 214/1) und Nr. 165 (im S bis zum südwestlichen Eckpunkt des Flurstückes Nr. 163/1 (mit Ausnahme des Fassungsbereichs und der engeren Schutzzone);

**II. in der Gemarkung Kolmbach**

Nr. 213.

## § 3

**Verbote und Gebote**

Zum Schutze der einzelnen Zonen werden Verbote und Gebote erlassen.

Alle Verbote, die für die weitere Schutzzone (Zone III) gefordert werden, gelten auch für die engeren Schutzzonen (Zone II) und für die Fassungsbereiche (Zone I). Die Verbote der engeren Schutzzonen sind auch auf die Fassungsbereiche anzuwenden.

Im Bereich des gesamten Wasserschutzgebietes sind grundsätzlich alle Handlungen untersagt, die die Wasserversorgung gefährden können.

**A. Verbote:**

**I. für die weitere Schutzzone (Zone III), die vor allem den Schutz gegen weitreichende chemische und radioaktive Verunreinigungen und sonstige Beeinträchtigungen des Grundwassers gewährleisten soll, sind insbesondere verboten:**

- die Abwasserberegnung und Abwasserlandbehandlung,
- das Errichten von geschlossenen Wohnsiedlungen und gewerblichen Anlagen ohne Kanalisation,

- c) das Aufstellen und Lagern von Behältern für Heizöl und Treibstoffe von mehr als 40 cbm Inhalt und, im Falle fehlender zusätzlicher Sicherungsmaßnahmen, auch von solchen bis zu 40 cbm Inhalt,
- d) Rohöl- und Treibstoffleitungen,
- e) das Ablagern und Abfüllen von Öl oder Treibstoffen ohne zusätzliche Sicherungsmaßnahmen gegen Versickern in den Untergrund,
- f) das Ablagern von Öl, Teer, Phenolen und sonstigen Ölrückständen sowie von Giften, Schädlingsbekämpfungsmitteln in offene und nicht sorgfältig gedichtete Gruben,
- g) das Errichten von Flugplätzen, militärischen Anlagen und Übungsplätzen,
- h) das Errichten von Anlagen zur Gewinnung radioaktiven Materials und zur Gewinnung von Kernenergie,
- i) das Errichten von Kläranlagen,
- k) das Anlegen von Müllkippen und Halden mit auslaugbaren Bestandteilen,
- l) das Anlegen von Sickergruben,
- m) das Anlegen von Friedhöfen,
- n) das Anlegen von künstlichen Wasserflächen und Gewässern (Rückhaltebecken, Teichen, Gerinnen u. ä.),
- o) das Entleeren von Wagen der Fäkalienabfuhr,
- p) das Versenken von Kühlwasser in größerer Menge,
- q) größere Erdaufschlüsse ohne ausreichende Sicherungen,
- r) das Errichten von abwassergefährlichen Betrieben, wenn das Abwasser nicht vollständig und sicher aus dem Wasserschutzgebiet hinausgeleitet oder ausreichend aufbereitet wird. Als abwassergefährliche Betriebe sind diejenigen anzusehen, die unter Ziffer 5.4.4 im DVGW Arbeitsblatt W 101 von November 1961 aufgeführt sind;

**II. für die engere Schutzzone (Zone II), die vor allem den Schutz gegen bakteriologische Verunreinigung, wie sie von vielen menschlichen Tätigkeiten ausgeht, gewährleisten soll, sind insbesondere verboten:**

- a) das Errichten von Wohnungen, Stallungen, Gärfutter-silos und Gewerbebetrieben,
- b) das Weidenlassen von Tieren,
- c) das Anlegen und Betreiben von Kies-, Sand-, Torf-, Tongruben und Steinbrüchen,
- d) Bohrungen,
- e) das Ablagern von Schutt- und Abfallstoffen,
- f) das animalische Düngen, sofern die Dungstoffe nach der Anfuhr nicht sofort verteilt werden oder die Gefahr der oberirdischen Abschwemmung in den Fassungs-bereich besteht,
- g) das Düngen mit Ammoniakwasser aus Gaswerken und dergl.,
- h) landwirtschaftliches und gärtnerisches Bewässern mit nicht einwandfreiem Wasser,
- i) das Anlegen von Gärfermentieren,
- k) der Bergbau, wenn er zur Zerreißen guter Deckschichten oder zu Einmüldungen und offenen Wasseransammlungen führt,
- l) das Wagenwaschen,
- m) das Zelten sowie Benutzen von Wohnwagen, das Lagern, das Baden,
- n) das Anlegen und Benutzen von Parkplätzen,
- o) das Vergraben von Tierleichen,
- p) der Ausbau und die Neuanlage von für Motorfahrzeuge zugelassenen Straßen und Wegen, wenn das auf ihnen anfallende Wasser nicht mittels dichter Seitengräben bzw. Gerinnen oder Kanälen aus der engeren Schutzzone abgeführt wird,
- q) die Erweiterung des Straßennetzes,
- r) die Verwendung von phenolhaltigen Bindemitteln bei Straßenarbeiten,
- s) das Versickern von Abwasser,
- t) das Lagern von chemischen Mitteln zur Bekämpfung von Schädlingen und Aufwuchs (ihre Benutzung ist aber gestattet),
- u) das Lagern und Durchleiten von Öl, Benzin, Benzol u. a. wassergefährdenden Stoffen.

### III. Für den Fassungs-bereich (Zone I):

Der Fassungs-bereich soll den Schutz der Fassungs-anlage vor unmittelbaren Verunreinigungen und sonstigen Beeinträchtigungen gewährleisten. Es ist anzustreben, daß diese Fläche von der Begünstigten zu Eigentum erworben wird und ihr Eigentum bleibt, solange die Anlagen der öffentlichen Wasserversorgung dienen. Zulässig sind nur die zum Betrieb der Wasserversorgung notwendigen Anlagen. Sie sind jedoch mit wirksamen Vorrichtungen zum Schutz des Grundwassers auszustatten. Alle zum Betrieb erforderlichen Vorrichtungen sind so auszuführen, daß das Grundwasser nicht schädlich beeinflusst wird.

Verboten sind insbesondere:

- a) alle Verletzungen der belebten Bodenschicht und der Deckschichten,
- b) das Errichten von Bauwerken und sonstigen Anlagen, die nicht unmittelbar der Wassergewinnung und der Wasserversorgung dienen,
- c) jegliche landwirtschaftliche und gärtnerische Nutzung,
- d) das Ablagern und Abfüllen von Stoffen, die geeignet sind, die Wasserversorgung zu gefährden,
- e) das Durchtreiben und Weidenlassen von Tieren,
- f) die chemische Bekämpfung von Schädlingen und Aufwuchs,
- g) das Betreten durch Unbefugte.

### B. Gebote:

#### I. für die engere Schutzzone:

- a) Die für Motorfahrzeuge zugelassenen Straßen und Wege sind mit dichten Seitengräben oder Kanälen zu versehen, durch die das anfallende Oberflächenwasser zuverlässig aus der engeren Schutzzone abgeführt wird.
- b) Vorhandene schädliche Ablagerungen auf Grundstücken sind zu beseitigen.
- c) Mulden und Erdaufschlüsse sind mit einwandfreiem Material aufzufüllen.
- d) Das Gelände ist vor Überschwemmung zu schützen.
- e) Für die Beschilderung ist der Erlaß des Hessischen Ministers für Landwirtschaft und Forsten vom 20. 3. 1967 — I B 5 — 79 b 06.15 Tgb.-Nr. 613/67 — maßgebend. Die Beschilderung ist im Einvernehmen mit der unteren Wasserbehörde und dem Wasserwirtschaftsamt in Darmstadt vorzunehmen.

#### II. für den Fassungs-bereich:

- a) Die Fassungs-bereiche sind so einzufriedigen, daß ein unbefugtes Betreten ausgeschlossen ist.
- b) Sie sind mit einer zusammenhängenden Grasdecke zu versehen.
- c) Die Fassungs-bereiche sind gegen Erosion und Überschwemmung zu sichern.
- d) Die Deckschichten sind, wenn erforderlich, durch Aufbringen einwandfreien, gut reinigenden oder abdichtenden Materials zu verstärken.
- e) Das Gelände ist so anzulegen, daß alles Oberflächenwasser von den Quellsfassungen weggeleitet wird.
- f) Die Fassungs-bereiche sind ordnungsgemäß zu pflegen und zu unterhalten.
- g) Die durch den Fassungs-bereich der Quelle 2 und 3 führenden Wege (Parzelle Nr. 165 und 167) sind aus diesem Bereich herauszunehmen oder für die öffentliche Benutzung zu sperren.

Die unter I. und II. aufgeführten Maßnahmen sind von dem Eigentümer bzw. Nutzungsberechtigten zu dulden.

### § 4

Weitergehende gesetzliche Bestimmungen (insbesondere §§ 26 und 34 des Wasserhaushaltsgesetzes und § 26 des Hessischen Wassergesetzes) und ihre Ausführungsbestimmungen sowie die Befugnisse d. Gesundheitsbehörden auf Grund des Bundesseuchengesetzes vom 18. 7. 1961 (BGBl. I S. 1012) in der Fassung vom 23. 1. 1963 (BGBl. I S. 57) bleiben unberührt.

## § 5

Bei behördlichen Genehmigungen für den Bereich des vorgenannten Schutzgebietes sind die besonderen Schutzbestimmungen dieser Anordnung zu beachten.

Der Landrat des Landkreises Bergstraße hat die Durchführung dieser Anordnung unbeschadet anderer gesetzlicher Zuständigkeiten zu überwachen. Er kann im Einvernehmen mit dem Wasserwirtschaftsamt (§ 92 Hessisches Wassergesetz) Ausnahmen von den Vorschriften des § 3 zulassen.

## § 6

Zu widerhandlungen gegen diese Anordnung können nach §§ 41, 42 des Wasserhaushaltsgesetzes, wenn sie vorsätzlich begangen werden, mit einer Geldbuße bis zu 10 000,— DM, und wenn sie fahrlässig begangen werden, mit einer Geldbuße bis zu 5000,— DM geahndet werden.

## § 7

Diese Anordnung mit allen Anlagen kann jederzeit eingesehen werden bei dem

1. Regierungspräsidenten in Darmstadt — Wasserrechtsdezernat —, Darmstadt, Luisenplatz 2,
2. Landrat des Landkreises Bergstraße — untere Wasserbehörde —, Heppenheim a. d. B.,
3. Wasserwirtschaftsamt in Darmstadt, Neckarstr. 4—6,
4. Kreisausschuß des Landkreises Bergstraße — Kreisbauamt —, Heppenheim a. d. B.,
5. Hessischen Landesamt für Bodenforschung, Wiesbaden, Leberberg 9/11.

## § 8

Diese Anordnung tritt am Tage nach der Veröffentlichung im Staatsanzeiger für das Land Hessen in Kraft.

Darmstadt, 6. 11. 1967

**Der Regierungspräsident**

III/5 — 79 e 04/01 (6381) — W

In Vertretung:

gez. Dr. Wierscher

StAnz. 6/1968 S. 202

**181****Schonwallerklärung in der Gemarkung Alsbach, Landkreis Darmstadt**

Auf Antrag des Gemeindevorstandes der Gemeinde Alsbach an der Bergstraße erkläre ich gemäß § 19 des Hessischen Forstgesetzes vom 10. 11. 1954 (GVBl. S. 211) in der Fassung des 1. Änderungsgesetzes vom 21. 3. 1962 (GVBl. S. 170) in Verbindung mit der 7. Durchführungsanordnung zum Hessischen Forstgesetz vom 4. 4. 1963 (StAnz. S. 514) die nachstehend genannten Grundstücke zu Schonwald:

**Gemarkung Alsbach**

Flur 1 Nr. 403/3, 509/2, 556,

Flur 3 Nr. 215/2, 215/3, 215/4, 235,

Flur 5 Nr. 205,

Flur 6 von Nr. 49, 50,

Flur 7 Nr. 1, 2,

Flur 8 Nr. 133, 134, 135,

Flur 16 Nr. 183/1, 183/2, 183/6, 187/2, 187/3, 188/1, 189/2, 190,

Flur 17 Nr. 1/1,

Flur 18 Nr. 1/1, 7/2, 9,

Flur 19 Nr. 1/4 und

Flur 20 Nr. 1/4.

Die Gesamtfläche dieser Grundstücke, die der Gemeinde Alsbach an der Bergstraße gehören, beträgt 215,3895 Hektar. Die Grenzen des Schonwaldes sind auf einer Karte dargestellt, die bei meiner Behörde eingesehen werden kann.

Die Schonwallerklärung erfolgt gemäß § 19 Absatz 1 Ziffer 2 HessForstG, um den Wald als Erholungsstätte für die Bevölkerung zu erhalten.

Auflagen werden mit dieser Erklärung nicht verbunden. Die ordnungsgemäße Bewirtschaftung als Wald im Sinne des Hessischen Forstgesetzes bleibt der Gemeinde Alsbach uneingeschränkt gestattet.

Die Schonwaldeigenschaft ist im Waldverzeichnis eingetragen worden.

Darmstadt, 23. 12. 1967

**Der Regierungspräsident**

IV/6 6754 F 11 — 19

StAnz. 6/1968 S. 205

**Buchbesprechungen**

**Hessisches Besoldungsrecht.** Kommentar, 2., neubearbeitete Auflage, von Otto Schmidt, Oberregierungsrat im Hessischen Landespersonalamt; Taschenformat, vereinfachte Permanentausgabe mit Druckknopfumschlag, 3. Lieferung November 1967, 320 Seiten, 31,— DM. Deutscher Gemeindeverlag GmbH, Wiesbaden.

Mit der nun vorliegenden Lieferung, die in einem eigenen Druckknopfumschlag zusammengefaßt ist, wird der an dieser Stelle (StAnz. 1967 S. 1217) empfohlene Loseblattkommentar vervollständigt. Die Lieferung enthält, abgesehen von dem Abkürzungsverzeichnis, das noch in den ersten Band gehört, den Text der in den Anhang aufgenommenen ergänzenden Vorschriften. Dabei handelt es sich insbesondere um die Rahmenvorschriften des Bundesbeamtengesetzes in der Fassung des Ersten Besoldungsneuregelungsgesetzes vom 1. 6. 1967 (BGBl. I S. 629), die Besoldungsänderungs- und die Besoldungserhöhungsgesetze nebst den dazu ergangenen Durchführungserslassen, einen Auszug aus dem Ortsklassenverzeichnis, das Gesetz über die Ministerbezüge, das Wahlbeamtenbezugsgesetz, die Verordnung über die Aufwandsentschädigung der ehrenamtlichen Bürgermeister und Kassenverwalter der Gemeinden und das Gesetz über die Gewährung einer jährlichen Sonderzuwendung. Von den Verordnungen sind die Unterhaltszuschußverordnung und die Eingruppierungsverordnung besonders zu erwähnen. In den Abschnitten „Verwaltungsvorschriften und Erlasse“ sind u. a. die Verwaltungsvorschriften zu den §§ 6—20 des Hessischen Besoldungsgesetzes vom 18. 12. 1959 aufgenommen worden, deren überholte Regelungen durch Kursivdruck kenntlich gemacht sind. Damit liegt der Kommentar nun geschlossen vor. Rechtsänderungen seit November 1967, also auch das Erste Hessische Besoldungsneuregelungsgesetz, sollen durch weitere Ergänzungslieferungen berücksichtigt werden.

Regierungsdirektor Dr. Pittermann

**Bundesversorgungsgesetz.** Kommentar von Dres. Schieckel und Gurgel. 21. und 22. Ergänzungslieferung, 85 und 144 Blätter, Preis der Neuerscheinungen 23,80 DM und 26,— DM, Preis des Gesamtwerkes einschließlich dieser Ergänzungen 57,50 DM, Verlag R. S. Schulz, München und Percha am Starnberger See.

Diese beiden Ergänzungslieferungen bringen das Werk auf den Stand vom 1. 8. 1967 und schließen die Überarbeitung der Kommentierung des Bundesversorgungsgesetzes unter Berücksichtigung des 3. Neuordnungsgesetzes weitgehend ab. Dabei wird die Rechtsprechung hinreichend berücksichtigt. Im Band IV des Gesamtwerkes werden zusätzlich wichtige Rundschreiben des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung aufgenommen, die für die Praxis, besonders der Versorgungsverwaltung, von Bedeutung sind.

**Winterfütterung der Vögel.** Broschüre herausgegeben von der Vogelschutzkarte für Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland, 6 Frankfurt am Main-Fechenheim, Steinauer Str. 44, mit finanzieller Unterstützung des Hessischen Ministeriums für Landwirtschaft und Forsten in Wiesbaden. 18 Seiten, 10 Abb. von Futtergeräten und 16 Abb. von Vögeln, 1967. Das Buch wird kostenlos geliefert. Selbstverlag: Vogelschutzkarte für Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland, Ffm.

Wenn Schnee und Eis die Natur beherrschen, bricht für die bei uns bleibenden Vögel eine schwere Zeit an. Die sonst reichhaltigen Nahrungsquellen schrumpfen auf ein Minimum zusammen und Meisen, Finken, Spechte, Kleiber, Zaunkönige, Stare, Amseln sowie die aus dem Norden und Nordosten Europas zu uns kommenden Bergfinken, Zeisige, Dompfaffen, Rotkehlchen und Seidenschwänze sind auf unsere Hilfe angewiesen. Nun erhebt sich für viele Menschen die Frage, wie, wo und was kann gefüttert werden. Hier soll die von der Vogelschutzkarte herausgegebene Broschüre beraten und helfen. In 12 Abschnitten wird der Leser über alle wichtigen Punkte informiert.

Zunächst werden die Fragen warum und wann eine Fütterung notwendig ist, klargestellt. Wer die Absicht hat, ein Futterhaus zu kaufen, erhält ebenfalls Ratschläge, wie derjenige, der sich seine Winterfuttergeräte selbst basteln will. Maße, Bastelanleitungen usw. geben hierüber hinreichend Auskunft. Alle zur Selbstherstellung beschriebenen Geräte sind abgebildet, insgesamt 10 verschiedene Typen für die unterschiedlichsten örtlichen Gegebenheiten. Eingehend wird dargelegt, was und wie gefüttert wird. Der Leser erfährt, was man unter Körnerfresser, Weichfresser, Greifvögel, Eulen und Wasservögel versteht. Es zeigt sich, daß jede der aufgeführten Vogelgruppen ihre Eigenarten hat und dem entsprechend mit Futter zu versorgen ist. Neben den Vogelarten werden die Futtergeräte und das zweckmäßigste Futter genannt. Außerdem erhält der Leser Auskunft über ungeeignetes Futter, Trinkwasser, ungebundene Gäste und die Selbstherstellung des Winterfutters. Hingewiesen sei ferner auf die Abbildungen der häufigsten Futtergäste. Die Bilder sollen dazu beitragen, die Vögel leichter zu erkennen. Wer sich intensiver mit Vogelschutz und Vogelbeobachtung beschäftigen will, findet am Schluß eine kleine Auswahl von Literatur und die Anschriften der für die einzelnen Bundesländer zuständigen Vogelschutzwarten.

Wer das Heftchen aufmerksam liest und die gegebenen Ratschläge befolgt, kann die Gewißheit haben, seinen gefiederten Freunden im Winter die richtige Kost am rechten Ort dargereicht zu haben. Die Broschüre selbst kann von der Vogelschutzkarte bezogen werden.

Dr. Keil, Leiter der Vogelschutzkarte für Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland, Ffm.-Fechenheim

1968

Montag, den 5. Februar 1968

Nr. 6

## 401 Aufgebote

3 F 2/67 — **Aufgebot:** Die Ehefrau des Maurers Andreas Rothschadl, Hilde, geb. Jakob, in Wilsbach, — vertreten durch Rechtsanwalt Otto W. Schneider in Gladenbach —, hat das Aufgebot zum Zwecke der Ausschließung des in der Gemarkung Wilsbach belegenen, im Grundbuch von Wilsbach, Band 14, Blatt 510, verzeichneten Grundstücks,

Flur 11, Nr. 40, Grünland, die Pankelswiesen, Größe 1,92 Ar,

eingetragene Eigentümer, Schuhmachermeister Jakob Valentin II., in Wilsbach, beantragt.

Schuhmachermeister Jakob Valentin II. ist am 6. 2. 1917 in Wilsbach gestorben.

Es ergeht an die Rechtsnachfolger des eingetragenen Eigentümers die Aufforderung, spätestens in dem auf den 15. Mai 1968, um 12.00 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht anberaumten Aufgebots-termin ihre Rechte an dem Grundstück anzumelden, widrigenfalls ihre Ausschließung erfolgen wird.

3568 Gladenbach, 18. 10. 1967

Amtsgericht

## 402

3 F 3/67 — **Aufgebot:** Der Hüttenarbeiter Walter Pitz, in Hüttenal-Weidenau, Im Hainchen 5, — vertreten durch Rechtsanwalt Otto W. Schneider, Gladenbach —, hat beantragt, folgende Urkunde aufzubieten:

Hypothekenbrief über die im Grundbuch von Runzhausen, Band 2, Blatt 73, in Abt. III, Nr. 7, für die Kreissparkasse zu Biedenkopf eingetragene Hypothek in Höhe von 2400,— RM nebst 5% unter Umständen bis zu 8 v. H. jährlichen Zinsen eingetragen am 21. Mai 1938 für ein den Eheleuten Erdarbeiter Karl Wilhelm Kaltwasser und Maria, geb. Pitz, gewährtes Darlehn.

Der Inhaber dieser Urkunde wird aufgefordert, spätestens im Aufgebotstermin am 22. Mai 1968, um 12.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Gießener Straße Nr. 27, seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, sonst wird das Gericht die Urkunde für kraftlos erklären.

3568 Gladenbach, 24. 10. 1967

Amtsgericht

## 405

8 F 7/67 — **Aufgebot:** Frau Ursula Grandoch, 6236 Eschborn, Neugasse 20, vertreten durch Rechtsanwalt Dr. Weispfenig, Frankfurt (Main), Hammanstraße 3, hat beantragt, folgende Urkunde aufzubieten:

Grundschuldbrief über 22 000,— DM nebst 10 v. H. Zinsen seit dem 10. Juli 1964 für die Bausparkasse Gemeinschaft der Freunde Wüstenrot gemeinnützige Gesellschaft mbH., in Ludwigsburg. Eingetragen im Grundbuch von Dietzenbach, Band 79, Blatt 3628, Abt. III, Nr. 1.

Jeder Inhaber dieser Urkunde wird aufgefordert, spätestens im Aufgebotstermin am Mittwoch, dem 24. Juli 1968, um 9.00

Uhr, im Gerichtsgebäude, Offenbach (Main), Kaiserstraße 16, 1. Obergeschoß, Zimmer Nr. 32, seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, sonst wird das Gericht die Urkunde für kraftlos erklären.

605 Offenbach (Main), 18. 1. 1968

Amtsgericht

## 404 Güterrechtsregister

### Neueintragung

GR 852 — 19. 1. 1968: Ernst Friedrich Krah, Kaufmann, und Herta Leopoldine, geb. Winkelbauer, Bad Nauheim.

Durch notariellen Vertrag vom 15. Februar 1965 ist Gütertrennung vereinbart.

635 Bad Nauheim, 19. 1. 1968

Amtsgericht

## 405

GR 1257 — 14. Dezember 1967: Die Eheleute Theodor Taras Palazy, Konstrukteur, in Weiterstadt, und Waltraud Susanne, geb. Gräber, in Darmstadt, haben durch Vertrag vom 6. November 1967 Gütertrennung vereinbart.

GR 1258 — 19. Dezember 1967: Die Eheleute Erich Dietrich, Weißbinder, und Ursula, geb. Süntzenich, beide in Pfungstadt bei Darmstadt, haben durch Vertrag vom 27. November 1967 Gütertrennung vereinbart.

GR 1259 — 22. Dezember 1967: Die Eheleute Hermann Wilhelm Stephan, Werkmeister, und Elisabeth, geb. Stampe, beide in Darmstadt-Eberstadt, haben durch Vertrag vom 4. Dezember 1967 Gütertrennung vereinbart.

GR 1260 — 9. Januar 1968: Die Eheleute Emil Schweitzer, Versicherungskaufmann, und Bärbel Ursula, geb. Heilmann, beide in Darmstadt, haben durch Vertrag vom 15. Dezember 1967 Gütertrennung vereinbart.

GR 1261 — 9. Januar 1968: Die Eheleute Hans-Joachim Schulz, Kaufmann, und Karin, geb. Krzysch, beide in Erzhausen, haben durch Vertrag vom 11. Aug. 1967 Gütertrennung vereinbart.

GR 1262 — 9. Januar 1968: Die Eheleute Heinz Bangert, Maschinenschlosser, und Irene, geb. Hirsch, beide in Weiterstadt, haben durch Vertrag vom 12. Dezember 1967 Gütergemeinschaft vereinbart.

GR 1263 — 10. Januar 1968: Die Eheleute Horst Riegler, techn. Angestellter, und Ursula, geb. Groth, beide in Darmstadt, haben durch Vertrag vom 21. Dezember 1967 Gütertrennung vereinbart.

GR 1264 — 10. Januar 1968: Die Eheleute Hermann Josef Richarz, Dipl.-Ing., und Brigitte, geb. Frank, beide in Erzhausen, haben durch Vertrag vom 27. Dezember 1967 Gütertrennung vereinbart.

GR 1265 — 12. Januar 1968: Die Eheleute Hans Speckhardt, Bundesbahnbeamter, und Hedwig, geb. Hermann, beide in Darmstadt, haben durch Vertrag vom 7. Dezember 1967 Gütertrennung vereinbart.

61 Darmstadt, 9. 1. 1968

Amtsgericht

## 406

GR 235 — 15. 1. 1968: Die Eheleute Bernhard Göbel und Elisabeth Maria, geb. Hotz, beide in Groß-Zimmern, haben durch Vertrag vom 5. Dez. 1967 Gütertrennung vereinbart.

611 Dieburg, 15. 1. 1968

Amtsgericht

## 407

GR 472: Kaufmann Karl Mohr und Erika, geb. Leuber, Hettenhausen (Krs. Fulda), Nr. 177.

Durch notariellen Vertrag vom 7. Dezember 1967 ist Gütertrennung vereinbart.

6412 Gersfeld, 19. 1. 1968

Amtsgericht Fulda  
Zweigstelle Gersfeld

## 408

GR 1983 — 18. 1. 1968: Eheleute technischer Kaufmann Herbert Wunderlich und Valentine, geb. Schmalz, in Gießen.

Durch Vertrag vom 28. November 1967 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 1984 — 22. 1. 1968: Eheleute Kaufmann Manfred Hermann Groos und Rita Marlene, geb. Meisinger, in Gießen.

Durch Vertrag vom 24. Oktober 1967 ist Gütertrennung vereinbart.

63 Gießen, 24. 1. 1968

Amtsgericht

## 409

GR 123 — Eintragung vom 6. Sept. 1967: Fotograf Ferdinand Sitt und Ehefrau Anna Ingrid, geb. Timm, in Bottenhorn.

Durch notariellen Vertrag vom 4. Aug. 1967 — Urk.-R.-Nr. 412/67 des Notars Dr. jur. Erich Nassauer in Gladenbach — ist die Zugewinngemeinschaft aufgehoben und Gütertrennung vereinbart.

3568 Gladenbach, 28. 1. 1968

Amtsgericht

## 410

41 GR 1094 — 11. 1. 1968: Kellner Peter Achtzehner und Heide, geb. Gerner, in Hanau, haben durch Vertrag vom 2. Nov. 1967 Gütertrennung vereinbart.

645 Hanau, 19. 1. 1968

Amtsgericht, Abt. 41

## 411

41 GR 1096 — 18. 1. 1968: Kraftfahrzeugmeister Günther Mannl und Gertraud, geb. Kalkhof, in Großkrotzenburg, haben durch Vertrag vom 9. 11. 1967 Gütertrennung vereinbart.

645 Hanau, 19. 1. 1968

Amtsgericht, Abt. 41

## 412

41 GR 1097 — 18. 1. 1968: Speditionskaufmann Alfred Munkelt und Ilse, geb. Hohn, in Dörnigheim, haben durch Vertrag vom 16. 11. 1967 Gütertrennung vereinbart.

615 Hanau, 19. 1. 1968

Amtsgericht, Abt. 41

**413**

41 GR 1098 — 18. 1. 1968: Kaufmann Friedrich Höll und Gerda, geb. Liedtke, in Ostheim (Krs. Hanau), haben durch Vertrag vom 5. 12. 1967 Gütertrennung vereinbart.

645 Hanau, 19. 1. 1968

Amtsgericht, Abt. 41

**414**

GR 407: Eheleute Landwirt Heinrich Dehnert und Gerda, geb. Wildner, in Mansbach (Krs. Hünfeld).

Durch Vertrag vom 22. Dez. 1967 ist Gütergemeinschaft vereinbart. Die Ehegatten verwalten das Gesamtgut gemeinschaftlich.

6418 Hünfeld, 23. 1. 1968

Amtsgericht

**415****Neueintragung**

3 GR 359: Dr. Klink, Hans-Jürgen, wissenschaftlicher Rat, in Großalmerode, Nordstraße 33, und Brigitte, geb. Wiegand, Lehrerin.

Durch Vertrag vom 2. Januar 1968 ist Gütertrennung vereinbart.

343 Witzzenhausen, 24. 1. 1968

Amtsgericht

**416 Vereinsregister**

VR 902 — 15. Januar 1968: Stenografen-Vereinigung 1898 Darmstadt, in Darmstadt.

Durch Beschluß der Mitgliederversammlung vom 27. Oktober 1967 ist der Verein aufgelöst. Zu Abwicklern sind bestellt: Hans Vollrath, kaufm. Angestellter, in Darmstadt; Hans Presser, Regierungshauptsekretär a. D., in Darmstadt; Kurt Schantz, Steuerinspektor, in Darmstadt, und Günter Wurzel, Verwaltungsoberinspektor, in Darmstadt.

VR 1150 — 15. Januar 1968: Gesellschaft für elektrische Herzdiagnostik in Darmstadt.

61 Darmstadt, 9. 1. 1968

Amtsgericht

**417**

5 VR 566 — 3. 1. 1968: Verein für christliche Begegnung e. V., in Petersberg (Krs. Fulda).

5 VR 567 — 3. 1. 1968: Obst- und Gartenbauverein Fulda-Horas e. V., in Fulda.

64 Fulda, 22. 1. 1968

Amtsgericht, Abt. 5

**418****Neueintragung**

5 VR 274 — 23. Januar 1968: Unterstützungsverein der Volksbank Kreis Bergstraße eGmbH., Lampertheim; Sitz: Lampertheim.

684 Lampertheim, 23. 1. 1968

Amtsgericht

**419****Neueintragung**

5 VR 227 — 24. Januar 1968: Zeugen Jehovas Versammlung Viernheim; Sitz: Viernheim.

684 Lampertheim, 24. 1. 1968

Amtsgericht

**420****Neueintragung**

VR 232 — 23. Januar 1968: Motor-Sport-Team DREIEICH e. V.; Sitz: Langen (Hessen).

607 Langen, 23. 1. 1968

Amtsgericht

**421**

VR 129 — 23. Januar 1968: Fußballclub 1964 Gilfershausen; Sitz: Gilfershausen.

6442 Rotenburg (Fulda), 23. 1. 1968

Amtsgericht

**422**

VR 139 — 23. 1. 1968: Turn- und Sportverein 1907 Gräveneck, in Gräveneck.

629 Weilburg, 23. 1. 1968

Amtsgericht

**423**

VR 140 — 26. 1. 1968: Jehovas Zeugen Versammlung Weilburg, in Weilburg.

629 Weilburg, 26. 1. 1968

Amtsgericht

**424 Vergleiche — Konkurse****Beschluß**

6 N 28 A und B/67: In dem Konkursverfahren über das Vermögen

a) der Firma Werner Freitag KG, Baubetreuung, Baufinanzierung, Verkauf, Bad Homburg v. d. H., Weinbergsweg 15, vertreten durch ihren persönlich haftenden Gesellschafter, den Architekten Werner Freitag,

b) des Architekten Werner Freitag, Bad Homburg v. d. H., Weinbergsweg 15,

wird Termin zur Beschlußfassung über Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, Wahl eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in §§ 132, 134 und 137 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf Freitag, den 1. März 1968, um 11.30 Uhr, vor dem Amtsgericht in Bad Homburg v. d. H., Auf der Steinkaut 10/12, I. Stock — Saal 1 — anberaumt.

638 Bad Homburg v. d. H., 26. 1. 1968

Amtsgericht

**425**

4 N 4/66: Das Konkursverfahren über das Vermögen des Maschinenbauingenieurs Willy Rudolf Foerster, in Bensheim (übergeleiteter Nachlaßkonkurs), ist nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.

Die Vergütung des Konkursverwalters ist auf 35 000.— DM, seine Auslagen sind auf 5566,19 DM festgesetzt.

Die Vergütung der Mitglieder des Gläubigerausschusses ist auf 11 000.— DM, ihre Auslagen sind auf 637,20 DM festgesetzt.

614 Bensheim, 16. 1. 1968

Amtsgericht

**426**

N 1/63: In dem Konkursverfahren über den Nachlaß des am 3. April 1964 verstorbenen Rechtsbeistandes Konrad Wetzel-Eggers, in Oberdieten, soll eine Abschlagsverteilung stattfinden.

Verfügbar sind 11 401,94 DM. Zu berücksichtigen sind 20 081,78 DM nicht bevorrechtigte Forderungen.

Das Verzeichnis der zu berücksichtigenden Forderungen ist auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts (Konkursgericht) in Biedenkopf, Aktenzeichen N 1/63, niedergelegt.

356 Biedenkopf (Lahn), 19. 1. 1968

Der Konkursverwalter:

Karl Schuster

Rechtsanwalt und Notar

**427**

61 N 37/66: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Architekten Kurt Meinke, Darmstadt, Adelsstraße 56, wird das Verfahren aufgehoben, da der Schlußtermin stattgefunden hat.

61 Darmstadt, 19. 1. 1968

Amtsgericht, Abt. 61

**428**

61 N 67/66: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Lebensmittelkaufmanns Bruno Grussan, Darmstadt, Eckardtstraße 26, soll die Schlußverteilung erfolgen.

Der verfügbare Massebestand beträgt 801,63 DM, wozu die aufgelaufenen Zinsen treten. Dagegen gehen ab: Das Honorar und die Auslagen des Konkursverwalters.

Zu berücksichtigen sind 1606,95 DM bevorrechtigte und 43 835,96 DM nicht bevorrechtigte Forderungen.

Das Schlußverzeichnis liegt zur Einsicht für die Beteiligten auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Darmstadt auf.

61 Darmstadt, 23. 1. 1968

Der Konkursverwalter:

Dr. G. Mittelstädt

Rechtsanwalt u. Notar

**429**

N 1/68: In dem Anschlußkonkursverfahren über das Vermögen des Horst Trageiser, Inhaber der Firma „Unternehmensberatung Horst Trageiser, Organisations- und Ausbildungsberatung“, Dieburg, Minnefeld 10, ist offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 31. 1. 1968 angeordnet.

611 Dieburg, 30. 1. 1968

Amtsgericht

**430****Beschluß**

N 7/66: In der Nachlaßkonkurssache, betreffend den am 11. Mai 1961 verstorbenen Handelsvertreter Anton Knösch, zuletzt in Niederwalluf, wird das Konkursverfahren nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.

6228 Eltville, 29. 1. 1968

Amtsgericht

**431****Beschluß**

81 N 268/67: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Ingenieurs Franz Josef Gattys, Zeppelinheim (Krs. Offenbach), Dr.-Eckener-Platz 7, alleiniger Inhaber der Firma Franz Josef Gattys Ingenieurbüro für Chem. Maschinen- und Apparatebau, Frankfurt (Main), Vilbeler Straße 36, ist zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen Termin auf Freitag, den 16. Februar 1968, mittags, um 11.25 Uhr, vor dem Amtsgericht in Frankfurt (Main), Große Friedberger Straße 7-11, V. Stock, Zimmer Nr. 507, anberaumt.

6 Frankfurt (Main), 18. 1. 1968

Amtsgericht, Abt. 81

432

## Beschluss

81 N 123/66: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Helmut Wilhelms, Frankfurt (Main), Rothschildallee 11, alleinigen Inhabers der 1. Firma Helmut Wilhelms, Baubetreuung, Frankfurt (Main), Rothschildallee 11, 2. Firma Helmut Wilhelms, Metallwarenfabrik, Mühlheim (Main), Lämmerspielstraße 107, 3. Firma Helmut Wilhelms, Volkswagenvertragswerkstatt, Bad Vilbel, Friedberger Straße 90, wird zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen Termin auf den 22. März 1968, um 9.30 Uhr, vor dem Amtsgericht in Frankfurt (Main), Große Friedberger Straße 7-11, V. Stock, Zimmer 507, anberaumt.

6 Frankfurt (Main), 19. 1. 1968

Amtsgericht, Abt. 81

433

## Beschluss

81 N 276/61: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der EVG-O-Matic, Handelsgesellschaft für Deutsche und Amerikanische Waren und Maschinen mbH., Frankfurt (Main), Hebelstraße 11, wird der Schlußtermin auf Freitag, den 1. März 1968, vorm., um 8.55 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt (Main), Gr. Friedberger Straße 7-11, V. Stock, Zimmer 507, anberaumt.

Der Termin dient zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen.

Die Vergütung des Konkursverwalters wird auf 10 000,— DM, die ihm zu erstattenden Auslagen werden auf 609,28 DM festgesetzt.

6 Frankfurt (Main), 22. 1. 1968

Amtsgericht, Abt. 81

434

## Beschluss

81 N 268/67: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Ingenieurs Franz Josef Gattys, Zeppelinheim (Krs. Offenbach), Dr.-Eckener-Platz 7, alleiniger Inhaber der Firma Franz Josef Gattys, Ingenieurbüro für Chem. Maschinen- und Apparatebau, Frankfurt (Main), Vilbeler Straße 36, wird eine Gläubigerversammlung auf 16. Februar 1968, um 11.30 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt (Main), Gr. Friedberger Straße 7-11, Zimmer 507, anberaumt.

Tagesordnung: Beschlußfassung über etwa zu stellende Anträge auf Entlassung des Verwalters, auf Widerruf der Bestellung der Gläubigerausschußmitglieder und deren anderweitige Neuwahl.

6 Frankfurt (Main), 22. 1. 1968

Amtsgericht, Abt. 81

435

81 N 545/67 — Konkursverfahren: Über das Vermögen der Metron - Handelsgesellschaft mbH. in Liquidation, Frankfurt (Main), Rohrbachstr. 52, früher Friedberger Landstr. 5, wird heute, am 22. Jan. 1968, um 15.45 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Herbert Schminck, Frankfurt (Main), Emil-Claar-Straße 20; Tel.: 72 55 84.

Konkursforderungen sind bis zum 21. Februar 1968 zweifach schriftlich, Zinsen mit dem bis zur Eröffnung errechneten Betrag bei Gericht anzumelden. Erste Gläubigerversammlung mit Tagesordnung nach §§ 80, 87 II, 132, 134, 137 KO, und Prüfungstermin: 22. März 1968, um 10.00 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt (Main), Große Friedberger Straße 7-11, V. Stock, Zimmer 507. Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 21. Februar 1968 ist angeordnet.

6 Frankfurt (Main), 24. 1. 1968

Amtsgericht, Abt. 81

436

81 N 276/61: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der EWG-O-Matic, Handelsgesellschaft für Deutsche und Amerikanische Waren und Maschinen mbH., 6 Frankfurt (Main), Hebelstraße 11, soll die Schlußverteilung stattfinden.

Es stehen hierfür, nachdem bereits die Vorrechte I/I befriedigt sind, noch 27 845,45 DM zur Verfügung, von denen noch die Kosten des Verfahrens und für einen Rechtsstreit abgehen. Es sind noch zu berücksichtigenden Vorrechte I/II 43 985,88 DM, I/III 1161,40 DM und nicht bevorrechtigte Forderungen mit 165 701,21 DM.

Das Schlußverzeichnis liegt auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Frankfurt (Main) offen.

6 Frankfurt (Main), 29. 1. 1968

Der Konkursverwalter:  
Helmut Burghardt  
Rechtsbeistand

437

50 N 8/66: In dem Konkursverfahren über den Nachlaß des am 10. Dezember 1965 in Kassel verstorbenen Kaufmanns Karl Friedrich Holst, zuletzt wohnhaft gewesen in Kassel, Eberhard-Wildermuthstraße 96, ist zur Abnahme der Schlußrechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis und zur Beschlußfassung der Gläubiger über die nicht verwertbaren Vermögensstücke der Schlußtermin auf den 22. Februar 1968, um 9.00 Uhr, vor dem Amtsgericht in Kassel, Frankfurter Straße 11 (Saalbau), Zimmer 143, bestimmt.

Die Vergütung des Konkursverwalters ist auf 588,80 DM, seine Auslagen sind auf 61,20 DM festgesetzt.

35 Kassel, 17. 1. 1968

Amtsgericht

438

50 N 23/67: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Hausfrau Anna-Luise Bahrke, geb. Wicke, Kassel, Weidelsburgstraße 1, als persönlich haftende Gesellschafterin der früheren Firma Wilhelm Wicke oHG., Kassel, Mattenbergstraße 66/68, ist zur Anhörung der Gläubiger über die Anregung des Konkursverwalters auf Einstellung des Verfahrens mangel Masse (§ 204 KO), gegebenen-

falls zur Abnahme der Schlußrechnung des Konkursverwalters und zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen der Schlußtermin auf den 5. März 1968, um 8.00 Uhr, vor dem Amtsgericht Kassel, Frankfurter Straße 11 (Landgerichtsgebäude), Zimmer 15, bestimmt.

35 Kassel, 22. 1. 1968

Amtsgericht

439

50 N 4/67: In dem Konkursverfahren über den Nachlaß der am 26. 9. 1966 verstorbenen Frau Gertrud Elise Margarete Wulff, geb. Hoff, zuletzt wohnhaft in Kassel, Motzstraße 8, ist zur Abnahme der Schlußrechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis und zur Beschlußfassung der Gläubiger über die nicht verwertbaren Vermögensstücke der Schlußtermin auf den 5. März 1968, um 8.30 Uhr, vor dem Amtsgericht Kassel, Frankfurter Straße 11 (Landgerichtsgebäude), Zimmer 15, bestimmt.

Die Vergütung des Konkursverwalters ist auf 500,— DM, seine Auslagen sind auf 20,— DM festgesetzt.

35 Kassel, 24. 1. 1968

Amtsgericht

440

50 N 10/68 — Konkursverfahren: Über das Vermögen der Hessischen Schwellenverwertung, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Kassel, Akazienweg 7, vertreten durch ihren Geschäftsführer, Kaufmann Werner Müller in Kassel, ist am 24. Januar 1968, um 12.00 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Dr. Julius Linker, Kassel, Wolfsschlucht 31.

Konkursforderungen sind bis zum 5. April 1968 beim Gericht zweifach anzumelden. Termin zur Beschlußfassung über Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, Wahl eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in §§ 132, 134 und 137 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände: 7. März 1968, um 11.00 Uhr, vor dem Amtsgericht Kassel, Frankfurter Straße 11 (Saalbau), Zimmer 143, und Termin zur Prüfung angemeldeter Forderungen: 9. Mai 1968, um 9.00 Uhr, vor dem Amtsgericht in Kassel, Frankfurter Straße 9, Zimmer 108.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an den Schuldner verabfolgen oder leisten und muß den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Verwalter bis zum 29. Februar 1968 anzeigen.

35 Kassel, 24. 1. 1968

Amtsgericht

441

50 N 57/67: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Noll & Co., Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Anhängerspezialbetrieb, Sandershausen, Hannoversche Straße 1/2, ist Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen auf den 18. April 1968, um 11.00 Uhr, vor dem Amtsgericht Kassel, Frankfurter Straße 9, Zimmer 108, bestimmt.

35 Kassel, 25. 1. 1968

Amtsgericht



442

**Beschluß**

5 VN 1/68: In dem Vergleichsverfahren des **Friedrich Heinrich Gustav Hertel**, 607 Langen, Darmstädter Straße 12, Inhaber eines Apparate- und Maschinenbauunternehmens.

Der **Friedrich Heinrich Gustav Hertel** aus Langen, Darmstädter Straße 12, Inh. eines Apparate- und Maschinenbauunternehmens, hat durch einem am 26. Januar 1968 gestellten Antrag das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses über sein Vermögen beantragt.

Nach § 11 Vergl. Ordnung wird bis zur Entscheidung über die Eröffnung des Vergleichsverfahrens, der Rechtsanwalt Dr. Günther Haischmann, Sprendlingen, zum vorläufigen Verwalter bestellt.

Dem Schuldner wird verboten, ohne Zustimmung des vorläufigen Vergleichsverwalters über die Forderung an die Firma Industrietechnik in Straßenshaus b. Neuwied (Rh.), aus dem Patentverkauf vom Januar 1968 zu verfügen. Verbindlichkeiten darf der Schuldner nur mit Zustimmung des vorläufigen Vergleichsverwalters eingehen und befriedigen.

607 Langen, 29. 1. 1968

Amtsgericht

443

5 N 17/67: Das Konkursverfahren über das Vermögen des **Konstrukteurs Friedrich Heinrich Gustav Hertel**, Langen (Hessen), Darmstädter Straße 12, ist durch Beschluß des Landgerichts Darmstadt — 5. Zivilkammer — vom 17. Januar 1968 — 5 T 492/67 — aufgehoben worden. Dieser Beschluß ist sofort wirksam.

607 Langen, 26. 1. 1968

Amtsgericht

444

5 N 4/68 — **Anschlußkonkursverfahren**: Der Antrag der **R u. K - Werbe- und Vertriebs GmbH. u. Co., Kommanditgesellschaft** in Langen, Wilhelm-Leuschner-Platz 21, über ihr Vermögen das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses zu eröffnen, wird abgelehnt, weil die Schuldnerin die notwendigen Sicherheiten zur Erfüllung des Vergleichs nicht hat erbringen können. Auch hat die Schuldnerin ihren Vermögensverfall durch Leichtsinns herbeigeführt (§ 18, Nr. 1 VO).

Zugleich wird gemäß §§ 19, 102 der Vergleichsordnung heute, am 29. Januar 1968, um 11.30 Uhr, das Anschlußkonkursverfahren über das Vermögen der Antragstellerin eröffnet.

Der Rechtsanwalt Dr. Gerhard Hödl, Langen, Im Ginsterbusch 37, wird zum Konkursverwalter ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum 27. März 1968 bei dem Gericht anzumelden.

Es wird zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die im § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände, auf den 23. Februar 1968, um 10.00 Uhr, und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf den 5. April 1968, um 10.00 Uhr, vor dem Amtsgericht in Langen, Darmstädter Straße 27, 1. Stockwerk, Zimmer 20, Termin anberaumt.

Allen Personen, die eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitz der Sache und von den Forderungen, für die sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 21. Februar 1968 Anzeige zu machen.

607 Langen, 29. 1. 1968

Amtsgericht

445

**Beschluß**

7 N 9/68: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des **Kaufmanns Horst Güldenpfennig**, Offenbach (Main), Wilhelmstraße 97, Inhaber der Firma „Interform“, Leuchtenvertrieb, Offenbach (Main), Christian-Pleß-Straße 11-13, wird Herr Rechtsanwalt Dr. Heinrich Streb, Offenbach (Main), auf seinen Antrag abberufen, und zum neuen Konkursverwalter Herr Karl Polkin, Offenbach (Main), Frankfurter Straße 61, bestellt.

605 Offenbach (Main), 25. 1. 1968

Amtsgericht, Abt. 7

446

VN 2/63: Das Vergleichsverfahren über das Vermögen des **Heinrich Grandhomme**, früher in Schotten, jetzt in Rinteln, Auf der Höhe 18, wird auf Grund des § 96 Abs. 4 Vergl.O. aufgehoben, da der Vergleich erfüllt ist.

Das gegen den Schuldner erlassene allgemeine Veräußerungsverbot ist außer Kraft getreten.

6479 Schotten, 25. 1. 1968

Amtsgericht

447

**Beschluß**

1 N 7/67 — **Konkursverfahren**: Über das Vermögen des **Fuhrunternehmers Arthur Lieblein**, 6391 Merzhagen (Ts.), Weilstraße 69, nunmehr 638 Bad Homburg v. d. H., Obernhainerweg 4, wird heute, am 23. Januar 1968, um 13.00 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.

Rechtsbeistand Helmut Burghardt, in Frankfurt (Main), Leerbachstraße 107, wird zum Konkursverwalter ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum 27. Februar 1968 in zwei Stücken bei dem Gericht anzumelden, Zinsen mit dem errechneten Betrag bis zur Eröffnung.

Es wird zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in § 132 KO bezeichneten Gegenstände und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf den 12. März 1968, um 9.00 Uhr, vor dem Amtsgericht Usingen (Taunus), Weilburger Straße 2, Zimmer Nr. 16, Termin anberaumt.

Allen Personen, die eine zur Konkursmasse gehörige Sache im Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig

sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitz der Sache und von den Forderungen, für die sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 13. Februar 1968 Anzeige zu machen.

Post- und Telegrafensperre wird angeordnet.

639 Usingen (Taunus), 23. 1. 1968

Amtsgericht, Abt. 1

448

1 N 2/68 — **Konkursverfahren**: Über das Vermögen der Firma **Siebenhausen & Deisenroth oHG., Lebensmitteleinzelhandel**, 343 Witzenhausen, ist heute, am 23. Januar 1968, um 12.40 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet worden.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Korff in Kassel, Opernstraße 15.

Konkursforderungen sind bis zum 20. April 1968 bei dem Gericht in zweifacher Ausfertigung anzumelden. Erste Gläubigerversammlung am 1. März 1968, um 9.30 Uhr, und Prüfungstermin am 16. Mai 1968, um 9.00 Uhr, vor dem hiesigen Amtsgericht, Witzenhausen, Walburger Straße 38, Zimmer 121. Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis zum 22. Februar 1968.

343, Witzenhausen, 23. 1. 1968

Amtsgericht

**Zwangsversteigerungen**

**Sammelbekanntmachung.** Ist ein Recht im Grundbuch nicht oder erst nach dem Versteigerungsvermerk eingetragen, muß der Berechtigte es anmelden, bevor das Gericht im Versteigerungstermin zum Bieten auffordert, und auch glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Sonst wird das Recht im geringsten Gebot nicht berücksichtigt und erst nach dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten befriedigt.

Die Gläubiger werden aufgefordert, sobald, spätestens zwei Wochen vor dem Termin, eine Berechnung der Ansprüche — getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten — einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann dies auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle erklären.

Wer berechtigt ist, die Versteigerung des Grundstücks oder seines Zubehörs (§ 55 ZVG) zu verhindern, kann das Verfahren aufheben oder einstweilen einstellen lassen, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Versäumt er dies, tritt für ihn der Versteigerungserlös an Stelle des Grundstücks oder seines Zubehörs.

449

**Beschluß**

K 12/67: Die im Grundbuch von Bad Hersfeld, Band 133, Blatt 4912, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Bad Hersfeld, Flur 23, Flurstück 14/71, Hof- und Gebäudefläche, Am Roten Graben 6, Größe 2,32 Ar,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Bad Hersfeld, Flur 23, Flurstück 14/72, Hof- und Gebäudefläche, Am Roten Graben 6, Größe 1,29 Ar,

sollen am 27. März 1968, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Bad Hersfeld, Dudenstraße Nr. 10, Zimmer Nr. 12, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 26. Juni 1967 (Tag des Versteigerungsvermerks): Wilhelmine Schmidt, geb. Scheiner, Bad Hersfeld.

Der Wert der Grundstücke wird nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt:

a) für das Grundstück lfd. Nr. 2 auf 38 250,— DM;

b) für das Grundstück lfd. Nr. 3 auf 57 200,— DM; zusammen: 95 450,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

643 Bad Hersfeld, 9. 1. 1968

Amtsgericht

450

**Beschluß**

6 K 22/67: Das im Grundbuch von Steinbach, Band 41, Blatt 1679, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Steinbach, Flur 1, Flurstück 324/1, Hof- und Gebäudefläche, Am alten Sec, Größe 5,52 Ar,

soll am 4. April 1968, um 14.30 Uhr, im Gerichtsgebäude in Bad Homburg v. d. H., Auf der Steinkaut 10/12, Saal 1, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 21. August 1967 (Tag des Versteigerungsvermerks): Eheleute Versicherungskaufmann Johann Roth und Gertrude Christine Roth, geb. Roth, Steinbach (Taunus), Am alten Sec, je zu 1/2.

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 160 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

638 Bad Homburg v. d. H., 10. 1. 1968

Amtsgericht

451

**Beschluß**

6 K 12/67: Das im Grundbuch von Bommersheim, Band 23, Blatt 559, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Bommersheim, Flur 41, Flurstück 5377, Ackerland, in der Langwies, 1. Gew., Größe 19,83 Ar,

soll am 19. April 1968, um 14.30 Uhr, im Gerichtsgebäude in Bad Homburg v. d. H., Auf der Steinkaut 10/12, Saal 1, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 2. Mai 1967 (Tag des Versteigerungsvermerks): Frau Anna Maria Dinges, geb. Homm, Oberursel (Taunus).

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 19 830,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

638 Bad Homburg v. d. H., 24. 1. 1968

Amtsgericht

452

K 20/67: Die im Grundbuch von Wolf, Band 8, Blatt 472, eingetragenen und in der Gemarkung Wolf gelegenen Grundstücke,

lfd. Nr. 3, Flur 3, Nr. 50, Hof- und Gebäudefläche, Friedhofsweg 5, Größe 5,73 Ar, und

lfd. Nr. 4, Flur 3, Nr. 170, Ackerland, in den langen Wiesen, Größe 1,82 Ar,

sollen am Mittwoch, dem 10. April 1968, um 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Büdingen, Sitzungssaal, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 13. Juni 1967 (Tag des Versteigerungsvermerks): Landwirt Reinhard Wacker, in Wolf.

Der Wert der Grundstücke wird nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 12 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

647 Büdingen, 22. 1. 1968

Amtsgericht

453

61 K 82/67: Das im Grundbuch von Traisa, Band 33, Blatt 1427, eingetragene Grundstück,

Nr. 1, Gemarkung Traisa, Flur 5, Flurstück 242, Hof- und Gebäudefläche, Ludwigstraße 44, Größe 9,29 Ar,

soll am 16. Mai 1968, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Darmstadt, Mathildensplatz 12, I. Stock, Saal 506, zur Aufhebung der Gemeinschaft, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 19. Dez. 1967 (Tag des Versteigerungsvermerks): Christine Leißler, geb. Fischer, in Traisa bei Darmstadt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

61 Darmstadt, 16. 1. 1968

Amtsgericht, Abt. 61

454

**Beschluß**

3 K 31/67: Die im Grundbuch von Germerode, Band 30, Blatt 941, eingetragenen Grundstücke — Gemarkung Germerode:

lfd. Nr. 5, Flur 2, Flurstück 32, Grünland, Im Grimmental, Größe 17,84 Ar,

lfd. Nr. 6, Flur 3, Flurstück 55, Ackerland (Obstbau), Vorm Kasch, Größe 17,14 Ar,

lfd. Nr. 7, Flur 3, Flurstück 8, Ackerland, Im Hallenpeter Höfchen, Größe 35,77 Ar,

lfd. Nr. 8, Flur 3, Flurstück 9, Ackerland, Im Hallenpeter Höfchen, Größe 2,66 Ar,

sollen am Donnerstag, 28. März 1968, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Bahnhofstraße Nr. 30, Zimmer Nr. 121, zur Aufhebung der Gemeinschaft, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 11. Okt. 1967 (Tag des Versteigerungsvermerks): Steinsetzer Wilhelm Becker, Germerode, Freiheit 16; Steinsetzer Karl Becker, Germerode, Freiheit 18; Ehefrau Anna Henning, geb. Becker, Germerode, Alter Weg 7; — in ungeteilter Erbengemeinschaft.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG wie folgt festgesetzt: lfd. Nr. 5 auf 750,— DM; lfd. Nr. 6 auf 500,— DM; lfd. Nr. 7 und 8, zusammen auf 3000,— DM, insgesamt 4250,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

344 Eschwege, 22. 1. 1968

Amtsgericht

455

84 K 46/67: Zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft soll das im Grundbuch von Frankfurt (Main), Bezirk 42, Band 16, Blatt 611, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung 42, Flur 8, Flurstück 404/1, Hof- und Gebäudefläche, Alt-Praunheim 73, Größe 1,43 Ar,

am 3. April 1968, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Frankfurt (Main), Große Friedberger Straße 7-11, Zimmer Nr. 507 (V. Stock), versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 3. November 1967 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks): Fräuser August Ruff und Ehefrau Elisabeth Margarethe Ruff, geb. Jakobi, je zur ideellen Hälfte.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 62 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6 Frankfurt (Main), 23. 1. 1968

Amtsgericht, Abt. 84

456

84 K 63/67: Zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft, soll das im Grundbuch von Frankfurt (Main), Bezirk 37, Band 64, Blatt 2294, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung 37, Flur 7, Flurstück 194/94, Hof- und Gebäudefläche, Kelsterbacher Straße 77, Größe 1,67 Ar,

am 2. April 1968, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Frankfurt (Main), Große Friedberger Straße 7-11, Zimmer Nr. 507 (V. Stock), versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 11. Juli 1967 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks): Maria Aisenbrey, geb. Wahr; Frieda Wahr; Anna Wahr; Straßewart Karl Wahr; Ernst Wahr; Maria Clemens, geb. Wahr; Maler Karl Wahr; Johann Georg Wahr; Else Schrimpf, geb. Wallraff; Gottfried Roscher; Johanna Bittner, geb. Fischer; Paula Houschka, geb. Wahr, in ungeteilter Erbengemeinschaft.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 68 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6 Frankfurt (Main), 23. 1. 1968

Amtsgericht, Abt. 84

**457**

K 20/67: Die im Grundbuch von Ober-Florstadt, Band 8, Blatt 593, eingetragenen Grundstücke,

Nr. 1, Gemarkung Ober-Florstadt, Flur 1, Flurstück 48, GB 24, Hof- und Gebäudefläche, Hintergasse 5, Größe 2,79 Ar,

Nr. 2, Gemarkung Ober-Florstadt, Flur 1, Flurstück 47/1, GB 24, Hof- und Gebäudefläche, daselbst, Größe 4,86 Ar,

sollen am Montag, 1. April 1968, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Friedberg (Hessen), Homburger Str. 18, Zimmer 32, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 21. 4. 1967/ 31. 8. 1967 (Tag des Versteigerungsvermerks): a) Oskar Max Mäder, Ober-Florstadt, zu 1/2; b) dessen Ehefrau Ruth Mäder, geb. Gessert, daselbst, zu 1/2.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf insgesamt 42 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

636 Friedberg (Hessen), 16. 1. 1968

**Amtsgericht**

**458**

K 48/67: Das im Grundbuch von Bruchenbrücken, Band 12, Blatt 669, eingetragene Grundstück,

Nr. 1, Gemarkung Bruchenbrücken, Flur 1, Flurstück 621, LB 589, Hof- und Gebäudefläche, Auf die Biegenbach (Ringstraße 13), Größe 5,27 Ar,

soll am Montag, 8. April 1968, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Friedberg (Hessen), Homburger Straße Nr. 18, Zimmer 32, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 13. Okt. 1967 (Tag des Versteigerungsvermerks): Frau Tilla Schulz, geb. Best, Bruchenbrücken.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 40 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

636 Friedberg (Hessen), 19. 1. 1968

**Amtsgericht**

**459****Beschluß**

K 8/67: Die im Grundbuch von Fritzlar, a) Band 54, Blatt 2473, b) Band 51, Blatt 2305 A, eingetragenen Grundstücke,

a)

lfd. Nr. 1, Gemarkung Fritzlar, Flur 18, Flurstück 530/13, Lieg.-B. 1986, Geb.-B. 212, Hof- und Gebäudefläche, Größe 1,11 Ar,

lfd. Nr. 2, Gem. Fritzlar, Flur 18, Flurstück 531/369, Hofraum, Jordan, Größe 0,01 Ar,

lfd. Nr. 3, Gem. Fritzlar, Flur 18, Flurstück 9/1, Hof- und Gebäudefläche, Jordan 10 a, Größe 2,96 Ar,

b)

lfd. Nr. 1, Gem. Fritzlar, Flur 18, Flurstück 122/1, Lieg.-B. 2099, Hof- und Gebäudefläche, Spitalgasse, Haus Nr. 13, Größe 2,54 Ar,

lfd. Nr. 2, Gem. Fritzlar, Flur 18, Flurstück 122/2, Hofraum, daselbst, Größe 0,42 Ar,

sollen am 1. April 1968, um 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Schladenweg Nr. 1, Zimmer Nr. 15, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 8. Mai bzw. 29. Juni 1967 (Tag des Versteigerungsvermerks): Erich Kuhn, in Fritzlar.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt wie folgt: a) für das Grundstück Flur 18, Flurstück 122/1 auf 40 800,— DM; b) für das Grundstück Flur 18, Flurstück 122/2 auf 504,— DM; c) für das Grundstück Flur 18, Flurstück 530/13 auf 16 895,— DM; d) für das Grundstück Flur 18, Flurstück 531/369 auf 15,— DM; e) für das Grundstück Flur 18, Flurstück 9/1 auf 64 690,— DM (einschl. Gewerbeinventar).

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

358 Fritzlar, 22. 1. 1968

**Amtsgericht**

**460**

K 6/67: Das im Grundbuch von Birkenau, Band 26, Blatt 1330, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Flur 1, Nr. 233/1, Hof- und Gebäudefläche, Nieder-Liebersbacher Straße 12, Größe 9,00 Ar,

soll am Montag, dem 1. April 1968, vorm., um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Fürth (Odw.), Sitzungssaal, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 2. Juni 1967 (Tag des Versteigerungsvermerks): Eheleute Adam Farnkopf und Lieselotte, geb. Ast, in Birkenau, im Gesamtgut der allgemeinen Gütergemeinschaft.

Der Wert des Grundstücks wurde nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 55 420,— DM, durch Beschluß vom 31. Okt. 1967.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6149 Fürth (Odw.), 18. 1. 1968

**Amtsgericht**

**461**

2 K 75/67: Das im Grundbuch von Goddelau Band 34, Blatt 1708, eingetragene Grundstück,

Nr. 1, Gemarkung Goddelau, Flur 13, Flurstück 105/1, Bauplatz, Henesgraben, Größe 4,92 Ar,

soll am Donnerstag, dem 21. März 1968, vorm., um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude (Arbeitsamtsgebäude), Groß-Gerau, Oppenheimer Straße 4, Sitzungssaal, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 11. Okt. 1967 (Tag des Versteigerungsvermerks): Hans Eckle, jun., jetzt Saarbrücken.

Steigliebhaber werden darauf aufmerksam gemacht, daß auf Antrag 1/10 des Bargabotes als Sicherheit zu leisten ist.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

608 Groß-Gerau, 18. 1. 1968

**Amtsgericht**

**462**

2 K 91/67: Das im Grundbuch von Bischofsheim, Band 46, Blatt 2578, eingetragene Grundstück,

Nr. 1, Gemarkung Bischofsheim, Flur 13, Flurstück 163, Ackerland, auf der Dörrwiese, hinter der Bach, Größe 160,69 Ar,

soll am Donnerstag, dem 11. April 1968, vorm., um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Groß-Gerau, im Arbeitsamtsgebäude, Oppenheimer Straße 4, Sitzungssaal, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 21. Nov. 1967 (Tag des Versteigerungsvermerks): Firma Stahlbau Saar GmbH. in Li., Rüsselsheim.

Steigliebhaber werden darauf aufmerksam gemacht, daß auf Antrag 1/10 des Bargabotes als Sicherheit zu leisten ist.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

608 Groß-Gerau, 24. 1. 1968

**Amtsgericht**

**463**

3 K 22/67: Das im Grundbuch von Niederweyer, Band 4, Blatt 124, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 31, Gemarkung Niederweyer, Flur 1, Flurstück 109, Hof- und Gebäudefläche, Hadamarer Straße 1, Größe 21,33 Ar,

soll am 19. April 1968, um 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Gymnasiumstraße Nr. 8, Zimmer Nr. 1, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 30. Okt. 1967 (Tag des Versteigerungsvermerks): Ehefrau des Arbeiters Richard Istel, Antonia, geb. Martin, Niederweyer.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6253 Hadamar, 23. 1. 1968

**Amtsgericht**

**464**

5 K 22/67: Das im Grundbuch von Herbornseelbach, Band 2, Blatt 57, eingetragene Grundstück,

Nr. 4, Gemarkung Herbornseelbach, Flur 20, Flurstück 18, Hof- und Gebäudefläche, In der Ecke 4, Größe 1,09 Ar,

soll am 18. Juli 1968, um 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude in Herborn, Westerwaldstraße 16, Zimmer 20, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 18. Aug. 1967 (Tag des Versteigerungsvermerks): Ehefrau des Schleifers Adolf Claas, Anna, geb. Dietrich, in Herbornseelbach.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG auf 2050,— DM festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6348 Herborn, 23. 1. 1968

**Amtsgericht**

465

## Beschluss

K 9/67: Eine ideelle Hälfte des im Grundbuch von Kirtorf (Krs. Alsfeld), Band 18, Blatt 640, eingetragenen Grundstücks.

lfd. Nr. 1, Gemarkung Kirtorf, Flur 2, Flurstück 124, Hof- und Gebäudefläche, Erbenhäuser Weg 16, Größe 10,43 Ar,

soll am 10. April 1968, um 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Homberg (Krs. Alsfeld), Unterstraße Nr. 78, Zimmer Nr. 2, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 4. Dez. 1967 (Tag des Versteigerungsvermerks): Philipp Wilhelm Östreich, Kirtorf (Krs. Alsfeld).

Der Wert der ideellen Hälfte wird nach § 74 a Abs. 5 ZVG auf 16.000,— DM festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6313 Homberg (Krs. Alsfeld), 19. 1. 1968

Amtsgericht

466

K 1/67: Der dem Steinbruchbesitzer Laurentius Göller, in Hünfeld, Wisselsbergstraße 1, gehörige  $\frac{1}{2}$  Anteil des im Grundbuch von Hünfeld, Band 34, Blatt 1457, eingetragenen Grundstücks,

Nr. 3, Gemarkung Hünfeld, Flur 5, Flurstück 13/12, Hof- und Gebäudefläche, Wisselsbergstraße 1, Größe 11,48 Ar,

soll am 4. April 1968, um 9.30 Uhr, im Gerichtsgebäude in Hünfeld, Hauptstr. 24, Zimmer Nr. 11, auf Antrag des Konkursverwalters Dipl.-Volkswirt Werner Heid, in Fulda, Petersberger Straße 12/14, versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 23. Jan. 1968 (Tag des Versteigerungsvermerks): Steinbruchbesitzer Laurentius Göller, in Hünfeld, zu  $\frac{1}{2}$  Anteil.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6418 Hünfeld, 19. 1. 1968

Amtsgericht

467

K 2/67: Das im Grundbuch von Hünfeld, Band 44, Blatt 1762, eingetragene Grundstück,

Nr. 3, Gemarkung Hünfeld, Flur 5, Flurstück 37/5, Hof- und Gebäudefläche, Königsberger Straße 3, Größe 7,20 Ar,

soll am 28. März 1968, um 9.30 Uhr, im Gerichtsgebäude in Hünfeld, Hauptstraße 24, Zimmer Nr. 11, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 13. April 1967 (Tag des Versteigerungsvermerks): Steinsetzer Joachim Göller, in Hünfeld.

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 102 820,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6418 Hünfeld, 19. 1. 1968

Amtsgericht

468

K 8/67: Das im Grundbuch von Vockenhäuser, Band 22, Blatt 733, eingetragene Grundstück,

Nr. 1, Flur 1, Flurstück 270/36,

soll am 29. März 1968, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Idstein durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 7. Juni 1967 (Tag des Versteigerungsvermerks): Kaufmann Gerhard Lüdecke, in Dreieichenhain (Taunus), Am Geisbe.g 13.

Der Wert des Grundstücks wurde nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 83 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

627 Idstein (Taunus), 25. 1. 1968

Amtsgericht

469

51 K 128/67: Das im Grundbuch von Kassel, Band 173, Blatt 3638, eingetragene Grundstück,

Nr. 1, Gemarkung Kassel, Flur Z, Flurstück 786/50, Lieg.-B. 3135, Hof- und Gebäudefläche, Niedervellmarer Straße 35, Größe 6,01 Ar,

soll am 16. April 1968, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Kassel, Frankfurter Straße 11 (Landgerichtsgebäude), Zimmer 15, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 16. Nov. 1967 (Tag des Versteigerungsvermerks): Bierverleger Arno Pätzold, Kassel.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

35 Kassel, 23. 1. 1968

Amtsgericht

470

5 K 3/67: Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die in Stadt Allendorf belegen, im Grundbuch von Stadt Allendorf, Blatt 3940, eingetragenen Grundstücke,

am Donnerstag, dem 21. März 1968, um 11.00 Uhr, vor dem Amtsgericht Kirchhain, Zimmer 20, versteigert werden:

lfd. Nr. 1, Flur 44, Flurstück 465, Hof- und Gebäudefläche, Größe 19,92 Ar,

lfd. Nr. 2, Flur 44, Flurstück 623/4, Hof- und Gebäudefläche, Elbestraße 520, Größe 21,50 Ar.

Der Zwangsvollstreckungsvermerk ist am 13. Februar 1967 in das Grundbuch eingetragen.

Als Eigentümer war damals Herr Kurt Ulrich in Stadt Allendorf eingetragen.

Durch rechtskräftigen Beschluss des Amtsgerichts Kirchhain vom 23. November 1967 ist gem. § 74 a ZVG der Wert des Grundstücks lfd. Nr. 1 auf 98 480,— DM und des Grundstücks lfd. Nr. 2 auf 333 310,— DM festgesetzt worden.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

357 Kirchhain (Bz. Kassel), 24. 1. 1968

Amtsgericht

471

K 21/67: Das im Grundbuch von Lauterbach, Bezirk Lauterbach-Blitzenrod, Band 99, Blatt 3489, eingetragene Grundstück,

Nr. 1, Gemarkung Lauterbach-Blitzenrod, Flur 2, Flurstück 8/1, Hof- und Gebäudefläche, Sonnenweg 9, Größe 12,95 Ar,

soll am 24. April 1968, um 9.30 Uhr, im Gerichtsgebäude in Lauterbach, Königsberger Straße Nr. 8, Zimmer Nr. 103 (Sitzungssaal), zur Aufhebung der Gemeinschaft, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 19. Dez. 1967 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Johanna Gumpp, geb. Jäger, Ehefrau des Reinhold Gumpp, in Weilmünster;

b) Hildegard Wienold, geb. Jäger, Ehefrau des Gottlieb Friedrich Wienold, in Lauterbach;

c) Gerhard Georg Jäger, Förster, in Angersbach;

d) Ingeborg Jäger, in Gießen, in ungeteilter Erbgemeinschaft.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

642 Lauterbach (Hessen), 22. 1. 1968

Amtsgericht

472

## Beschluss

7 K 27/66: Das im Grundbuch von Münchhausen, Band 45, Blatt 1671, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Münchhausen, Flur 13, Flurstück 34, Hof- und Gebäudefläche, Marburger Straße 7, Größe 3,50 Ar,

soll am 28. März 1968, um 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude zu Marburg (Lahn), Universitätsstraße Nr. 48, Zimmer Nr. 157, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 22. August 1966 (Tag des Versteigerungsvermerks): Malermeister Heinz Dersch, dessen Ehefrau Margarethe Dersch, geb. Krieg, in Münchhausen, je zur Hälfte.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 30 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

355 Marburg (Lahn), 22. 1. 1968

Amtsgericht, Abt. 7

473

K 4/67: Das im Grundbuch von Wallbach, Band 4, Blatt 122, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 18, Gemarkung Wallbach, Flur 5, Flurstück Nr. 11, Wald (Holzung), am Haufensteinberg, Größe 102,88 Ar,

soll am 25. April 1968, um 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, 6101 Reichelsheim (Odw.), Bismarckstraße 43, Zimmer Nr. 1, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 11. Januar 1968 (Tag des Versteigerungsvermerks): Invalide Heinrich Koch und dessen Ehefrau Marie Koch, geb. Grünwald, in Wallbach (Odw.), in Gütergemeinschaft.

Der Verkehrswert des Grundstücks ist auf 3864,— DM festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6101 Reichelsheim (Odw.), 15. 1. 1968

Amtsgericht

**474**

K 7/67: Das im Grundbuch von Groß-Bieberau, Band 27, Blatt 1466, eingetragene Grundstück,

Nr. 1, Gemarkung Groß-Bieberau, Flur XVI, Flurstück 35, Grünland, die Oberwiesen, über der Röderbach, Größe 13,83 Ar,

soll am Dienstag, 26. März 1968, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude hier, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 20. März 1967 (Tag des Versteigerungsvermerks): Georg Wilhelm Schwebel, Niedernhausen.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG auf 2075,— DM festgesetzt worden.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6101 Reinheim (Odw.), 12. 1. 1968

**Amtsgericht**

**475**

K 13/66: Die im Grundbuch von Rebgeshain, Band 5, Blatt 199, eingetragenen Grundstücke der Gemarkung Rebgeshain,

ONr. 3, Flur 4, Nr. 29, Ackerland, Neuenteller, Größe 18,20 Ar,

ONr. 4, Flur 4, Nr. 30, Hof- und Gebäudefläche, Lauterbacher Str. 14, Größe 7,70 Ar,

sollen am 18. April 1968, um 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude in Schotten durch Zwangsvollstreckung und zur Aufhebung der Gemeinschaft, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 20. Okt. 1966 (Tag des Versteigerungsvermerks): Eheleute Erwin Kraft und Johanna, geb. Schartel, in Rebgeshain, je zur Hälfte.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6479 Schotten, 12. 1. 1968

**Amtsgericht**

**476**

K 8/1967: Das im Grundbuch von Wittgenborn, Band 23, Blatt 523, eingetragene Grundstück,

Nr. 1, Gemarkung Wittgenborn, Flur 12, Flurstück 17, Hof- und Gebäudefläche, die Behälterwiesen, Größe 12,35 Ar,

soll am 27. März 1968, um 9.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Wächtersbach, Bahnhofstraße Nr. 2, Zimmer Nr. 10, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 14. März 1967 (Tag des Versteigerungsvermerks): Arbeiter Horst Mook und Ehefrau Lina Kätha, geb. Löwer, in Wittgenborn.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

648 Wächtersbach, 25. 1. 1968

**Amtsgericht**

**477**

K 16/67: Das im Grundbuch von Schlierbach, Band 29, Blatt 662, eingetragene Grundstück,

Flur 1, Flurstück 145, Hof- und Gebäudefläche, Hauptstraße 14, Größe 2,51 Ar,

soll am 3. April 1968, um 9.30 Uhr, im Gerichtsgebäude, Zimmer 10, zur Aufhebung der Gemeinschaft, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 17. Juli 1967 (Tag des Versteigerungsvermerks):

1. die Ehefrau des Postinspektors Konrad Leimbach, Katharina Maria Margarethe — genannt Kathinka, geb. Morkel, in Frankfurt (Main);

2. der Industriekaufmann Dieter Röttgers, in Wuppertal-Elberfeld, je zur Hälfte.

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74 a Abs. 5 ZVG nach der Schätzung des Ortsgerichts Schlierbach auf 10 000,— DM festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

648 Wächtersbach, 25. 1. 1968

**Amtsgericht**

**478****Beschluß**

K 19/67: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Birstein, Band 20, Blatt 730, eingetragene und daselbst belegene Grundstück,

Flur 21, Flurstück 24/1, Hof- und Gebäudefläche, Bornwiesenweg 27, Größe 9,62 Ar,

am Mittwoch, dem 10. April 1968, um 9.30 Uhr, an der Gerichtsstelle, Bahnhofstraße 2, Zimmer 10, versteigert werden.

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 27. Juli 1967 ins Grundbuch eingetragen worden.

Als Eigentümer waren damals eingetragen die Eheleute Maschinist Heinz Helmut Rostock und Anna Elisabeth, geb. Becker, in Birstein, zu je 1/2 Anteil.

Der Verkehrswert des Grundstückes gem. § 74 a, Abs. 5 ZVG wird auf 85 000,— DM festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

648 Wächtersbach, 25. 1. 1968

**Amtsgericht**

**479****Beschluß**

61 K 27/67: Die im Grundbuch von Sonnenberg, Band 55, Blatt 1493 A, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 3, Flur 17, Flurstück 69/21, Hof- und Gebäudefläche, Pfahler Straße 49, Größe 8,02 Ar,

lfd. Nr. 4, Flur 17, Flurstück 69/19, Hofraum, daselbst, Größe 0,40 Ar,

sollen am 25. März 1968, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Gerichtsstraße 2, Zimmer 243, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 11. April 1967 (Tag des Versteigerungsvermerks): Uhrmacher Herbert Wegner, Wiesbaden-Sonnenberg, Pfahler Straße 49.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 225 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

62 Wiesbaden, 17. 11. 1967

**Amtsgericht**

### Andere Behörden und Körperschaften

**480**

Aufforderung: Herr Karl Weber, 3559 Hatzfeld (Eder), Hof Elsoff, hat die Kraftloserklärung seines Sparkassenbuches 117 169 beantragt.

Der Inhaber des Sparkassenbuches wird aufgefordert, binnen drei Monaten unter Vorlage des Sparkassenbuches seine Rechte bei der unterzeichneten Sparkasse anzumelden, widrigenfalls das Sparkassenbuch für kraftlos erklärt wird.

3559 Battenberg (Eder), 25. 1. 1968

**ZWECKVERBANDS-SPARKASSE ZU BATTENBERG/EDER**  
Der Vorstand

**481**

Kraftloserklärung: Durch Beschluß vom 22. Januar 1968 sind die Sparkassenbücher

Nr. 1602220 Frieda Obenauer, Bad König  
Nr. 1600629 Roland Mich. Schäfer, Bad-König  
Nr. 1185476 Jakob Grenz, Ludwigshafen  
Nr. 1602634 Bernd Metzger, Bad König  
Nr. 1106775 Adam Volk, Erbach

für kraftlos erklärt worden.

6122 Erbach (Odw.), 25. 1. 1968

**KREISSPARKASSE ERBACH I. ODW.**  
Der Vorstand

**482**

Kraftloserklärung: Durch die Beschlüsse vom 16. Januar 1968 sind die Sparkassenbücher

Nr. 07-21191 lautend auf Wilhelm Schaars, Ffm., Spohrstraße 41,  
Nr. 29-1618 lautend auf Frau Johanna Löffel, Ffm., Seehofstr. 35,  
Nr. 29-1277 lautend auf Herrn Friedrich Löffel und Frau Johanna, Ffm., Seehofstraße 35

für kraftlos erklärt worden.

6 Frankfurt (Main), 16. 1. 1968

**STADTSPARKASSE FRANKFURT AM MAIN**  
Der Vorstand

**483**

Aufforderung: Herr Karl Lindner, Kassel, Wolfhager Str. 112, hat die Kraftloserklärung seines Sparkassenbuches Nr. 109-031591 beantragt.

Der Inhaber des Sparkassenbuches wird aufgefordert, binnen drei Monaten unter Vorlage des Sparkassenbuches seine Rechte bei der unterzeichneten Sparkasse anzumelden, widrigenfalls das Sparkassenbuch für kraftlos erklärt wird.

35 Kassel, 26. 1. 1968

**STADTSPARKASSE KASSEL**  
Der Vorstand

**484**

**Kraftloserklärung:** Durch Beschluß vom 25. Januar 1968 sind die Sparkassenbücher

Nr. 131-36050 Friedrich Schäfer 10., 6079 Sprendlingen, Helligasse 15 für das auf den Namen Friedrich Schäfer 10. und Ehefrau Luise geb. Keim lautende Sparkassenbuch

Nr. 151-23338 Gertrud Fleißner, 6073 Egelsbach, Wolfsgartenstraße 6 für kraftlos erklärt worden.

607 Langen 25. 1. 1968

**BEZIRKSSPARKASSE LANGEN**  
Der Vorstand

**485**

**Aufforderung:** Die nachstehenden Personen haben die Kraftloserklärung ihrer Sparkassenbücher beantragt:

1. Sp. 71 426 Wolfgang Jost, Techn. Angestellter, Ellar, Unterstr. 11,  
2. Sp. 359 557 Elisabeth Güttler geb. Göttlich, Limburg, Frankfurter Straße 91,

3. Sp. 367 566 Martha Ottmann geb. Triemer, Limburg, Parkstr. 11,

4. Sp. 363 371 Karin Kohlepp, Limburg, Fleischgasse 18/20,

5. Sp. 74 689 Gisela Geis, Steinbach, Langgasse,

6. Sp. 361 216 Jutta Lau geb. Pox, Offenbach/M., Ahornstraße 63.

Die Inhaber der Sparkassenbücher werden aufgefordert, binnen drei Monaten unter Vorlage der Sparkassenbücher ihre Rechte bei der unterzeichneten Sparkasse anzumelden, widrigenfalls die Sparkassenbücher für kraftlos erklärt werden.

625 Limburg (Lahn), 17. 1. 1968

**KREISSPARKASSE LIMBURG**  
Der Vorstand

**486**

**Aufforderung:** Herr Josef Schlosser, Niedershausen, Neue Str. 47, hat die Kraftloserklärung des Sparkassenbuches Nr. 124 713, über DM 2 297,36, beantragt.

Der Inhaber des Sparkassenbuches wird aufgefordert, binnen 3 Monaten unter Vorlage des Sparkassenbuches seine Rechte bei der unterzeichneten Sparkasse anzumelden, widrigenfalls das Sparkassenbuch für kraftlos erklärt wird.

629 Weilburg, 25. 1. 1968

**KREISSPARKASSE DES OBERLAHNKREISES**

**487**

**Aufforderung:** Die Nachgenannten haben die Kraftloserklärung der auf ihren Namen ausgestellten Sparkassenbücher beantragt:

1. Annemarie Carle, Offenbach am Main, das Sparkassenbuch Nr. 212093

2. Otto Schüle, Offenbach am Main, das Sparkassenbuch Nr. 203638

3. Käthe Pingert, Offenbach am Main, das Sparkassenbuch Nr. 203516

4. Günter Hagen, Offenbach am Main, das Sparkassenbuch Nr. 815123

5. Günter Hagen, Offenbach am Main, das Sparkassenbuch Nr. 830010

6. Günter Hagen, Offenbach am Main, das Sparkassenbuch Nr. 835024

7. Hermann Schröder, Offenbach am Main, das Sparkassenbuch Nr. 112757.

Die Inhaber der Sparkassenbücher werden aufgefordert, binnen drei Monaten unter Vorlage der Bücher ihre Rechte bei der unterzeichneten Sparkasse anzumelden, widrigenfalls die Sparkassenbücher für kraftlos erklärt werden.

605 Offenbach (Main), 23. 1. 1968

**STÄDTISCHE SPARKASSE OFFENBACH AM MAIN**  
Der Vorstand

**488**

**Kraftloserklärung:** Folgende Sparkassenbücher sind abhanden gekommen:

Nr. 30210 Eduard Hau, Ulmbach, Oberdorfstraße 26.

Nr. 2274 (Salm) Rosa Bös, Salmünster, Bad-Sodener Str. 18.

Nr. 8826 (Salm) Harald Rudolf Tronich, Salmünster, Spessartstr. 5.

Gemäß § 9 der Satzung der Kreissparkasse Schlüchtern in Verbindung mit § 14 Hess. Sparkassengesetz vom 10. 11. 1954 wird der jeweilige Inhaber des Sparkassenbuches aufgefordert, binnen drei Monaten unter Vorlage desselben seine Rechte anzumelden, widrigenfalls das jeweilige Sparkassenbuch für kraftlos erklärt wird.

649 Schlüchtern, 25. 1. 1968

**KREISSPARKASSE SCHLÜCHTERN**

**489**

**Aufforderung:** Fräulein Ida Charlotte Sippel, Marburg a. d. Lahn, Schückingstraße 15, hat die Kraftloserklärung ihres Sparkassenbuches Nr. 1207932 beantragt.

Der Inhaber des Sparkassenbuches wird aufgefordert, binnen drei Monaten unter Vorlage des Sparkassenbuches seine Rechte bei der unterzeichneten Sparkasse anzumelden, widrigenfalls das Sparkassenbuch für kraftlos erklärt wird.

355 Marburg (Lahn), 25. 1. 1968

**SPARKASSE DER STADT MARBURG**  
Der Vorstand

## Öffentliche Ausschreibungen

**490**

Fulda: Durch das Hessische Straßenbauamt Fulda sollen die Straßenbauarbeiten — Ausbau und Verlegung der L 3174 zwischen Petersberg und Margrethenau von km 4,513 — 6,719 = 2 115 lfd. m — vergeben werden.

Auszuführen sind:

51 000 cbm Erdbewegung

4 000 t Basaltmaterial d. K. 0/12 mm als Sperrschicht

20 000 t Basaltmaterial d. K. 0/35 mm als Frostschuttschicht

17 000 qm bit. Tragschicht d. K. 0/35 mm 12 cm stark

16 000 qm Asphaltbinderschicht d. K. 0/18 mm, 3,5 cm stark

16 000 qm Asphaltfeinbetontepich d. K. 0/12 mm, 3,5 cm stark

und sonstige Nebenarbeiten, wie Befestigen der Wirtschaftswege, Verlegen von Betonfilterrohren und Betonrohrdurchlässen.

Die vorstehend aufgeführten Lieferungen und Leistungen sollen in der Zeit von März 1968 bis zum 30. 6. 1969 ausgeführt werden.

Die Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

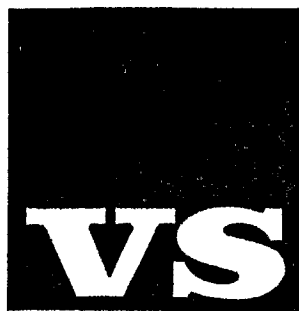
Angebotunterlagen werden in doppelter, die Planunterlagen in einfacher Ausfertigung gegen eine Kostenerstattung von 25,— DM abgegeben.

Der Betrag ist vor Abgabe der Unterlagen bei der Staatskasse Fulda, Postscheckkonto Ffm. Nr. 6749 einzureichen, mit der Angabe „Ausbau der L 3174 zwischen Petersberg und Margrethenau“.

Selbstabholer erhalten die Ausschreibungsunterlagen gegen Vorlage einer Vollmacht täglich in der Zeit von 8 — 12 Uhr.

Der Eröffnungstermin findet am Mittwoch, den 21. Febr. 1968, um 10.00 Uhr, im Hessischen Straßenbauamt Fulda, Langebrückenstr. 14, statt. Ende der Zuschlags- und Bindefrist am 20. März 1968.

Hessisches Straßenbauamt



# VS schulmöbel

Vereinigte Schulmöbelfabriken KG 6972 Tauberbischofsheim Niederl. 6313 Homberg, Herderstraße 1

Weshalb sind VS-Schulmöbel die meistgekauften in Deutschland? Weil sie sich durch orthopädische und funktionell richtige Gestaltung, gute Form und unübertroffene Haltbarkeit auszeichnen.

**491**

Eschwege: Die Bauleistungen für den Deckenausbau mit Verbreiterung auf der Landesstraße Nr. 2435 zwischen der L 3224 und Hilgershausen, km 0,005 — 1,249, Kreis Melsungen sollen vergeben werden.

**Leistungen u. a.:**

- 300 cbm Mutterboden abtragen,
- 1 300 cbm Erdbewegung,
- 750 cbm Frostschuttschicht Kies 0/30 (25 cm dick),
- 2 500 t Basaltmaterialien 0/25 (10 cm dick)
- 6 600 qm bit. Unterbau 0/35 mm (240 kg/qm),
- 6 350 qm Asphaltbinderschicht 0/18 mm (84 kg/qm),
- 6 250 qm Asphaltfeinbetondeckschicht 0/8 (65 kg/qm)

und sonstige Nebenarbeiten.

**Bauzeit: 70 Werktage**

Die Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Angebotsunterlagen sind bis spätestens 7. 2. 1968 anzufordern. Diese werden dann in doppelter Ausfertigung gegen eine Kostenerstattung in Höhe von 10,— DM abgegeben.

Der Betrag ist vor Abgabe der Unterlagen bei der Staatskasse Bad Hersfeld, Postscheckkonto Frankfurt/Main 6753 oder Konto Nr. 301 bei der Kreis- und Stadtparkasse Bad Hersfeld oder Konto Nr. 161 bei der Landeszentralbankstelle in Bad Hersfeld unter Angabe der Zweckbestimmung einzuzahlen.

Eröffnungstermin am 21. 2. 1968 um 10.00 Uhr beim Hess. Straßenbauamt Eschwege. Zuschlags- und Bindefrist beträgt 21 Werktage.

344 Eschwege, 24. 1. 1968

Hessisches Straßenbauamt

**492**

Marburg: Für den Ausbau des Knotenpunktes Cappelerstraße, Frauenbergstraße und Friedrich-Ebert-Straße im Stadtgebiet von Marburg/Lahn (Landesstraße Nr. 3089) werden folgende Leistungen vergeben:

- 2 000 cbm Erdbewegung
- 2 700 cbm Frostschutzmaterial d. K. 0/35 mm
- 5 000 qm bit. Tragschicht (12 cm dick) und Decke (12 cm dick) sowie alle Entwässerungs- und sonstigen Nebenarbeiten.

**Bauzeit: 75 Werktage**

Die Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Angebotsunterlagen werden in doppelter Ausfertigung gegen eine Gebühr von 7,— DM abgegeben. Der Betrag ist vor Abgabe der Unterlagen bei der Staatskasse Marburg (Lahn), Gutenbergstraße 29, Postscheckkonto Frankfurt (Main) Nr. 6758 oder bei der Kreissparkasse Marburg (Lahn), Konto-Nr. 26 einzuzahlen.

Meldeschluss: 9. 2. 1968

Eröffnungstermin: 29. 2. 1968, um 11.00 Uhr im Zimmer 14 des Hess. Straßenbauamtes Marburg, Ketzlerbach 11, Zuschlags- und Bindefrist: 29. 3. 1968.

355 Marburg (Lahn), 24. 1. 1968

Hessisches Straßenbauamt

**493**

Fulda: Durch das Hessische Straßenbauamt Fulda sollen die Straßenbauarbeiten — Fahrbahnverbreiterung und Linienkorrektur im Zuge der L 3258 zwischen der B 84 und Haselstein von km 0,000 bis 3,334 — 3,185 lfd. m — vergeben werden.

**Auszuführen sind:**

- 6 300 cbm Mutterbodenbewegung
- 12 000 cbm Erdbewegung
- 1 700 t Basaltmaterial d. K. 0/12 mm als Sauberkeitsschicht
- 11 000 t Basaltmaterial d. K. 0/35 mm als Frostschuttschicht
- 14 000 qm Teertragschicht d. K. 0/35 mm mit 290 kg/qm
- 600 t Teertragschicht d. K. 0/35 mm zum Ausgleich
- 19 200 qm Teerbinderschicht d. K. 0/18 mm mit 84 kg/qm
- 19 500 qm Asphaltfeinbetondeckpepp d. K. 0/12 mm mit 84 kg/qm und sonstigen Nebenarbeiten, wie Verlegen von Betonfilterrohren und Betonrohrdurchlässen.

Die vorstehend aufgeführten Lieferungen und Leistungen sollen in der Zeit vom 1. April bis 30. Sept. 1968 zur Ausführung kommen. Die Arbeiten werden unter Vollsperrung ausgeführt.

Die Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen. — Angebotsunterlagen werden in doppelter, die Planunterlagen in einfacher Ausfertigung gegen eine Kostenerstattung von 25,— DM abgeben.

Der Betrag ist vor Abgabe der Unterlagen bei der Staatskasse Fulda, Postscheckkonto Ffm. Nr. 6749 einzuzahlen, mit der Angabe „Fahrbahnverbreiterung und Linienkorrektur im Zuge der L 3258 zwischen der B 84 und Haselstein“. Selbstabholer erhalten die Ausschreibungsunterlagen gegen Vorlage einer Vollmacht täglich in der Zeit von 8—12 Uhr.

Der Eröffnungstermin findet am Dienstag, den 20. Febr. 1968 um 10.00 Uhr im Hess. Straßenbauamt Fulda, Langebrückenstr. 14, statt. Ende der Zuschlags- und Bindefrist am 19. März 1968.

64 Fulda, 26. 1. 1968

Hessisches Straßenbauamt

**494**

Frankfurt: Die Bauleistungen für „Bau einer verbreiterten Standspur ohne Deckschicht zw. km 133,9 und km 136,8 — Ostseite — Los 1 — im Bereich der Am. Idstein der BAB-Strecke Köln—Frankfurt (M)“ sollen vergeben werden.

**Leistungen u. a.:**

- 30 000 qm Mutterboden abheben
- 6 400 cbm Boden abheben und abfahren
- 15 000 cbm Schüttmaterial liefern und einbauen
- 10 000 cbm Frostschutz liefern, einbauen einschl. Entwässerung
- 13 700 qm Zementverfestigung und
- 13 000 qm bituminöse Decke 15,5 cm Asphalt-Tragschicht + 2,5 cm Asphaltfeinbeton herstellen.

**Bauzeit: 55 Werktage**

Voraussichtlicher Arbeitsbeginn: Mitte März 1968

Bewerber werden gebeten, dem Autobahnamt Frankfurt (M), Münchener Straße 4—6, bis spätestens 8. Febr. 68 schriftlich mitzuteilen, ob sie die Unterlagen abholen oder Postzustellung wünschen.

Der Beleg über die Einzahlung von 25,— DM für 2 Ausfertigungen bei der Staatskasse Frankfurt (M), Postscheckkonto Frankfurt (M), 6821, mit der Angabe: Ausschreibungsunterlagen für Verbreiterung zw. km 133,9 und km 136,8 Ost — Los 1 — ist beizufügen.

Für Selbstabholer werden die bestellten Ausschreibungsunterlagen am 13. Febr. 68 in der Zeit von 9.00 Uhr bis 15.00 Uhr beim Autobahnamt Frankfurt (M), Zimmer 525, ausgegeben.

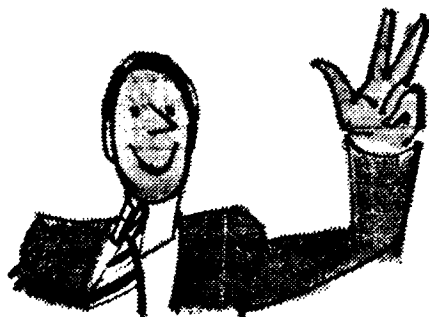
Eröffnungstermin am 5. März 1968 um 10.00 Uhr im Zimmer 221 des Autobahnamtes Frankfurt (M), Münchener Straße 4—6. Zuschlags- und Bindefrist: 1. April 1968.

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen, deren Druckstücke zum Preise von 3,— DM/Stück bei jedem Hessischen Straßenbauamt und dem hiesigen Amt erhältlich sind.

6 Frankfurt (M.), 25. 1. 1968

Autobahnamt Frankfurt (M), Münchener Straße 4—6

**Was ein Tarif ist, weiß jeder!  
Wenn wir Ihnen drei Tarife zur Wahl anbieten, bedeutet das:**



Beim Abschluß eines BHW-Bausparvertrages bestimmen Sie selbst, welche Spar- und Tilgungsbeträge Sie für Ihr Eigenheim oder Ihre Eigentumswohnung leisten wollen. Unser Tarif III mit einer Laufzeit von fast 25 Jahren ermöglicht es auch Ihnen, die Lasten zu tragen, die sich aus der Finanzierung Ihres Vorhabens ergeben. Sagen Sie uns Ihre Pläne, damit wir Ihnen Vorschläge machen können, die auf Ihre persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse abgestimmt sind.

**Leichter mit dem  
Beamtenheimstättenwerk**



Bausparkasse für Angehörige des öffentlichen Dienstes  
325 Hameln (Weser)  
Kastanienwall



Fordern Sie noch heute unsere Schrift „Heimstätten für Angehörige des öffentlichen Dienstes“ an, die wir Ihnen auf Wunsch kostenlos zusenden.

## 495

Frankfurt: Die Bauleistungen für „Bau einer verbreiterten Standspur ohne Deckschicht zwischen km 136,8 und km 138,95 — Ostseite — Los 2 — im Bereich der Am. Idstein (Ts.) der BAB-Strecke Köln-Frankfurt (M)“ sollen vergeben werden.

## Leistungen u. a.:

- 25 000 qm Mutterboden abheben
- 5 100 cbm Boden abheben und abfahren
- 12 500 cbm Schüttmassen liefern und einbauen
- 6 500 cbm Frostschutz liefern, einbauen einschl. Entwässerung
- 10 100 qm Zementverfertigung und
- 10 000 qm bitum. Decke, 15,5 cm Asphalt-Tragschicht + 2,5 cm Asphaltfeinbeton herstellen.

Bauzeit: 55 Werktage

Voraussichtlicher Arbeitsbeginn: Mitte März 1968

Bewerber werden gebeten, dem Autobahnamt Frankfurt (M), Münchener Straße 4—6, bis spätestens 9. Febr. 68 schriftlich mitzuteilen, ob sie die Unterlagen abholen oder Postzustellung wünschen.

Der Beleg über die Einzahlung von 25,— DM für 2 Ausfertigungen bei der Staatskasse Frankfurt (M), Postscheckkonto Frankfurt (M), 6821, mit der Angabe: Ausschreibungsunterlagen für „Verbreiterung zw. km 136,8 und km 138,95 — Ost — Los 2 — ist beizufügen.

Für Selbstabholer werden die bestellten Ausschreibungsunterlagen am 13. Febr. 1968 in der Zeit von 9.00 Uhr bis 15.00 Uhr beim Autobahnamt Frankfurt (M), Zimmer 525, ausgegeben.

Eröffnungstermin am 5. März 1968, um 10.00 Uhr im Zimmer 221 des Autobahnamtes Frankfurt (M), Münchener Straße 4—6, Zuschlags- und Bindefrist: 1. April 1968.

Bbieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen, deren Druckstücke zum Preise von 3,— DM/Stück bei jedem Hessischen Straßenbauamt und dem hiesigen Amt erhältlich sind.

6 Frankfurt (M), 25. 1. 1968

Autobahnamt Frankfurt (M), Münchener Straße 4—6

## 496

## Stellenausschreibung

Bei der Stadtverwaltung 6208 Bad Schwalbach (6500 Einwohner) ist zum 1. Mai 1968

## eine Beamtenstelle (Kassenleiterstelle)

nach Besoldungsgruppe A 9 zu besetzen.

Bewerber müssen die beamtenrechtlichen Voraussetzungen für den gehobenen Dienst, Nachweis der Verwaltungsprüfung II, erfüllen.

Bad Schwalbach ist Kreisstadt des Untertaunuskreises und Kur- und Badeort in landschaftlich hervorragender Lage.

Realschule befindet sich am Ort, weiterführende Schulen (Gymnasium) in der 16 km entfernten Landeshauptstadt Wiesbaden.

Bewerbungen sind bis zum 1. März 1968 mit den üblichen Unterlagen (Lichtbild, handgeschriebener Lebenslauf usw.) an den Magistrat zu richten.

6208 Bad Schwalbach, 25. 1. 1968

Hermanns  
Bürgermeister

## Berater und Lieferer bei staatlichen und kommunalen Baumaßnahmen



**WILHELM FIESELER  
OHG  
WIESBADEN**

Adelheidstr. 21 • Tel.-Sa.-Nr. 394 11  
Elektrotechnische Großhandlung seit 1914

## H. Wilken Ing. KG

Frankfurt/M., Bergerstraße 289 • Telefon 45 21 54

Planung von Ent- und Bewässerungsanlagen  
Ausführung von Kanalarbeiten — Kanalreinigungen  
Grubenentleerungen

## Ihr Ingenieurbüro

für alle anfallenden Tiefbauarbeiten in

**Kanalisation Wasserbau Straßen- und Wegebau**  
Planung und Bauleitung

ING. (GRAD.) **MAX KNOBLOCH** BAUINGENIEUR BDB  
OBERURSEL/TAUNUS • THEODOR-HEUSS-STRASSE 8 • TEL. 0 61 71 / 39 27

Gedr. *Schinkel* OHG.

**ELEKTRO · HEIZUNG · SANITÄR**

Wiesbaden · Mainzer Straße 91 · Telefon: 7 43 24 · 7 94 57 · 7 96 16



**Vorgefertigte Sanitärblocks, vom Ein-  
familienhaus bis zum Hochhaus — vom  
Fertighaus bis zur Altbaurenovierung**

**KARL GRUMBACH KG**

6331 MUNCHHOLZHAUSEN/WETZLAR  
Wetzlarer Str. 116b Tel. 0 64 41 / 3204 u. 5670

*Fritz Russ* Rheinstraße 36 Faulbrunnenstraße 12

Berat. Ing. DAI

Bauingenieurbüro Straßen-,  
Baukonstruktionen Brückenplanung  
Statik

Wiesbaden

Ruf: 37 20 44

*Dipl.-Ing. Rüd. Göhl*

BAUBERATUNGSGESELLSCHAFT M. B. H.  
6 FRANKFURT AM MAIN  
MÜNCHENER STR. 12  
RUF: 23 14 12 / 23 37 91

PLANUNG · BERATUNG  
FÜR  
STADT · GEMEINDE · INDUSTRIE

WASSERVERSORGUNG · KANALISATION · ABWASSERREINIGUNG

Der „Staats-Anzeiger für das Land Hessen“ erscheint wöchentlich montags Fortlaufender Bezug nur durch die Postämter. Bezugspreis: vierteljährlich DM 7,40 Herausgeber: Der Hessische Minister des Innern. Verantwortlich: für den redaktionellen Inhalt des amtlichen Teils Regierungsdirektor Gantz, für den übrigen Teil Karl Blum. Verlag: Buch- und Zeitschriftenverlag Kultur und Wissen GmbH & Co KG, 62 Wiesbaden, Postscheckkonto 6 Frankfurt M., Nr. 143 60. Bankkonten: Bank für Gemeinwirtschaft 65 Mainz Nr. 78 326; Deutsche Effecten- und Wechselbank 62 Wiesbaden Nr. 69 325; Hessische Landesbank Frankfurt/Main, Girokonto 15 542. Druck: Pressehaus Geisel Nachf., 62 Wiesbaden, Bahnhofstr. 33. Anzeigenannahme und Vertrieb: Staats-Anzeiger 62 Wiesbaden, Wilhelmstraße 42, Telefon Sa.-Nr. 3 96 71, Fernschreiber 04-188 648. Preis von Einzelstücken: bis 32 Seiten Umfang DM 1,87, bis 40 Seiten DM 2,47, bis 48 Seiten DM 2,97, über 48 Seiten DM 3,23. Die Preise verstehen sich einschließlich Versandkosten und 5 Prozent Mehrwertsteuer. Lieferung gegen Vorauszahlung (keine Briefmarken) auf das Postscheckkonto des Verlags, Frankfurt/M. 143 60. Anzeigenschluß: 7 Tage vor Erscheinen. Anzeigenpreis lt. Tarif Nr. 6 vom 1. 1. 1968. Umfang dieser Ausgabe 40 Seiten.